

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsstelligen Nummern
jeweils oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Insetats für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 30. November 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Bezugs-Einladung.

Mit dem 1. Dezember eröffnen wir ein neues Abonnement
auf den

„Vorwärts“

mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt
und der Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren
sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für Deutschland und Oesterreich-Ungarn nehmen sämtliche
Postanstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig für den Monat Dezember

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste
unter Nr. 7971.)

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der
„Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und
Oesterreich-Ungarn, im Ausland 3 Mark pränumerando.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Im weltpolitischen Fahrwasser.

Die jüngsten Reichstagsverhandlungen über die China-
Expedition dürften manchem ein Rätsel aufgegeben haben.
Dass die Regierung im Reichstag eine Mehrheit finden würde,
die den ostasiatischen Kreuzzug schließlich gutheißt und der
Regierung bereitwillig Indemnität erteilt für ihre
Verflechtung von Reichsmitteln ohne Einholung der ver-
fassungsmäßig erforderlichen Zustimmung des Reichstags,
darüber ist niemand im Zweifel gewesen, der unser politisches
Leben kennt, aber überraschend wirkt es doch, wie selbst die
Liberalsten der Liberalen der Regierung die vom Reichs-
kanzler halbspöttisch als reine Formalität beanspruchte
Indemnität gewissermaßen auf dem Präsentierteller entgegen-
brachten, wie leichtes Herzgen man in allen Fraktionen,
mit Ausnahme der socialdemokratischen, sich über
Verfassungsverletzung, der jeglichen und den noch
ausstehenden Forderungen zur Deckung der Chinafahrt,
über die Aufopferung Tausender von Menschenleben,
über Kriegsverbrechen, Schädigung des deutsch-ostasiatischen
Handels, kurz, über alle traurigen Begleiterscheinungen der
Sunnenkämpfe hinwegsetzte, um desto lauter im Chor das
gefühlvolle vaterländische Lied vom Ruhm der deutschen
Truppen zu singen.

Zieht man die Expedition nach dem Reich der Mitte als
einzelnes politisches Ereignis auf, bleibt, auch wenn man die
Nachgiebigkeit der sogenannten Ordnungsparteien noch so niedrig
einschätzt, dieses ungenierte Hinwegtänzen über die Verflech-
tung klarer Verfassungsbestimmungen und über eine
Kostenforderung, die kaum unter 400 bis 500 Millionen Mark
betragen wird, unbegreiflich, zumal durch diese kolossale Auf-
wendung nicht im geringsten erreicht ist, was nach der
neuesten Versicherung des Reichskanzlers ganz ausschließlich
von vornherein beabsichtigt worden ist: der Schutz der
deutschen Handelsinteressen in Ostasien.
Schon an und für sich steht eine Ausgabe von
400 bis 500 Millionen Mark zu dem nachweis-
baren Wert des deutschen China-Handels in einem
argen Missverhältnis; denn nach der deutschen Reichs-
statistik belief sich 1898 dieser Handel insgesamt (Aus-
und Einfuhr zusammen gerechnet) nur auf 87,5, 1899 gar nur auf
79,6 Millionen Mark. Der Profit darauf dürfte, hoch ge-
rechnet, auf kaum 20 Millionen Mark pro Jahr anzuschlagen
sein, beträgt also noch nicht den zwanzigsten
oder fünf und zwanzigsten Teil der angesetzten
seinem Schutz auszuwendenden Summe. Und wenn noch
wenigstens mit dieser Ausgabe wirklich eine Sicherung des
deutschen Handels erkauft wäre. Der ganze Verlauf der
Dürren in Ostasien läßt jedoch immer deutlicher erkennen,
dass aus ihnen nur Rußland und Amerika Vorteil ziehen
werden, während Deutschlands wirtschaftliche Position ent-
schieden eine Schädigung erfährt. Weder werden ähnliche
Aufstandsbegehungen, wie jene der Boxer, in Zukunft
verhindert, noch lenkt China in andre Bahnen ein, noch ver-
mag es auch nur halbwegs die Kosten der fremden
Expeditionen zu tragen. So bleibt als Facit nichts
denn eine enorme Geldausgabe, Versprechen, die nicht ge-
halten werden, weil sie nicht gehalten werden können, eine
erdrückende finanzielle Belastung Chinas, Erbitterung seiner
Bevölkerung, Erhöhung der Einfuhrzölle um das Zwei- oder
Dreifache und als deren unvermeidliche Folge ein starker
Rückgang des Handelsverkehrs mit Europa.

Selbst wenn man die in den letzten Tagen so vielfach
aufgeworfene Behauptung anerkennt, daß die deutsche Ehre
eine Beteiligung an der Chinafahrt gebot, rechtfertigt sich weder
die riesenhafte Ausgabe, noch die von Deutschland einge-

nommene politische Haltung. Mag die Teilnahme deutscher
Truppen zur Entfaltung der eingeschlossenen Gesandtschaften
von diesem Standpunkt aus berechtigt sein, so doch jedenfalls
nicht die Nachschiebung weiterer Truppenmassen, nachdem Peking
gefallen war, nicht die Art der Kriegsführung und vor allem
nicht die Uebernahme des Oberbefehls über die fremden Truppen
mit den daraus notwendig entstehenden Extra-Aufwendungen;
denn weder hat Deutschland in China jene überwiegenden
Handelsinteressen wie England, noch auch gleiche politische
Lebensinteressen wie Rußland und Japan.

Tatsächlich machen sich denn auch die Kreise der Hoch-
finanz, des Handels und der Industrie über die Nutzlosigkeit
des China-Areuzuges durchaus keine Illusionen. Es heißt
den Gegner unterschätzen, annehmen zu wollen, jene Kreise, die
an überseeischen Unternehmungen oder gar direkt an dem
Handel nach China beteiligt sind, vermöchten die Rückwirkung
der dortigen Lage auf den Handelsverkehr nicht zu beurteilen.
Wenn diese Kreise, und zwar allen voran der Handelsstand
der großen Seehäfen, für die Chinapolitik der Regierung ein-
treten, bestimmen sie dazu andre Gründe. Sie argumentieren:
Was thut es, wenn sich die Chinafahrt als kostspielig und
ziemlich zwecklos herausstellt; was macht es auch, wenn
in Deutschland sich die Vorliebe für Theaterpomp und eine
seltsame Reizung zur Romantik geltend macht — besser
wäre es ja, die vorhandene Dosis dieser Elemente unserer aus-
wärtigen Politik wäre nicht so stark, doch das sind einmal
Nebenzugaben, die mit gelassen werden müssen. Haupt-
sache dagegen ist, daß wir erst einmal in
die Expansions- und Kolonialströmung
hineinkommen, daß wir nicht England und den Ver-
einigten Staaten allein das Feld überlassen. Sind wir erst
im richtigen weltpolitischen Fahrwasser, haben wir uns
einmal engagiert, treiben die wirtschaftlichen Interessen
von selbst weiter. Wir können dann auch bei andren Ge-
legenheiten nicht zurückziehen, wo es vielleicht mehr zu
holen giebt.

Es ist genau dieselbe Logik, die uns in so manchen der
neueren amerikanischen imperialistischen Auslassungen entgegen-
tritt: Es mag schon richtig sein, daß das für die Eroberung
der Philippinen geopfert Geld und Blut sich erst nach Jahr-
zehnten, vielleicht nie rentieren wird, aber der Archipel bietet
gute Stützpunkte für die Ausdehnung unsres Einflusses und
für etwaige spätere Operationen.

Uebrigens ist der Großkaufmann nicht nur Im- oder
Exporteur, sondern meist zugleich auch Aktionär oder Komman-
ditär von Banken, einheimischer und überseeischer industrieller
Unternehmungen, von Reedereien, Plantagen- und Kolonial-
gesellschaften, Eisenbahn-, Minencompagnien usw. Wenigstens
die Reedereien aber haben bisher bei den Expeditionen nach China
kein schlechtes Geschäft gemacht. Doreist hat die
deutsche Regierung etwas über 27 Millionen Mark für Schiffs-
frachten in ihren Kostenanschlag eingestellt, doch das ist nur
erste Rate bis gegen Ende Oktober. Und von dieser Inan-
spruchnahme von Transportschiffen haben nicht nur die be-
teiligten großen Reedereien einen Vorteil, sondern das ganze
Reedereigeschäft. Schon die durch den Transvaalkrieg hervor-
gerufene Nachfrage nach Transport- und Frachtschiffen hat die
Frachtpreise hochgetrieben, nun kommt die Charterung von Schiffen
für die China-Expedition hinzu, gerade wo der Verkehr nach Nord-
amerika etwas abzulassen beginnt. Das verspricht
schöne Dividenden. Auch die Einkäufe von Materialien
für die Truppen werfen etwas ab, und dann die nötig
werdenden Staatsanleihen! Recht charakteristisch ist in dieser
Sinnficht die Behmut mit welcher der Abgeordnete Wassermann
hervorhob, daß in seinen Kreisen die Aufnahme der ersten An-
leihe in Amerika böses Blut gemacht hätte. Denn nun wäre
der Hauptanteil am „Geschäft“ den Bankteus zufallen,
und die „deutschen Sparer“ hätten nichts davon.

Vielleicht läßt sich die Regierung erweichen und rüchert es
bei den bevorstehenden weiteren Anleihen so ein, daß auch die
Schlinglinge des Herrn Wassermann am Profit partizipieren.
Sonst müssen sie warten, bis China später zur Aufnahme
großer Anleihen schreitet, um die aufgezwungene Entschädigung zu
zahlen und die demolierten Ortschaften und Forts wieder einiger-
maßen auszubauen. Wenn diese nach Anleihen schielenden
„Sparer“ recht viel „gespart“ haben, ist vielleicht sogar
ratsamer, sie warten noch etwas und leihen ihr Geld nicht
dem Deutschen Reich, sondern als gute, am Deutschlands An-
sehen besorgte Patrioten den bezopften Himmelsjöhnen, denn
zu einem so niedrigen Zinsfuß, wie Deutschland bekommt
China kein Geld und zudem wird es den leihenden
Banken und Konfortien allerlei Garantien und Bürg-
schaften geben müssen: Verpfändungen von Steuern,
Minen, Kohlenlagern usw., selbstverständlich unter Bedingungen,
die einen realen Profit gestatten.

Das sind immerhin, wenn auch nicht glänzende, so doch
einigermaßen erträgliche Geschäftsaussichten, und bei richtigem
Fortstreiten auf dem leichenbesäeten Weg der imperialistischen
Expansionspolitik winken noch bessere derartige Aussichten!

Dass wie in den Vereinigten Staaten zu Beginn des
Kriegs mit Spanien und wie in England zu Anfang des
Transvaalkriegs, so nun auch in Deutschland zur Ver-
teidigung der China-Expedition die Handels-, meist sogar nur
die Exportinteressen in den Vordergrund gehoben werden,
kann über die hinter der Weltpolitik stehenden Kräfte nicht
täuschen. Die eigentlichen Agenten sind nicht die Be-
dürfnisse des Handels, nicht das Drängen
nach Erwerbung neuer Absatzmärkte, sondern

das Bedürfnis des Geldkapitals nach neuen
Anlagegelegenheiten. Man braucht sich nur die
Frage vorzulegen, ob in den Vereinigten Staaten
mehr das Handels- oder das Finanzkapital von
der Erwerbung Havais, Kubas und der Philip-
pinen profitiert, man braucht nur die städtische Liste
großer Aktiengesellschaften anzusehen, die zur Ausbeutung
der kubanischen Schätze wie Pilze aufschossen, als der amerika-
nische Sieg über die Spanier entschieden war; man braucht
nur das entschiedene Eintreten der amerikanischen Großfinanz
für den Imperialismus und für Mac Kinleys Wahl zu be-
trachten, um sich zu sagen, welche Kreise an einer
imperialistischen Politik das größte Interesse haben. Oder sollten
vielleicht die Rockefeller, Morgans, Havemeyers usw. selbst
nicht wissen, welche Wege ihnen zum Guten dienen?

Gerade aber diese Bedeutung des China-Areuzugs als
eines Einlaufens in die breite treibende Strömung der Welt-
politik, als ein Akt, der aus innerer Konsequenz zur Unter-
nehmung immer ausgedehnter Kreuzfahrten zwingt, fordert
zur rücksichtslosesten Bekämpfung auf. Es handelt sich nicht
nur um die gefallenen menschlichen Opfer, nicht nur um
eine Ausgabe Hunderte von Millionen Mark; es handelt sich
zugleich darum, daß wie die Pachtung Klaustrahns die jegliche
hervorragende Veteiligung Deutschlands an der „Züchtigung“
Chinas nach sich gezogen hat, so auch das heutige
Vorgehen wieder nur das Vorspiel eines
andern, noch weit blutigeren Akts in Ost-
asien sein wird, der zur Auskämpfung des
Rivalitätsstreits der Mächte der ganzen Sachlage nach immer
unvermeidlicher wird. Und nicht nur in Asien. Nur zu bald
wird es heißen, Deutschland könne, nachdem es sich eine
leitende Stelle im Konzert der Mächte errungen, nun auch
„zur Wahrung seiner Ehre“ anderswo nicht zurückbleiben, es
müsse mit dabei sein, wo irgend ein Welthändler giebt, sei es
in Europa, in Afrika oder in der weiten Inselwelt des Stillen
Oceans.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. November.

Der Reichstag

nahm heute in einer kurzen Sitzung die erste Lesung des Ge-
setzes über die privaten Versicherungsunter-
nehmungen vor. Großes Interesse hatte dieser Gegenstand bei
den Volksvertretern nicht erregt. Die Bänke waren noch schlecht
besetzt, als an den bisherigen Sitzungstagen dieser Woche.

Die Kritik, die die bürgerlichen Parteien an dem Entwurf
vornahmen, bewegte sich sehr an der Oberfläche. Die
Juristen trugen einige Wünsche vor, die in der Kommission, an
welche das Gesetz schließlich verwiesen wurde, weiteren Stoff für
die Unterhaltung bieten werden. Der freimütige Ansdritcher Müller-
Weinigen sah in der Vorlage den sozialistischen Pferdesuß hervor-
schauen, die herannahende Verstaatlichung und Monopolisierung
des gesamten Versicherungswesens. So frevelhafte Gedanken
brauchte er dem Grafen Posadowsky wirklich nicht zu-
zutragen. Das Gesetz ist durchaus kein energischer Schritt
in dieser Richtung, sondern eins der üblichen Gelegenheitsgesetze,
die einige traffe Mißstände halbwegs beseitigen. Sagen eine schärfere
Staatsaufsicht über die Versicherungsgesellschaften hätte die Social-
demokratie an sich nichts einzuwenden — besonders die sogenannte
Volksversicherung mit ihren unverkündet hohen Verwaltungss-
pesen verdient genauer ins Auge gefaßt zu werden —, der Entwurf
hat aber in seinem § 8 eine höchst bedenkliche Bestimmung, die
unsern Redner Calwer veranlaßte, die glatte Ablehnung des
ganzen Gesetzes zu wünschen. Es besteht nämlich die Gefahr, daß
dieser § 8 in seiner lausigdarigen Fassung von der Regierung
dazu benutzt wird, alle Gewerkschaften, die Unterstütungen
irgend welcher Art ihren Mitgliedern gewähren, als private
Versicherungs-Gesellschaften zu erklären, ihnen die
Genehmigungspflicht aufzuhalsen und im gegebenen Fall ihre
Kassen zu beschlagnahmen. Ähnliches ist ja vor Jahren schon einmal
versucht worden; Kammergericht und Ober-Verwaltungsgericht haben
aber damals nicht mitgemacht.

Ein eigener Zufall wollte es, daß der Regierungsvortreter, der
im Namen des Bundesrats dieses Mißtrauen für unberechtigt
erklärte und die Regierung gegen den Verdacht ver-
teidigen mußte, als wolle sie der Arbeiterbewegung heimlich ein
Bein stellen, kein andrer als der berühmte Verfasser der
famosen Deutschfrist zur Zuchthausvorlage, der Geheimrat Bruner
war. Von unsren Bänken lönte ihm dann auch der Auf: Deut-
schfristkaunann! entgegen. Der Beamte mag sich damit trösten, daß
selbst wenn sein hoher Chef, Graf Posadowsky gesprochen hätte, das
Vertrauen unsrer Fraktion in die „beruhigende“ Erklärung der Re-
gierung nicht größer gewesen wäre.

Am Freitag wird über den Reichspomp in Amerika und über
die ehrenwürdige lex Mintelen — Vorschläge auf Abänderung der Straf-
prozess-Ordnung — verhandelt werden. Am Samstag fällt die Sitzung
der Volkszählung wegen aus, ebenso am nächsten Dienstag, den die
Budgetkommission ganz für ihre Arbeiten beanprucht. Am Montag
soll die Interpellation des Centrums über die Kohlennot an die Reihe
kommen.

Ihre Philippika gegen Bälou

setzt heute die „Rheinisch-Westf. Ztg.“ in einem langen, spitzigen
Artikel fort, in dem der Kerper über des Reichskanzlers schlaffe
Haltung in der Scharfmacher-Affaire noch deutlicher hervortritt, als
in ihren bisherigen Angriffen.

In das Lob auf die im Reichstage bewiesene staatsmännische Gemüthsart des neuen Kanzlers stimmt das Blatt nicht nur nicht ein, sondern es läßt an seinem Chinabild überhaupt kein gutes Haar. Der lebenswürdige Humor und die rednerische Glätte Bälows habe den Reichstag förmlich in Ohnmacht versetzt, sonst hätte er die Schwächlichkeit der Bälowschen Gedanken sofort durchschauen müssen. Weder in der Frage der Nichterörterung des Reichstags, noch bezüglich der kaiserlichen Reden, noch auch der Vorgänge der Verurteilung des Grafen Waldersee habe er irgend etwas vorgebracht, was das Verfahren der Regierung ersichtlich zu rechtfertigen vermöchte. Die Berufung auf die „Frei. Ztg.“ sei doch nur ein Scherz gewesen.

Die hier ein Witz „zur rechten Zeit sich einstellte.“ zu bewährte sich die Methode des Verzichtnehmens gegenüber dem Reklame-Umwesen bei der Abreise des Grafen Waldersee. Deutlicher ist Graf Bälow nur bei dem Thema „Kaiserreden“ geworden, und hier ist es Pflicht des deutschen Volks, etwas genauer zuzusehen, für welchen Zustand Graf Bälow in der Reichstagsitzung vom 20. November die Verantwortung tatsächlich übernommen hat.

Und nun führt die „Ab. Westf. Ztg.“ den Nachweis, daß es nur ein Enschlupfungsverfug Bälows gewesen sei, wenn er erklärt habe, nur für die rechtsverständlichen Reden des Kaisers die moralische Verantwortung zu übernehmen. Der § 17 der Reichsverfassung besage zwar, daß Anordnungen und Verfügungen des Kaisers zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des damit die Verantwortlichkeit übernehmenden Reichskanzlers bedürfen; allein für die Frage der kaiserlichen Reden können auch die Artikel 11 und 63 der Reichsverfassung in Frage. Dieselben lauteten:

Art. 11. Das Präsidium des Bundes steht dem Könige von Preußen zu, welcher den Namen deutscher Kaiser führt. Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Art. 63. Die gesamte Landmacht des Reichs wird ein einheitliches Heer bilden, welches in Krieg und Frieden unter dem Befehle des Kaisers steht.

Bälows seltsame Auslegung gehe dahin, daß die öffentlichen Reden des Kaisers nur private Meinungsäußerungen seien. Ja, wenn der Kaiser nur über Kunst, über Sport, über Mode, über Theater oder Landschaften spräche, trafe dies zu, die Reden beschäftigten sich aber mit ganz anderen Dingen.

„Nein, der Kaiser spricht über politische Dinge, über seine eigenen Obliegenheiten als Staatsoberhaupt.“ Über die Vorbereitung eines „Zustauschgesetzes“ zu den Vertretern der Provinz Westfalen, über den Mittellandkanal zu der Stadtvertretung von Dortmund, gar über ihre militärischen Pflichten und Aufgaben zu den seinem direkten Oberbefehl unterstehenden Soldaten, durch die in der „Streng-Zeitung“ veröffentlichte Seeeprebigkeit über die deutschen Aufgaben in Ostasien, zu seinen Generalen und Ministern bei der feierlichen Verabschiedung des Grafen Waldersee über die Uebertragung des Oberbefehls durch den Kaiser von Rußland — und man wird die ganze Kavalität des Anstimmens ermessen können, das Graf Bälow und mit ihm freiwillig offiziöse Organe wie die „Post“ an das deutsche Volk stellen, sich hier vorzustellen, der Kaiser spräche nicht als Staatsoberhaupt, sondern als Privatperson.“

Daß die Ansprache an die Chinesen durchaus wörtlich und ernst ausgesprochen worden seien, beweisen die Soldatenbriefe mit ihren Mitteilungen über die Ausführung des „Pardon“ wird nicht gegeben.“ Graf Bälow habe auch wohl gewußt, warum er die Antwort auf Webers Frage, ob der obige Ausspruch ein Verstoß des obersten Kriegsherrn gegen die Verfassung sei oder nicht, schuldig geblieben sei. Der Reichskanzler trage, daran müsse der Reichstag erinnert werden, die Verantwortung für die Reichspolitik in ihrem ganzen Umfange.

Es gehört schon Bälowsche Eleganz im Klausenmachen dazu, um die Wichtigkeit dieser sich übrigens auch auf die Staatsrechts-Erklärungen des Staatsrechtslehrers v. Können stützenden Debatte zu bestreiten. Daß die ministeriellen Velleidungsfälle verächtliche persönliche Regimenter ist eine nur zu sehr empfundene Thatsache.

Daß das Organ der rheinisch-westfälischen Schlot- und Kohlenbarone durch seine scharfe Bälowsfronde sich nur in den Dienst gewisser Scharfmacherintrigen stellt, vermag das Gewicht seiner Ausführungen nicht abzuschwächen. Auch daß in der Redaktion der „Ab. Westf. Ztg.“ ein noch tollereres Regimenter herrscht, als in höheren Regionen, ist in dieser Sache ohne Belang.

Deutsches Reich.

Der Seniorenkonvent

hat gestern mit dem Präsidenten des Reichstags die Verabredung gegenüber bis zu den Weihnachtsferien festgesetzt. Nach Erledigung des Antrags Mintelen (Einführung der Berufung in Strafsachen) soll am nächsten Sonnabend die Plenarsitzung ausfallen.

Montag, den 3. Dezember, findet die Beratung der Centrums-Interpellation (Kohlenrollen) statt.

Dienstag, den 4. Dezember, fällt die Plenarsitzung aus, um der Budgetkommission den ganzen Tag für die Beratung des China-Etats freizulassen.

Mittwoch findet ein Scherztag (Initiativantrag des Centrums, der sog. Toleranzantrag) statt.

Donnerstag und Freitag der nächsten Woche sollen entweder der Gesegentwurf betr. das Urheberrecht oder einige kleinere Vorlagen in erster ev. zweiter Beratung erledigt werden.

Sonnabend, den 8. Dezember, fällt die Sitzung des Feiertags wegen aus.

Am Montag, den 10. Dezember, beginnt die erste Beratung des Etats pro 1901, nach deren Beendigung spätestens am 14. Dezember der Reichstag in die Weihnachtsferien geht.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Chinavorlage noch vor Weihnachten zur Verabschiedung gelangt, da aller Wahrscheinlichkeit nach die Kommissionsberatung dieser Vorlage die ganze nächste Woche in Anspruch nehmen wird.

Der wiederholten Anregung des Abg. Singer, den Initiativanträge mehr Beratungszeit zu widmen, wurde infoweit entgegengekommen, als man in Aussicht stellte, nach Neujahr diesem Wunsche näher zu treten.

Die socialdemokratische Fraktion wird von ihren Anträgen den Antrag betr. die Gewerbegerichte zuerst zur Verhandlung stellen und als zweiten Antrag den Gesegentwurf betr. die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers folgen lassen.

Der Präsident nahm noch Veranlassung, dem Seniorenkonvent davon Mitteilung zu machen, daß der Bericht, welcher in allen Zeitungen über den Empfang des Reichstags-Präsidenten beim Kaiser gestanden hat, in allen Teilen falsch ist.

Der Kaiser habe bei dem Empfang nicht eine politische Aeußerung gemacht, sondern sich mit den Präsidenten nur über persönliche und landsmannschaftliche Fragen unterhalten.

Alle thätigsten Angaben des Berichts hätte sich — so sagte Graf v. Ballestrem — der Berichterstatter aus den Fingern gesogen.

Diese Aeußerungen des Präsidenten entbehren insofern nicht eines pikanten Beigeschmacks, als sie an der Hand des Berichts der „Germania“ gemacht wurden.

Die socialdemokratische Fraktion entsendet in die Kommission zur Beratung der Seemanns-Ordnung die Abgeordneten Dr. Herzfeld, Meyger und Schmidt-Frankfurt. In der Kommission betreffend das Gesetz über die Privat-Versicherungsanstalten wird die Fraktion durch die Abgg. Calwer, Diez und Heine vertreten werden.

Zu Rednern für die Staatsberatung sind Nebel und Wollmar bestimmt.

Den Initiativantrag betreffend die Gewerbegerichte werden Tugauer und Jubeil begründen. Die Fraktion hat folgenden Antrag betreffend die Beschäftigung gewerblicher Arbeiterinnen eingebracht:

1. Arbeiterinnen dürfen nicht beschäftigt werden bei solchen Arbeiten, die besonders dem weiblichen Organismus schädlich sind.
2. Arbeiterinnen dürfen nicht beschäftigt werden während der ersten sechs Wochen nach einer Niederkunft oder einer Fehlgeburt und, wenn das Kind lebt, während der ersten acht Wochen nach der Niederkunft. Wenn der Arzt durch ein schriftliches Entschreiben eine längere Zeit der Enthaltung von der Gewerbsarbeit für notwendig erklärt, so darf die Arbeiterin vor Ablauf dieser Zeit nicht zur Arbeit herangezogen werden. Schwangere Arbeiterinnen können die Arbeit ohne Einhaltung der Kündigungsfrist einstellen vier Wochen vor ihrer Niederkunft und, wenn es der Arzt für notwendig erklärt, auch früher. Für die ganze Zeit der nach diesen Vorschriften zulässigen oder notwendigen Enthaltung von der Gewerbsarbeit erhalten die Arbeiterinnen von einer Krankenkasse, der sie mindestens zu diesem Zwecke angehören müssen, eine Unterstützung im Mindestbetrage des ordentlichen Tagelohns.
3. Gewerbliche Arbeiterinnen dürfen nicht beschäftigt werden während der Nachtzeit (von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens), an Sonn- und Feiertagen sowie an den Nachmittagen der Tage vor Sonn- und Feiertagen.
4. Die Beschäftigung der gewerblichen Arbeiterinnen über 16 Jahre darf die Dauer von 10 Stunden täglich, an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen von 8 Stunden nicht überschreiten. Ueberstunden dürfen nicht gemacht werden.

Das Minister-Verantwortlichkeitsgesetz.

das von der socialdemokratischen Fraktion dem Reichstag vorgelegt worden ist, macht der „National-Zeitung“ immer noch viel Kopfweh und sie zieht namentlich unre Angaben in Zweifel, daß der Entwurf sich im wesentlichen an bestehende Gesetze anlehne. Zwar hätten ihre Redactoren sich selbst nach der Bibliothek bemühen können, wie wollen ihnen jedoch etwas zu Hilfe kommen.

Daß der Staatsgerichtshof nicht unter dem Einfluß der vom Minister abhängigen Bureaucratie stehen darf, sondern daß bei seiner Zusammenlegung dem Parlament ein bestimmter Einfluß gesichert sein muß, wird von weitaus den meisten Verfassungen anerkannt. In England fungiert das Oberhaus, in Frankreich der Senat direkt als Gerichtshof. In Oesterreich wird der Staatsgerichtshof, wie auch der socialdemokratische Entwurf es will, vom Reichsrat gewählt. In Sachsen und Oldenburg wirkt der Landtag bei der Zusammenlegung des Staatsgerichtshofs wenigstens mit. Die Bestellung der Mitglieder erfolgt in Sachsen und Oldenburg auf die Dauer einer Legislaturperiode. Die Interessen des angeklagten Ministers sind in dem Entwurf der Fraktion nach Vorgang des österreichischen Gesetzes dadurch gewahrt, daß Mitglieder des Parlaments von der Teilnahme ausgeschlossen sein sollen, und daß ihm ein ärztlich weitgehendes Ablehnungsrecht zustehen soll. Die Suspension im Falle der Anklage findet sich beispielsweise in Oesterreich und Bayern.

Wenn es der „National-Zeitung“ besondere Schmerzen zu machen scheint, daß die Minister-Verantwortlichkeit sich auch auf Handlungen des Kaisers beziehen soll, die der Minister nicht gegenzeichnet hat, so ist das keinerlei radikale Extrabaganz, sondern gerade im liberal-constitutionellen Sinne eine unbedingt notwendige in einem Staate, wo fortwährend politische Kundgebungen ohne ministerielle Gegenzeichnung erfolgen, und wo der Kanzler nachträglich die Verantwortung dafür entweder ausdrücklich oder dadurch, daß er im Amte bleibt, fühlbar zu übernehmen pflegt. Einen Kanzler, der eine ohne seine Zustimmung unternommene politische Handlung unzuweilig mißbilligt, würde kein Reichstag wegen dieser Handlung zur Verantwortung ziehen.

Genosse Ewienty, der Redacteur des „Holländischen Volksblatts“, dessen Verhaftung wir gestern meldeten, ist aus der Haft wieder entlassen worden.

Die Wahlsiege unserer gothaischen Genossen haben die Folge gehabt, daß der loburg-gothaische Staatsminister v. Strenge zurückgetreten ist. Neben dem Ausfall der Wahl wurden in gothaischen Wäldern auch Differenzen des Ministers mit dem Regenten als Ursache des Rücktritts genannt. Das ist schon möglich, könnte aber auch sehr wohl auf die politischen Zustände des Landes zurückgeführt werden. Herr v. Strenge hat im Landtag namentlich in der Bildungsfrage und der Domänenfrage mehrere wichtige Niederlagen erlitten, weil er rücksichtslos die Hausinteressen des herzoglichen Hauses vertreten hat. Diese Fragen haben zum großen Teil mit zu dem für uns so günstigen Ausfall der Landtagswahlen beigetragen. Der jetzige Regent scheint, wie sich aus einigen Anzeichen folgern läßt, der Stimmung im Lande etwas mehr Rechnung tragen zu wollen und das dürfte den Konflikt mit dem herrschgewohnten Minister wohl erklärlich erscheinen lassen. Sein Nachfolger ist ein Herr Gentsch, Kammerpräsident a. D. und Aufsichtsrat der Breslauer Diskontobank, bisher in Berlin wohnhaft.

Streikende Arbeiter für vogelfrei erklärt.

Das Hanseatische Ober-Landsgesicht sprach, wie uns eine Privatdepesche aus Hamburg meldet, in einem Fall, in dem es sich um Streikpostenstehen handelte, jedem Schutzmann das Recht zu, auf Grund der bremischen Strafenordnung jeden Streikposten von der Strafe weg zu verhaften.

Das Koalitionsrecht ist damit so gut wie aufgehoben, denn ohne die Möglichkeit für die Streikenden, die gesperrte Fabrik zu überwachen, die Zugiehenden über den Stand der Dinge aufzuklären, ist der Kampf gegen die Unternehmer nicht zu führen. Aber noch mehr. Für die Streikenden wird so noch ein **Ausnahmengesetz** geschaffen; sie dürfen nicht, wie alle andren Einwohner, die Straßen benutzen, die sie wollen. Der erste beste Polizist hat das Recht, sie von dem freien Verkehrsrecht auszuschließen.

Botschafterwechsel in Paris. Der achtzigjährige deutsche Botschafter in Paris, Fürst Münster, ist aus seinem Amte pflüchig geschieden. An Münsters Stelle tritt — nach dem „Vol.-Anz.“ — der in Rußland beglaubigte Botschafter Fürst Radolin.

Die ruflose Zerstörung der Pekinger Bibliothek erregt mit uns die Entrüstung der „Köln. Ztg.“, aber sie behauptet, diese schandvolle That sei von den Chinesen verübt worden. Für diese Behauptung beruft sie sich auf das Zeugnis des „Times“-Korrespondenten Morrison.

Die Leichtgläubigkeit der „Köln. Ztg.“ ist erstaunlich. Sie nimmt allen Credit an, daß diese gewerbsmäßigen Schwindeleien, die aus englischer Quelle stammen, launere Wahrheit seien. Sie glaubt, daß die Chinesen, die niemals ernstlich die Gesandtschaften der fremden

Mächte angegriffen haben, nichts Besseres zu thun gewußt haben, als ein unerföhliches nationales Heiligthum zu vernichten. Hat wirklich die „Kölnische Zeitung“ schon wieder die Aeußerung des chinesischen Korrespondenten der „Kreuz-Zeitung“ vergessen, daß alle Nachrichten über die fürchterlichen Thaten der Boxer während der Belagerung der Gesandtschaften eitel Lüge seien?

Zum Ueberflus besitzen wir die Schilderung eines Missionars über die Zerstörung der Bibliothek. Der Missionar Arthur S. Smith, der die Belagerung selbst durchgemacht hat, schreibt in dem New Yorker „Outlook“:

„Der Versuch, die „Coramänner“ aus dem Lande zu treiben, habe für die Chineser Folgen gehabt, die in der Geschichte der modernen Civilisation einzig dastehen und ihrer nicht würdig sind. Leichen von Bürgern und Soldaten lagen überall, einzeln und in Haufen, und selten nur mit Stroh oder Matten bedeckt in den Straßen herum und wurden von den nach Tausenden zählenden Pariah-Hunden der Stadt als willkommenes Beute betrachtet. Alle Pfähle, Leiche und Knochen waren mit Leichen vollgestopft, besonders solcher von Frauen, die sich aus Furcht vor den widerlichen Vergewaltigungen durch die Soldateska selbst das Leben genommen hatten. Am schlimmsten benahmen sich in dieser Beziehung die Russen. Die berühmte Universität Pan Yin ist ein rauchender Trümmerhaufen; und nur zwei von den 25 großen Bibliotheken wurden vor völliger Vernichtung gerettet. Chinesische Werke von unschätzbarem Wert wurden zum Aufspüren von Löchern beim Bau der Baracken verwendet, das Papier von Büchern, die viele Jahrtausende alt sind, wurde als Packpapier, zum Feueranzünden und zu sonstigen hässlichen Verwendungen verwendet.“

Die „Köln. Zeitung“ wird uns demnächst als neue historische Entdeckung offenbaren, daß das Heidelberger Schloß nicht von Melas Horden, sondern von den pfälzischen Boxern zerstört worden sei.

Das Weltblatt sucht jetzt offenbar hinsichtlich der Pekinger Bibliothek eine ähnliche Legende zu propagieren, wie sie über die Zerstörung der Alexandrinischen Bibliothek von den christlichen Völkern erfunden worden ist. Die Schuld an diesem Verbrechen schiebt man bekanntlich dem arabischen Heiden Omar zu, während es in Wirklichkeit 250 Jahre früher von fanatischen Christen verübt worden ist.

Konserbativ gegen das Gnummentum. Der konserbativ „Reichsbote“, der neuerdings nicht selten in vorteilhafter Weise von der andren reaktionären Presse sich abhebt, erklärt heute, wenn das wahr ist, was über die Gummengrenze berichtet wird, so bedeutet das nichts mehr und nichts weniger als den **sittlichen Vandalismus unserer modernen Kultur**, und das ist für die ganze Welt um so schlimmer, als es uns und unsre Kultur in den Augen der Heiden vollständig kompromittiert, verächtlich und verhasst macht. Hätten die Heiden bisher vor dem weißen Mann noch eine große Hochachtung und Verehrung, die ihn mehr schätzte als Waffengewalt, so wird dieselbe völlig zerstört, wenn die Heiden sehen, daß diese Weißen sich wider, roher und grausamer betragen, als sie selbst es gewohnt sind.

Ganz unsre Meinung! —

Herr v. Brandt über die Gnummenten. Der frühere deutsche Gesandte in Peking, Herr v. Brandt, fällt über die Behandlung der Gnummenten durch die Regierungsbereiter und die Parlamentsmehrheit ein Urteil, das von dem unsrer Kalligraphie wohlwollend abhört. In einem Artikel in der Londoner „Finanz-Chronik“ schreibt derselbe:

In der Behandlung, die man diesem Teil der Frage hat angedeihen lassen, liegt überhaupt der schwache Punkt der bisherigen Debatten im Reichstage. Für die Parteien wie für die Regierung gab es nur eine Art, den erhobenen Beschuldigungen entgegenzutreten. Die Regierung mußte erklären, daß sie, sowie sie von den in der Presse vorgebrachten angeblichen Thatfachen Kenntnis erhalten, telegraphischen Bericht eingefordert, eventuell weitere Maßnahmen ergriffen habe, entweder die strafgerichtliche Verfolgung der Verleumder oder den Erlaß von Befehlen, solchen Schimpflichkeiten sofort ein Ende zu machen und die vorgekommenen zu verhindern. Das Vogelstrauch-Spielen nützt in solchen Fällen gar nichts. Was wir nicht sehen oder sehen wollen, sehen andre, und wir können mit Sicherheit darauf rechnen, daß etwaiger Schmutz uns unter die Nase gerieben wird. Wenn wir aber wollen, daß unsre Waffen und Fahnen blank und rein aus China zurückkehren, so müssen wir auch vor den dazu erforderlichen Maßnahmen nicht zurückschrecken, und es ist ein falscher Patriotismus, die vorgebrachten Anschuldigungen so von der Hand zu weisen, wie dies im Reichstage geschehen ist.

Bekanntlich hat die Regierung nichts von alledem gethan, was Herr v. Brandt als ihre Pflicht erachtet. Sie hat keinen telegraphischen Bericht eingezogen, keine Redereien angeestellt, sondern — trotz der mit dem Inhalt der Gummendeckelung sich bedenkenden Mitteilungen des Berichterstatters der halb-offiziösen „Köln. Ztg.“, die sich auf die Aussagen von Offizieren stützen — die entscheidende Vorurtheile teils gelaugert, teils beschönigt. Und selbst der Militärbefehl zur Verhinderung weiterer Gnummenten kam erst am 12. Oktober, trotzdem bereits in der zweiten Hälfte des August Gummendrucke aufsehenerregenden Inhalts in der Presse circuliert hatten.

Der Sündenbock. Die „D. Westf. Ztg.“ will wissen, daß der Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern von Boedite zum Präsidenten des nach dem Reichsversicherungs-Gesegentwurf neu zu gründenden Aufsichtsamts für Privatversicherung in Aussicht genommen sei. Damit wäre dem beliebigen Rechtsbewußtsein vollends Rechnung getragen und jeder weitere Zweifel an der Integrität der Regierung zum Schweigen gebracht. Dem Sündenbock v. Boedite wäre eine anderweitige gut dotierte Stellung gesichert, während der eigentlich verantwortliche Hauptschuldige, Graf Pofabowich, weiter amtiert, bis auch ihn dereinst Lucanus holt — aber sicher nicht wegen der 12 000 Mark-Affaire.

Der Bundesrat überwiegt in seiner Sitzung vom Donnerstag den Antrag Bayerns betreffend die Einführung von Mehrleistungen nach § 45 des **Inhaltsversicherungs-Gesetzes** den zuständigen Ausschüssen und stimmte dem Ausschuhbericht über den Entwurf eines Gesetzes für Eisab-Löthringen betreffend den Verkauf von Waldflächen in den Oberförstereien Bittsch-Nord und Bittsch-Süd zu.

Militärischer Ehrenkodex und Beamtenqualifikation. Eine „methwürdige Sache“ wird der „Germania“ aus Kreuznach gemeldet. Danach ist der im Oktober 1899 erfolgten Wahl des Bürgermeisters der Stadt Schlüchtern, Herrn Salomon, zum besoldeten Beigeordneten von Kreuznach die königliche Bestätigung verweigert worden. Der Grund dafür wird dahin angegeben, daß Herr Salomon vor Jahren ein aus geringfügiger Urtage von einem Arzte provociertes Duell abgelehnt hatte und dieshalb aus dem Offiziersstande, dem er als Hauptmann a. D. angehörte, ausgeschieden war. Herr Salomon ist zwar im Frühjahr dieses Jahres vom Kaiser im Gnadenwege in die Kategorie der mit schätzbarem Abschiede entlassenen Offiziere zurückversetzt worden, doch soll der Grad der Rehabilitierung nicht genügen, um besoldeter Beigeordneter der Stadt Kreuznach werden zu können.

In einem Militärstaate ist eben alles möglich. Auch der Fall, daß ein Mann, der sich weigert, gegen das Gesetz, das das Duell verbietet, zu verstoßen, dadurch einer Beamtenqualifikation verlustig geht. Die „Germania“ sollte bei dieser merkwürdigen Geschichte aber nicht vergessen, daß gerade das Centrum Deutschland nicht nur zum Militärstaate, sondern jetzt gar zum **Reaktionäristaate** gemacht hat.

Ohm Krüger will nach Berlin kommen. Das „Berliner Tageblatt“ erhielt folgendes Privattelegramm:

Paris, 20. November. Ich erfahre soeben, daß Präsident Krüger am Dienstag in Berlin eintrifft. Er verläßt mit Dr. Krebs und seiner Begleitung am Sonntag, mittags 1 Uhr, Paris und ist abends in Köln, wo Zimmer im Domhotel bestellt sind. Er bleibt, da er am Sonntag nicht reisen will, bis Montag früh in Köln und ist Montagmorgen in Magdeburg, wo er übernachtet. Er kommt daher am Dienstag in Berlin an. Die deutsche Regierung ist davon benachrichtigt. Diese Mitteilungen stammen aus sicherer Quelle.

Ist die Meldung richtig, so will Ohm Krüger wahrscheinlich persönlich seinen Dank absetzen für jenes Telegramm, das Kaiser Wilhelm II. am 3. Januar 1896 an ihn abgefaßt hatte.

Das Telegramm hatte folgenden Wortlaut:

„Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigsten Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Thatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihre Land eingedrungen sind, den Frieden wiederherzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“

Zweifelloch hat das damalige Telegramm dazu beigetragen, den Boeren jenes Vertrauen einzusößen, das sie eine so entschlossene Haltung gegen Englands Einmischung annehmen ließ.

Einmalige Agitation gegen die Kirche. Wie die „Allerbürger Zeitung“ meldet, haben die thüringischen Regierungen die fernere Abhaltung von Gottesdiensten in polnischer und tschechischer Sprache für fremde Industrie- und Bergwerksarbeiter verboten. Zugleich sollen die in Thüringen amtierenden polnischen und tschechischen Geistlichen österreichischer Rationalität ausgewiesen worden sein.

Von der „Begehrlichkeit“ des Klerus. Aus Elsaß-Lothringen schreibt man uns: Der niedere katholische Klerus unseers Landes, der bereits im vorigen Jahre in eine veritable Lohnbewegung eingetreten war, sucht neuerdings wieder für die Erhöhung der unteren Pfarrgehälter Propaganda zu machen. Die von einem Teile der untertänigen Geistlichkeit an das bischöfliche Ordinariat in Straßburg gerichtete Petition verlangt für die Kantonspfarrer und die Pfarrer in den Gemeinden mit über 5000 Einwohnern eine Gehaltserhöhung um 200—300 M. jährlich, sowie die Festsetzung eines Anfangsgehalts von 1600 bis 2000 M. Bezeichnend für das Vertrauen, das der mit dem Volke tagtäglich in direkte Verbindung kommende niedere Klerus in die materielle Opferwilligkeit seiner Gläubigen setzt, ist die Tatsache, daß auch diese Petition sich ausdrücklich gegen den Gedanken einer katholischen Kirchensteuer richtet. Die Nichtkatholiken — so heißt es darin — mögen die Kirchensteuer einführen, das katholische Volk muß davor bewahrt bleiben! womit man also zugleich, daß der Versuch der katholischen Glaubensgemeinschaft, durch den Bestand aus eigener Kraft ihre Lebensfähigkeit zu erweisen, zu einem bedenklichen Mißerfolge führen könnte. Nicht ohne Interesse ist auch die Forderung der petitionierenden Geistlichen, es solle in Zukunft mit dem Umwischen der Stellenzulagen und der Gehaltszulagen räumlich aufgeräumt werden. Dieses Postulat scheint darauf hinzudeuten, daß in gebärdeter Hinsicht seitens der oberen Diözesanbehörden eine Günstlingswirtschaft getrieben wird, die in den Kreisen des unteren Klerus starke Verstimmung hervorgerufen hat.

Ausland.

Frankreich.

Gegen die Religionsgesellschaften.

In der Deputiertenkammer steht heute ein Gesetzentwurf zur Debatte, der die Rechte der Ordensbruderschaften und sonstigen kirchlichen Gemeinschaften etwas beschränken soll. Der Entwurf ist bereits am 14. November 1899 von der Regierung der Kammer unterbreitet worden und ist seitdem in der Tagespresse der Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen gewesen.

Die „Kongregationen“, wie man die Religionsgesellschaften nennt, sind nicht nur sehr ausgebreitet, sondern verfügen auch über große Vermögen. Diese Gesellschaften treiben Handelsgeschäfte und Gewerbe, ihr Vermögen wächst immer mehr; seit dem Jahre 1895 ist ihnen eine „Zuwachsteuer“ auferlegt worden. Am 30. September 1900 gab es in Frankreich 1517 „Kongregationen“, 773 autorisierte und 744 nicht autorisierte. Von den 773 autorisierten Kongregationen hatten am 30. September d. J. 654 die alten Steuern auf Grund der Gesetze von 1880 und 1884 und 567 auf Grund des Gesetzes von 1895 eingeführte Zuwachsteuer entrichtet. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes von 1895 bis Ende September 1900 sind im ganzen 4 273 691 Franken eingezogen worden, von denen über ein Drittel auf die Zeit vom 30. Juni 1899 bis 30. September 1900 entfällt. Die rückständigen Steuern der Kongregationen, die am 30. Juni 1899 noch 7 640 000 Fr. betragen, erreichten am 30. September 1900 nur noch 6 480 000 Fr., davon 5 560 000 Fr. für die autorisierten und 870 000 Fr. für die nicht autorisierten Kongregationen.

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, wie umfangreich die Geschäfte der Ordensgesellschaften sind. Gegenüber sonstigen ökonomischen Gesellschaften sowie wirtschaftlichen, politischen, literarischen usw. Vereinigungen haben diese Gesellschaften den Vorteil gehabt, daß die Vereinsgesetze auf sie wenig oder gar keine Anwendung fanden. Die konfessionell-klerikale Sippe, die jede Verlesung und Unterdrückung anderer, namentlich der Arbeitervereinigungen gut geheißt hat, schimpft jetzt über „Beschränkung der Freiheit“ usw.

Das Projekt Walded-Rousséus will nun die beschränkten Bestimmungen aufheben, nur soll den Gesellschaften die Anmeldepflicht bei der Polizei und die Verpflichtung der Einreichung der Statuten auferlegt werden.

Der Artikel aber, auf den es hauptsächlich ankommt, der Artikel 15, der sich mit dem Vermögen der Ordensgesellschaften befaßt, lautet:

„Alle Klauseln, welche die Heimfälligkeit (von Kapitalien, Gütern u. an die Orden) vorbehalten, und alle Kontrakte, welche den Zweck haben, den Besitz der Vermögen der Religionsgesellschaften zu bereichern, sind verboten.“

Um diesen Vorgraphen wird der Kampf in erster Linie sich drehen; dieser ist es, der den ungeheuren Besitzstand der „toten Hand“ einschränken bzw. das Weiterwachsen verhindern soll.

Paris, 20. November. Deputiertenkammer. In der Rodinnungssitzung wünschte Denis die Regierung über ihre Absichten hinsichtlich eines Schiedsgerichts zu Gunsten der Boeren zu interpellieren. Der Minister des Auswärtigen Delcassé erwiderte, es hätte keinen Nutzen, die Debatte zu eröffnen, besonders in der anstehenden Session könne das, was unumstößlich ist, oft leicht gefährlich werden. Denis besteht auf seiner Interpellation, zieht dieselbe aber dann auf die Vorschläge des Präsidenten zurück und bringt statt derselben einen Antrag ein, der dem Präsidenten Krüger die Sympathie der Kammer ausdrückt. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Eine sozialistische Redeschlacht. Am Abend des 20. November trafen sich in Lille die beiden Führer Jaures und Guesde in einer großen Volksversammlung gegenüber. Die französische Arbeiterpartei, deren Führer Guesde und Lafargue, hat im Norden Frankreichs ihre stärkste Position; Lille, die große Industriestadt, ist neben Calais die Centrale. Die linker Parteigenossen hatten Guesde und Jaures eingeladen, in einer Versammlung über die Taktik der Partei zu sprechen. Die Versammlung war von über 8000 Personen besetzt. Delors, der sozialistische Bürgermeister von Lille, eröffnete die Versammlung, die in musterhafter Ordnung verlief. Die Redner vertraten ihre bekannten Anschauungen in Bezug auf die Dreifach-Affäre, den Eintritts Willens ins Ministerium, sowie

ihre Stellung zu den bürgerlichen Parteien. Es war bestimmt worden, daß jeder Redner eine halbe Stunde, in der Replik eine Viertelstunde Redezeit haben sollte. Andre Redner waren nicht zum Wort gelassen, Beschlüsse sollten nicht gefaßt werden. Beide Redner hielten sich streng sachlich, sie betonten übereinstimmend, daß die Gegnerschaft nicht eine persönliche sei, sondern daß es sich um zwei verschiedene Methoden des Kampfes handele.

Die Versammlung war eine sehr animierte, beide Redner wurden häufig von stürmischem Beifall unterbrochen. Der endlichen Einigung der Partei ist die Aussprache der beiden Führer vor den gut organisierten und überzeugungstreuen Arbeitern des Nordens gewiß nicht zum Nachteil geworden.

Afrika.

Sehr ungünstig äußert sich eine Meldung des „Daily Mail“ über Englands Lage auf dem Kriegsschauplatz. Das Blatt meldet, daß Dewet die Kapkolonie bedroht. Er sei von 3000 Mann begleitet und werde noch durch Rebellen der Kapkolonie verstärkt. Diese Bewegung werde sich schnell ausbreiten. Die Engländer befinden sich überall in der Defensive. Der Mangel an Kavallerie verhindere Maßnahmen, welche die Lage erheische.

Ueber unentschiedene Gefechte berichtet eine Anzahl Telegramme, von denen die wichtigsten lauten:

Durch einen erfolgreichen Eilmarsch ist es General Anox gelungen, Dewet in der Front zu fassen und sich zwischen ihn und den Oranjefluß zu schieben.

Feldmarschall Roberts telegraphierte: Oberst Barker fand auf seinem Marsch nach Dewetsdorp die Boeren in starker Stellung, griff sie aber nicht nachdrücklich an und verlor dabei 3 Mann. Oberst Plumer griff 500 Boeren nordöstlich von Dewogendrift an und umging ihre rechte Flanke. Die Boeren zogen sich zurück und ließen 3 Tote auf dem Platze. Eine andre englische Abteilung marschierte am 20. November nach Vellehen und fand die Boeren in starker Stellung am Tigerloof. Nach einem scharfen Gefecht wurde die feindliche Hauptstellung von den Scots Guards genommen. Die Engländer hatten 2 Tote, darunter ein Lieutenant, und drei Verwundete, darunter ein Major.

Eine weitere Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Johannesburg vom 20. d. Mts. meldet, Dewetsdorp wurde am 21. von den Boeren angegriffen und am 24. übergeben, aber am 26. durch General Anox wieder besetzt. Anox verfolgt jetzt die Boeren. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Den Abendblättern zufolge ist hier ein Telegramm eingegangen, nach welchem Präsident Steijn in dem Gefecht mit General Anox verwundet worden sei.

Die kriegerische Gesamtlage schildert ein Kriegsbericht der „Albin-Westf. Ztg.“ folgendermaßen: Die britische Armee hat, statt die vorwiegend „annettierten“ Landesteile zu halten, eine allgemeine Rückzugsbewegung angefaßt, um sich — das ist das ganze Resultat eines nun dreizehn Monate dauernden Kriegs — an den Haupt-eisenbahnlinien zu konzentrieren und den besten Vornweg zu den Goldfeldern hinaus einzumachen sichern zu können. Das Ganze ist ein lechter Versuch, dem Drängen der immer unruhiger und drohender werdenden Boeren nachzugeben und ihnen wenigstens die Dinaufreise nach Johannesburg zu ermöglichen, wodurch man dem leichtgläubigen britischen Publikum dabei den Glauben beizubringen hofft, daß nun endlich alles „settled“ sei.

Parlamentarisches.

Von der Wahlprüfungs-Kommission sind am Donnerstag die Wahlen des konservativen Abgeordneten Henning (10. Frankfurter Kreis, Kalan-Ludau) und des nationalliberalen Abgeordneten Schütze (7. Arnberger Kreis, Hamm-Soest) für gültig erklärt worden, weil das Ergebnis der neuer Zeit beschlossenen Beweis-erhebungen die Protesterhebungen entweder nicht bestätigte oder doch nicht in solchem Umfange, daß die Ungültigkeitserklärung daraus zu folgern war.

Partei-Nachrichten.

Gegen die Brotwucherpolitik erklärte sich eine Volksversammlung in Brandenburg durch Annahme der folgenden Resolution: Die am 27. November in „Kamps Konordia“ tagende Volksversammlung erkläre in der Fortführung der mitteluropäischen Handelspolitik die einzige Möglichkeit, einer Hochkonjunktur in Deutschland zu entgegen. Sie bekämpfe daher alle Maßnahmen, welche die Durchführung einer solchen Politik erschweren, so die beabsichtigte Einführung des Doppelzolls, so die Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel und Fabrikate. Eine weitere Vertenerung der Lebensmittel belastet die deutsche Arbeiterschaft, drückt auf ihre soziale Position und gefährdet gleichzeitig Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt. Zum Schutze der Arbeiterbevölkerung, zum Schutze der nationalen Arbeit protestiert die Versammlung gegen die sozialpolitischen Absichten der agrarischen und industriellen Hochkonjunktur.

Gemeindevahlen. In Soltau a. d. Spree wurde der sozialdemokratische Kandidat als Gemeindevorsteher gewählt. Mit ihm tritt der erste Sozialdemokrat in den Soltauer Gemeinderat.

Die Wahlen in Hohenstein, wo das Dreiklassen-Wahlssystem zum erstenmal zur Anwendung gelangte, brachten unsren Genossen in der dritten Klasse insofern einen Sieg, als von den zwei Mandaten eines von einem sozialdemokratischen Kandidaten erobert wurde. In den übrigen Klassen unterlagen unsre Kandidaten.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber „Erziehungsfragen“ sprach Genosse Göhre am Montag im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Der Vortragende entwickelte zunächst seine Ansichten über ein möglichst zweckmäßiges Verhalten der Eltern dem heutigen Unterricht, besonders dem Religionsunterricht der Schule gegenüber. Er führte aus, daß er zwar die Hineinziehung der Religion in die Schule an sich durchaus nicht billige — so lange das aber der Fall ist, den Eltern nur den Rat erteilen könne, sich im Interesse der Kinder diesen gegenüber nicht in offenen Gegensatz dazu zu stellen. Das müsse notwendig aus schwebste die Autorität des Lehrers untergraben und damit für diesen die Möglichkeit, das Kind auch sonst in der Schule günstig zu beeinflussen. Vor allem aber bringe ein solcher Gegensatz der elterlichen Anschauungen mit der Lehre der Schule das Kind jeder Zeit in innere Konflikte, denen es noch gar nicht gewachsen sei und schließlich auch in eine schwierige Stellung den andersdenkenden Mitschülern gegenüber.

Aus diesen Erwägungen heraus empfehle er allen Eltern, ihre Kinder ruhig lassen und einsparen zu lassen und sie erst später mit den eignen, mehr oder weniger freien Anschauungen bekannt zu machen. Den ungefähr gleichen Standpunkt nahm der Redner in Beziehung auf die sozialen Ueberzeugungen der Eltern ein. Er warnte davor, die Kinder zu früh in politische Streitfragen einzuführen, ihnen Parteizeitungen oder dergleichen in die Hand zu geben. Man solle sich hüten, die Kinder zu Werkzeugen seiner politischen Gesinnung zu machen. Das raube ihnen nicht nur die Unbefangtheit des jugendlichen Geistes, sondern erlicke auch gerade die aus dem Innern quellende Ueberzeugung und den Enthusiasmus für die politische Auffassung, die man damit fördern wolle. — Hierauf ging der Redner auf verschiedene andre Seiten der Kindererziehung etwas näher ein. Da das Kind sich vor dem Erwachsenen durch ein besonders reich entfaltetes Phantasieleben auszeichne, die Phantasie aber das eigentlich Schöpferische im Menschengeiste sei, so müsse der höchste Wert darauf gelegt werden, dem Spiel der kindlichen Phantasie freieste Entfaltung zu sichern und ihre lebendige Entwicklung nicht durch ein Ueberlasten des Geistes mit totem Wissensstoff zu erlöten. Auch der ästhetischen Erziehung, der Heranbildung des Kindes zur Freude am Schönen

gedachte der Redner. In den Kreisen der bessergestellten Arbeiterschaft wenigstens lasse sich auch nach dieser Richtung hin schon heute so manches erreichen. Endlich ging der Vortragende noch auf die vielumstrittene Frage ein, ob bei der Erziehung des Kindes die körperliche Züchtigung durchaus zu entbehren sei. Ohne weiteres müsse man sich auf den Standpunkt stellen, daß das Züchtigungsgerecht niemals irgend einem andern als den Eltern des Kindes ausgesprochen werden dürfe, daß es also der Schule unter jeder Bedingung entzogen bleiben müsse. Die Eltern dagegen werden vielleicht als letztes Zwangsmittel nicht immer und überall die Züchtigung entbehren können, besonders wo mehrere Kinder vorhanden sind und den Eltern nicht allzu viel Zeit zur Verfügung steht. Zum Schluß erörterte der Redner noch kurz seine Ansichten über die Gestaltung der Jugend-erziehung in der Zukunft. Im Gegensatz zu denen, die das Ideal der Zukunft in der gesellschaftlichen Erziehung sehen, erblicke er in einer höheren sozialen Entwicklungsperiode der Menschheit gerade einen sehr viel verstärkten Einfluß der Eltern auf das Kind, z. B. auch die Leitung des ersten Unterrichts durch die Eltern selbst. Nur so könne seiner Ueberzeugung nach die Gefahr der Uniformierung des kindlichen Geistes vermieden werden, die jede gemeinsame Erziehung unter der Leitung berufsmäßiger Pädagogen nicht oder wenigstens nicht bringe.

Dem Vortrage folgte eine lebhafte und zum Teil ziemlich heftige Diskussion. Sämtliche Redner, besonders in längeren Ausführungen Zubeil und Ida Altmann, griffen aufs Schärfste die Anschauungen Göhrs in Bezug auf die religiöse und soziale Erziehung des Kindes an. Es sei bei der gänzlich abweichenden Denkart der Eltern in der Arbeiterschaft unmöglich, sich nicht in einen bewußten Gegensatz zur Schule, sowohl in ihren religiösen, wie in ihren geschichtlichen und sozialen Lehren zu stellen; das hieße das erste Erfordernis eines ernstlichen elterlichen Einflusses — das Vertrauen des Kindes auf die umgebende Wahrhaftigkeit der Eltern — im tiefsten Grunde erschüttern. Das Kind der Proletarierfamilie liehe den schroffen, sozialen Gegenjahren der modernen Gesellschaft in seinem Geistesleben durchaus nicht fern, vielmehr drängten sich diese Gegenjahren durch die materielle Not des Elternhauses dem kindlichen Gemüt von frühester Jugend an auf und erzeugten sehr bald das Bedürfnis, sich fragend an die Eltern zu wenden. Damit sei aber sofort der Ausgangspunkt für eine Entwidlung der elterlichen Anschauungen gegeben. Wollte man im übrigen bis zum 14. Lebensjahre des Kindes warten, um es erst dann bei gereifterem Geiste in seine Ideenwelt einzuführen, so läme man schon aus dem Grunde zu spät damit, weil von dieser Zeit an — wenigstens im Proletariat — das Kind ins Erwerbsleben hinarbeitet und damit dem elterlichen Einfluß entzogen sei. Ferner betonte besonders Genossin Altmann, daß es ja gerade im Geiste der religiös Denkenden eine Art von Lasterung darstellten müßte, wollten die Eltern trotz eines bewußten Gegensatzes zu jeder dogmatischen oder religiösen Ueberzeugung durch die Taufe oder Einsegnung des Kindes sich der religiösen Formen bedienen. Ebenso wurde mehrfach gegen die Meinung Göhrs in Beziehung auf die Züchtigungsfrage protestiert; eine Rednerin bekämpfte auch seine Anschauungen über die zukünftige Jugend-erziehung, die ja zu Voraussetzungen hätten, daß sämtliche Väter und Mütter, sofern sie nur unter materiell und social günstigen Verhältnissen lebten, auch unbedingt schon zu Erziehern geeignet wären. Wie wenig dies aber der Fall sei, bewies die geringe Befähigung und Reizung der bürgerlichen, wohlhabenden Frauen, die Erziehung ihrer Kinder selbstständig und ernst zu leiten.

Auch sei für die Annahme einer dervinstigen gesellschaftlichen Erziehung nicht dieses Moment allein maßgebend, vielmehr hänge sie eng mit den Anschauungen weiter Kreise über die Umwandlung der heutigen Familienform zusammen.

In seinem Schlusswort begründete der Referent nochmals kurz seinen Standpunkt und betonte besonders, daß er offenbar von den Diskussionrednern vielfach mißverstanden worden sei. Er müsse das Recht für sich in Anspruch nehmen, seine Ansichten auch dort offen darzulegen, wo sie nicht völlig mit den in den Kreisen der Genossen allgemein gültigen übereinstimmen.

Die nächste Vereinsversammlung findet am Montag, den 8. Dezember, in den Anninhallen, Kommandantenstr. 20, statt. Herr Karl Regien wird über „Die Arbeiterin in der Gewerkschaftsbewegung“ sprechen.

Ueber die Entwicklung der Frau sprach Genossin Vogel am 19. d. M. in einer öffentlichen Versammlung der Pfälzerinnen, die bei Bernice in Charlottenburg tagte. Die Rednerin wies darauf hin, daß die Frau schon in der ältesten Zeit Sklavin war, ehe überhaupt noch an Sklaven zu denken war. Nach und nach änderte sich die Sache zwar, aber es bleibt immerhin noch sehr viel zu wünschen übrig. Denn war die Frau früher nur die Sklavin des Mannes, so ist sie jetzt die Sklavin des Kapitalismus, da sie zur Eringung ihrer Lebensbedürfnisse in sehr großer Zahl in der Industrie thätig ist. Ihre Arbeit wird aber nicht in dem Maße bezahlt, wie die des Arbeiters, so daß sie leider als Lohnbrüderin auftritt. Die Referentin führte nun sehr treffend aus, daß das Letztere bei einigem guten Willen und etwas mehr ausgeprägtem Solidaritätsgefühl sehr gut vermieden werden kann. In der Diskussion forderten noch mehrere Redner gerade die Pfälzerinnen auf, dem Verein beizutreten, um ihre Forderungen durchsetzen zu können.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Zum Töpferstreik in Leipzig. In einer zwischen dem Innungs Vorstand und dem Gesellenrat geschiedenen Verhandlung wurde von der Innung verlangt, daß der bisherige Arbeitsnachweis fallen gelassen werden soll. Der von der Innung neu eingeführte und ausschließlich in den Händen eines Arbeitgebers befindliche Arbeitsnachweis bleibt bestehen, soll aber hauptsächlich nur von zureichenden Töpfern benutzt werden, während es den hiesigen Töpfern freigestellt ist, in den einzelnen Geschäften auftragen zu geben. Die Wiederherstellung der Streikenden soll nach Bedarf erfolgen; es dürften aber nach Ansicht der Arbeitgeber gegenwärtig nur 50—60 wieder eingestellt werden, da zunächst die noch von auswärts kommenden Arbeitswilligen untergebracht werden sollen. Außerdem wird die Einführung von Entlassungsscheinen geplant.

Ein solches Resultat mag man einer Gewerkschaft bieten, die geschnitten am Boden liegt. Die Töpfer fühlen sich aber stark genug, dieses Anstehen der Arbeitgeber mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. In gehelmer Abstimmung wurde mit 153 Stimmen die Weiterführung des Generalstreiks beschlossen; 11 stimmten für partiellen Streik und nur einer für Aufhebung des Streiks.

Die Lohnbewegung der Steinseher. Der nochmalige Generalstreik in Halle a. S., von dem wir schon kurz berichteten, ist in der Hauptsache deshalb erfolgt, weil die Arbeiter Grund zu der Annahme hatten, daß die Unternehmer, die bisher bewilligt haben, mit den übrigen Unternehmern unter einer Decke zu stehen. Beschäftigt wurde diese Annahme noch dadurch, daß einer der ersten seinen Arbeiter zumutet, Arbeiten einer gesperrten Firma auszuführen. Ferner hatte der Stadtbaurat einer Kommission der Ausführenden erklärt, daß die Firmen, die bewilligt haben, auf Verlangen weitere Arbeiten erhalten sollten, den Arbeitern erklärten die Inhaber der betreffenden Firmen jedoch, vom Stadtbaurat auf diesbezüglichen Befragen den Befehl erhalten zu haben, das Geld sei alle, trotzdem es bekannt ist, daß noch eine ganze Anzahl von Arbeiten in Aussicht genommen sind. Endlich drangen die Unternehmer ganz offensichtlich darauf, daß die dringendsten Arbeiten so schnell wie möglich fertiggestellt wurden, um vielleicht dann die Arbeiter entlassen zu können.

Der Stadtbaurat hat nunmehr versprochen, dahin wirken zu wollen, daß beide Teile nochmals das Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen. Die Arbeiter haben sich dazu bereit erklärt. Von den Unternehmern liegt noch keine Aeußerung vor.

In Altona ist vorige Woche ein Konflikt bei der Firma Turmeyer ausgebrochen. Die Firma wollte der Billigkeit halber

Steinfelarbeiten von Mauern ausführen lassen. Durch Verhandlungen einer Kommission mit Herrn W. wurden die Differenzen beigelegt, da provisorisch der Unternehmer einen neuen Konflikt, indem er ein Kommissionsmitglied entließ. Die übrigen Arbeiter, auch die Maurer, erklärten sich mit dem Entlassenen solidarisch. Jetzt verlangt man eine andre Firma (Witten) von ihren Arbeitern, daß diese die W. sehen Arbeiter fertig stellen sollen, widrigenfalls sie entlassen werden. In gleicher Weise hat ein städtischer Kupferer gedroht, falls die Arbeiter bei W. nicht arbeiten wollen, daß sie dann anderwärts auch nicht arbeiten dürfen! Die ganze städtische Arbeit solle liegen bleiben, falls die Arbeiter auf ihrem Standpunkt beharren. Die Arbeiter haben sich an den Stadtrath gewandt. Ueber das Resultat verläutet bis jetzt noch nichts.

Ein Plensburger Steinfeinmeister mittels seinen Leuten eine ca. 25 prozentige Lohnerhöhung und sonstige Verschlechterungen zu. Durch das Einschreiten der Organisationsleitung wurde die Lohnerhöhung zurückgezogen und die Mißstände beseitigt. Jedoch konnte es sich der betreffende Unternehmer nicht verlegen, vorher bei seinen Kollegen anzufragen, ob sie bereit wären, ihre Arbeiter auszusperren, falls bei ihm die Arbeit eingestellt würde. Die übrigen Unternehmer waren verständlich genug, darauf nicht einzugehen, sondern ihrem Kollegen zu bedeuten, daß bei ihnen derartige Mißstände, über die sich seine Arbeiter beklagen, nicht vorliegen und sie deshalb auch keine Ursache zur Aussperrung haben.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Asolda wurden in der Klasse der Arbeitnehmer die von den vereinigten Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten gewählt.

Wegen Beschimpfung einiger Streikbrecher während der Aussperrung der Werftarbeiter in Hamburg hatten sich vor dem Richter drei Arbeiter zu verantworten. Zwei von den Angeklagten wurden freigesprochen, der dritte zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Arbeiter der mechanischen Samtweberei Schwarz u. Co. in Grefrath bei Kempen haben nach abgelaufener Kündigungsfrist die Arbeit eingestellt. Der Streik ist durch eine Lohnereducierung von 35-40 Pf. pro Meter hervorgerufen. Die Verbandsvorstände suchten in Anbetracht der schlechten Konjunktur die Arbeiter vom Streik zurückzuhalten. Aber gegen die Erbitterung der Arbeiter war ihr Einspruch machtlos.

Unfall.

Die Beendigung des Streiks der Straßenbahn-Angestellten in Lyon, die wir bereits meldeten, wurde wesentlich durch das Eingreifen der Behörde möglich. Die beiden Compagnien, deren Personal streikte, mußten klein beigeben. Diese rasche Beendigung des Kampfs ist dem energischen Eingreifen der staatlichen und kommunalen Behörden zu danken. Die Gesellschaften wollten nämlich die Streikenden einfach entlassen und durch neu aufgenommene Arbeiter ersetzen. Der Präfect erteilte jedoch dem neuen Personal die Fahrbewilligung nicht, weil er befürchtete, hierdurch die den Streikenden freundlich gesinnte Bevölkerung zu Erregissen zu verleiten. So mußten sich die beiden Compagnien entschließen, den Streikenden volle Gemüthsruhe zu geben. Die Direktionen verpflichteten sich, auf Verträgen des Bürgermeisters die Gewerkschaft anzuerkennen, im Disziplinarverfahren die Funktionäre der Gewerkschaft als Vertreter der Bediensteten zuzulassen und wegen des Streiks niemand zu entlassen. Hierauf beschloßen die Streikenden, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Angestellten der „Tramway-Süd“ von Paris hatten in der Dienstagnacht den Streik beschlossen. Zwischen der Compagnie und den Angestellten war Anfang dieses Jahres unter der Kontrolle des Ministers für öffentliche Arbeiten Vaudin ein Vertrag geschlossen worden, den die Gesellschaft in vielen Punkten bisher nicht erfüllt hatte. Es kam zum Konflikt und, da die Direktion befriedigende Erklärungen nicht abgab, wurde der Streik beschlossen. Am nächsten Tag war eine Deputation der Arbeiter beim Minister und ersuchte ihn, einen Schiedsspruch zu fällen. Vaudin erklärte, daß ihm dies, da er die Aufsicht über die Gesellschaft führe, nicht zum möglich erscheine; er riet den Angestellten, die Arbeit zunächst wieder aufzunehmen, dann werde er als Vermittler gern eingreifen.

Sociales.

Kohlenpreise und Vergarbeiter-Löhne. Der Verein für die Interessen der rheinischen Braunkohlen-Industrie erstattet seinen Jahresbericht für 1899/1900. Dabei giebt er auch einige statistische Uebersichten über Fördermengen, Arbeiterzahl und Lohnsummen, die recht interessante Vergleichen zulassen. Danach betrug die

	1894	1899
Förderung an Braunkohlen	1 172 700 T.	3 869 200 T.
Zahl der Arbeiter	1 759	4 293
Gesamt-Lohnsumme	1 158 900 M.	3 902 500 M.

Der Lohn des einzelnen Arbeiters stieg danach nicht unwesentlich, nämlich von 659 M. auf 909 M., aber ebenso stieg auch die Leistung; von 666,6 Tonnen auf 901,3 Tonnen pro Kopf. Auch hier die Vergleichung nicht ganz sicher sein, da die Arbeiterzahlen nur Durchschnittszahlen sind, während Lohnsummen und Fördermengen feste Größen darstellen. Dagegen ergibt die Vergleichung der beiden letztgenannten, durchaus vergleichbaren Größen, daß die Tonne im Jahre 1894 knapp 0,90 M. und im Jahre 1899 1,00 M. an Arbeitslohn erforderte. Es wurde also 1899 nur reichlich 1 Pf. mehr an Arbeitslohn für die Tonne Braunkohlen ausgegeben wie 1894.

Diese Thatsache spricht für sich selbst. Jedermann weiß, wie riesig die Kohlenpreise gestiegen sind — die rheinischen Braunkohlenarbeiter aber bekommen für 20 Centner einen ganzen Pfennig mehr Arbeitslohn.

Im Harmlosen-Prozess

begann gestern der Staatsanwalt sein Plaidoyer. Er habe sich, so sagte der Staatsanwalt im Hinblick auf die als Zeugen zur Verhandlung erschienenen Offiziere, gewundert, wie diese jungen Herren, die sonst doch gewiß über eine kräftige Kommando-Stimme verfügen, hier zögernd und mit gedämpfter Stimme ihre Aussagen machten. Er könne diese Scheu wohl verstehen, denn die Zeugen standen unter dem Druck, daß auch sie sich an dem Spiel, wenn auch nicht an dem gewerbetreibenden, beteiligt haben. Aus dem Plaidoyer ist weiter zu entnehmen, daß der Angeklagte v. Kayser letzthin eine Proklamation über das gewerbetreibende Spiel veröffentlicht hat. Der Staatsanwalt beantragt schließlich gegen die Angeklagten v. Kayser und v. Schachtmeier eine Gefängnisstrafe von je vier Monaten, die durch die existierende Untersuchungshaft für verbüßt zu erachten seien, gegen Wolff sechs Monate Gefängnis, sechs Monate Ehrverlust und 8000 Mark Geldstrafe.

Um 6½ Uhr verläutet der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Oppermann

das Urteil:

Der Gerichtshof habe „Baccarat“ als ein Glücksspiel im Sinne des Gesetzes angesehen, denn Gewinn und Verlust hänge fast einzig und allein vom Zufall ab. Das Gericht habe ferner angenommen, daß alle drei Angeklagten dies Spiel gewerbetreibend betrieben haben. Bei der Strafabmessung sei berücksichtigt worden, daß die Angeklagten v. Kayser und v. Schachtmeier durch Leichtsinnum auf die schiefste Ebene gedrängt worden seien, schwere Seelensqualen erlitten hätten und daß v. Kayser eine glänzende Laufbahn aufgegeben habe. Der Gerichtshof habe keinen Anlaß gefunden, dem Angeklagten Wolff die bürgerlichen Ehrenrechte abzusperrten. Das Urteil erhebe dahin, daß v. Kayser zu drei, v. Schachtmeier zu zwei Monaten und Wolff zu vier Monaten Gefängnis, letzterer anßerdem zu 3000 M. Geldstrafe zu verurteilen sei. Die gegen die beiden ersten Angeklagten erkannten Strafen seien durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten.

Veranstaltungen.

Eine öffentliche, stark besuchte Versammlung aller im Tapezierergewerbe beschäftigten Personen, einberufen vom Gehilfen-Ausschuß, tagte am Dienstag bei Coon, Weststraße, in der über die Mißstände im Lehrlingswesen verhandelt wurde. Der Referent O. Pönicke schilderte in seinen Ausführungen eine Anzahl Fälle, die bewiesen, daß die Unternehmer vielfach nicht darauf bedacht sind, die Lehrlinge im Verufe auszubilden, sondern daß sie dieselben lediglich als bequeme Ausbeutungsobjekte benutzen. Im allgemeinen sind die Lehrlinge, die beim Meister in Kost und Logis stehen, am schlechtesten daran, da sie bei der überaus langen und anstrengenden Thätigkeit oftmals recht ungenügend befristet und in ungesunden Schlafräumen untergebracht werden. Daß die Lehrlingsarbeit vielen Unternehmern recht profitabel erscheint, erhellt daraus, daß nach der Statistik am 1. Oktober, also während der besten Geschäftskonjunktur, neben 1168 Gehilfen 446 Lehrlinge in 271 Werkstätten beschäftigt waren. In der ungenügenden Konjunktur, wo weit weniger Gehilfen in Arbeit stehen, ist das Verhältnis ein noch schlechteres. In einigen Werkstätten werden 5 bis 9 Lehrlinge beschäftigt, und in sehr vielen Werkstätten, die sich häufig in sehr ungesunden Kellerräumen befinden, sind ein und zwei Lehrlinge eingestellt, wo gar kein Gehilfe thätig ist. Nach einer längeren Diskussion, in der die verschiednenartigen, recht traurigen Mißstände auf dem Gebiet des Lehrlingswesens erörtert wurden und in der alle Redner die Notwendigkeit einer vernünftigen Regelung im Interesse des ganzen Gewerbes betonten, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die am 27. November tagende öffentliche Tapezierer-Versammlung beauftragt den Gehilfen-Ausschuß, der Zwangsankündigung für das Tapezierergewerbe zu Berlin folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Die Arbeitgeber, die keinen bis 2 Gehilfen beschäftigten, dürfen 1 Lehrling halten, solche, die 3 Gehilfen 2 Lehrlinge, 6 Gehilfen 3 Lehrlinge, 10 Gehilfen 4 Lehrlinge, 15 Gehilfen 5 und auf je weitere 5 Gehilfen 1 Lehrling mehr beschäftigen. — 2. Die Lehrzeit darf den Zeitraum von 3 Jahren nicht überschreiten. — 3. Die tägliche Arbeitszeit der Lehrlinge darf 10 Stunden, inkl. Reinigung der Werkstätten, nicht übersteigen; zu Uebersunden sowie Sonntagsarbeit dürfen sie nicht herangezogen werden, ebensowenig zu Haus- und Nebenarbeiten. — 4. Der Lohn resp. Entschädigung der Lehrlinge darf im ersten Jahre nicht unter 4,50 M., im zweiten Jahre 7 M., im dritten Jahre 9 M. pro Woche betragen. — 5. Die Lehrmeister sind verpflichtet, ihre Lehrlinge zum Besuch der Fachschule anzuhalten. Die Unterrichtszeit hat in die täglichen Arbeitsstunden zu fallen. — 6. Ausbildung nur solcher Lehrlinge, deren Befähigung während der Probezeit für den Verufe festgelegt ist. — 7. Die Durchführung und Innehaltung dieser Bestimmungen hat eine Kommission zu überwachen, die je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht.

Die Schneider und Schneiderinnen waren am Dienstagabend im Friedrichshändischen Kasino in einer großen öffentlichen Versammlung zusammengelassen. Ritter referierte über die von der „Deutschen Mode“ angeführten schwarzen Listen des Arbeitgeber-Verbands und die Stellung der Kollegenschaft dazu. Im Verlaufe seines eingehenden, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrags wies Redner darauf hin, wie durch Schwarzmaacher-Artikel, unrichtige Angaben und tendenziöse Nachrichten in der „Deutschen Mode“ jetzt Stimmung gemacht werde für Aufrichtung eines über ganz Deutschland ausgebreiteten Arbeitgeber-Verbands nach dem Vorbilde des Verbands der Baugewerksmeister, und auch die Praktiken, die der Verband des Herrn Jellisch den Arbeitern gegenüber anwendet, wie Aussperrung, Anlegung schwarzer Listen und dergleichen, in der unangenehmsten Weise empfohlen werden. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution an:

Die am 27. November im Friedrichshändischen Kasino tagende öffentliche Schneiderversammlung erklärt nach wie vor, daß nur die Vertretung durch die Organisation als der Ausdruck des Gemeinwillens der Kollegenschaft, auch in Zukunft bei Lohnunterschieden als maßgebend und entscheidend zu betrachten ist und erhebt gegen die jeder sozialpolitischen Einsicht entbehrende Stellungnahme des Arbeitgeber-Verbands gegen wirtschaftlich Abhängige entschieden Protest. — Die Versammlung verurteilt ferner auf das entschiedenste das beabsichtigte Einführen des Systems der schwarzen Listen, weil dasselbe eine Verurteilung im Sinne der einschlägigen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung darstellt. Im weiteren nimmt die Versammlung Kenntnis von den reaktionären Maßnahmen des Arbeitgeber-Verbands, welche darauf hinauslaufen, durch einseitig aufgestellte Arbeitsverträge die vom Gesetzgeber gewollten Arbeitsverhältnisse der Bürgerlichen Gesellschaf den Arbeitern zu schmälern. Der gesamten Berliner Kollegenschaft wird es zur Pflicht gemacht, ihnen dergestalt vorgelegte Arbeitsverträge ihre Unterwürigkeit zu verweigern.

Der Centralverband der Fleischer und Berufsangehörigen hielt am Sonntag in Schillers Restaurant eine gut besuchte Versammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls wurde Revision Calte als Schriftführer gewählt. Redner hielt dann einen Vortrag: „Was haben wir erreicht, und was wollen wir ferner?“ Der Redner wies u. a. darauf hin, daß die Junung den Gewerkschaften nur dann zu ihren Versammlungen einladet, wenn es den Herren mal einfällt, obgleich laut Statut der Gesellen-Ausschuß in jeder Versammlung zugegen sein soll. Redner gestellte auch den Stellenmacher. Unten zweiten Punkt der Tagesordnung wurde auf die Notwendigkeit der Delegiertenwahl zur Orts-Krankenkasse hingewiesen. Ein Kollege teilte mit, daß er, obgleich er der Älterm. Orts-Krankenkasse zu Weihensee angehört, am Anwohner Krankenhaus die Kosten tragen solle. Die Ortsverwaltung wird die Angelegenheit in die Hand nehmen.

China.

Die naive Zuanmung.

nach Peking zurückzuführen, hat die Kaiserin von China abermals abgelehnt. Trotzdem ihrem Hof in Singantu angeblich die Gefahr droht, durch die Abwehrmaßnahmen im Jangtseki aufgeschwemmt zu werden, zieht sie es doch vor, eine möglichst große Distanz zwischen sich und ihren eifrigen „Beschützern“ zu lassen. Dagegen soll die Külfeder des Kaisers in Aussicht gestellt sein. Ob der Kaiser von den Mächten in Gefangenenschaft gehalten wird oder von der zärtlichen Kaiserinmutter, ist ja auch schließlich gleichgültig. Die Fägel der Macht liegen in den Händen der Kaiserin und der von den Mächten konstruierten „Hauptredaktionsführer“.

Ueber weitere Vorkellungen am Hofe

berichtet die „Morning Post“ aus Peking vom 27. November: Nachdem die Gesandten erklärt hatten, daß sie durch den jüngsten Erlass des Kaisers Anweisung, in welchem dieser die Bestrafung der schuldigen Beamten anordnet, nicht zufrieden gestellt seien, richteten Li-Hung-Tschang und Tsching an den Kaiser ein Telegramm, in dem sie ihn darauf aufmerksam machten, daß die Gesandten weitergehende Maßnahmen verlangten, als in dem Erlass vorgesehen seien, und in dem sie ferner darauf hinwiesen, daß entweder der Kaiser selbst nach Peking zurückkehren oder jemand anders bestimmt werden müsse, der an seiner Stelle in Peking handeln könne. Schließlich wurde in dem Telegramm betont, daß die Admirale auf dem Pangtse bereits Vorkehrungen trafen, um die Abreise der für den Hof in Singantu bestimmten Lebensmittel zu verhindern. Auch der Vicelkönig Nianfui hat sich an den Hof gewandt und sich in einer Denkschrift über die Thätigkeit der Admirale verbreitet.

Russische Aktionen.

Nach einem Telegramm des Generals Zerpitzki vom 17. November hat das Schanhai-Konvales Detschment den von 10 000 Bogern, Zinguisen und chinesischen Soldaten belagerten Wüfong der Ost-mongolei nebst 20 Missionaren und 8000 christlichen Familien befreit. Während Rußland dergestalt ohne viel Aufsehens energisch den Sabel handhabt, blüht es gleichzeitig schäferlich auf der Friedensschmal.

Fürst Nchtomsh verhandelt, nach einer Meldung der „Morning Post“, täglich mit Li-Hung-Tschang und dann und wann auch mit dem Prinzen Tsching. Nchtomsh ist dafür, China zu gestatten, sich selbst zu regieren und die fremden Interessen auf die Häfen zu beschränken, bis China Reformen durchgeführt habe und den Schutz der Fremden übernehmen könne.

Rußlands Losfagung.

London, 29. November. Den Abendblättern wird aus Peking von gestern gemeldet: Dem Vernehmen nach hat der russische Gesandte v. Biers seine Zustimmung zu dem Entwurf der an China zu stellenden Forderungen zurückgezogen und weitert sich, die Präliminarien zu unterzeichnen, wenn die Bestimmungen wegen der Bestrafung der Schuldigen und wegen der Entschädigung nicht abgeändert werden.

Die Chinatruppen der Mächte.

Die ungefähre Anzahl der Truppen in Nordchina beläuft sich jetzt auf 7500 Engländer (ausschließlich derjenigen in Schanghai und Hongkong), 25 000 Deutsche, 15 000 Japaner, 15 000 Franzosen, 3000 Russen (ausschließlich derjenigen in der Mandchurei), 2100 Italiener, 1800 Amerikaner, 300 Oestreicher.

Neue Kluft-Ausschreitungen werden aus Shanghai gemeldet: Neue Ausschreitungen unter den Truppen der Garnison verursachen großes Unbehagen unter den Europäern. Konfuln, Priester und Anstiedler fordern einstimmig strenge Maßregeln, um die Wiederholung solcher Unordnungen zu verhindern. Andrenfalls könnten Frauen und Kinder bald nicht mehr sicher auf der Straße erscheinen.

Dem Hummentum genügt es also schon nicht mehr, sich gegen Boger auszutoben. —

Letzte Meldungen.

London, 29. November. (W. T. O.) Die Abendblätter veröffentlichen folgende Depesche aus Peking vom 28. November: Gestern traf von der Kolonne Ford ein Voto ein, der in größter Eile hierher gereist war. Der Voto berichtete: Als die Kolonne während einer Nacht in einer Stadt lag, zog sich Oberst Ford, welcher in einem nach chinesischer Art durch einen Ofen ohne Abzugsröhren geheiztem Hause schlief, durch Einatmung des Ofenrauchs eine Rauchvergiftung zu. Man fand ihn am Morgen bewußtlos vor. Ein Arzt aus Peking ist sofort zum Grafen Münster abgereist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Landtags- und Gemeindevahlfrage.

Stettin, 29. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Ergebnis der heutigen Stadtverordneten-Wahlwahlen bedeutet die glänzende Vervollständigung unserer Siege bei der ersten Wahl. Es erhielten: Im 1. Bezirk Genosse Kunze 831, Unabhängige 482 Stimmen; 2. Bezirk Genosse Storch 1002, Unabhängige 878 Stimmen; 4. Bezirk Genosse Appel 768, Unabhängige 874 Stimmen; 5. Bezirk Liberal 778, Unabhängige 402 Stimmen.

Gorha, 29. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Wahl zum Landtag in Rußla hat trotz aller Aufwendungen der Gegner unsere Liste wiederum gesiegt. Neun Mandate nun fest.

(Die Reaktionsparteien hatten die Wahlmänner-Wahlen in Rußla für ungültig erklärt, weil einige Wähler nicht eigenhändig die Namen der Kandidaten auf ihre Stimmzettel geschrieben haben sollten. Man hoffte so, den Kreis der Sozialdemokratie wieder abzunehmen. Auch das ist mißglückt. D. Red.)

Das Schicksal Traudbaals.

Köln, 29. November. (W. T. O.) Die „Kölnische Zeitung“ bestätigt, daß Präsident Krüger am nächsten Sonntag in Köln ein-treffen und Montag seine Reise nach Berlin fortsetzen wird. Ueber die Pläne und Ausfahrten Krügers, die Einsetzung eines Schiedsgerichts durchzuführen, schreibt dasselbe Blatt, diesen Gedanken habe früher bereits Murawiew gehabt, aber sofort aufgegeben, als England erklärte, diesen Vorschlag als eine unfreundliche Haltung ansehen zu müssen. Seit jener Zeit hätten sich die Verhältnisse nicht geändert, eher sei das Gegenteil eingetreten. Die chinesischen Schwierigkeiten, die Beschränkung der militärischen und diplomatischen Aktionsfreiheit der Mächte durch sie, die Fortschritte der englischen Waffen in Transvaal, die Erklärung der Einverleibung durch Lord Roberts sowie die Krankheit des Jaren, das alles seien Momente, die eine derartige Forderung noch ansichtsloser machten als damals. Wenn nun noch von militärischen Möglichkeiten gesprochen werde, die Krüger sowie seine Umgebung in Rechnung stellen, so dürften sie sich über die Aufnahme täuschen, die ihrer Pläne in Berlin wartet.

Berlin, 29. November. Beim heutigen Festmahl der amerikanischen Kolonie im „Kaiserhof“ feierte der amerikanische Botschafter Herr White die Gemeinamkeit und Freundschaftlichkeit zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bei den Operationen in Ostasien, sowie die großen kulturellen Anregungen, die Amerika Deutschland verdante. White trank auf das Wohl des Kaisers. Nachdem die Klänge des amerikanischen Nationalgesanges „Hail Columbia“ und der „Wacht am Rhein“ verklungen waren, stellte der Botschafter den Rektor der Universität, Professor Dr. Harnack vor, dessen Ideen, wie Herr White erklärte, einen tiefen und weitgehenden Einfluß auf die amerikanische religiöse Gedankenrichtung ausübten.

Tauzig, 29. November. (W. T. O.) Die Stadtverordneten nahmen heute einstimmig eine auf Grund längerer Verhandlung mit der Staatsregierung eingebrachte Magistratsvorlage an, welche aus städtischen Mitteln 1 900 000 M. bereit stellt zu einem größeren Oefenerweiterungs-Projekt, für welches der Staat, das Reich und die Gemeinde je ein Drittel der Kosten übernehmen, während die Eisenbahnverwaltung auf eigene Kosten eine Bahnverbindung mit den neuen Anlagen, auf zwei Millionen veranschlagt, herstellen wird.

Kiel, 29. November. (W. T. O.) Heute nachmittags 4 Uhr brach der „Kieler Zeitung“ zufolge in einem Torpedo- und Minenstützen des Artillerie- und Minendepots Dietrichsdorf durch Unvorsichtigkeit der Arbeiter bei der Behandlung von Schießbaumwolle Feuer aus. Die dort lagernden fünf Minen kamen unter starken Detonationen zum Explodieren. Bei dem Unglück wurden ein Matrose und ein Arbeiter durch Wandwunden schwer verletzt. Dem energischen Einschreiten der Arbeiter und der von den Kriegsschiffen schiffenweise gesandten Matrosendepartements gelang es, das Feuer auf seinen Heerd zu beschränken.

Köln, 29. November. (W. T. O.) Wie die „Köln. Volks-Ztg.“ zuverlässig erzählt, ist der Plan des Kaisers, die Feier des 200jährigen Bestehens der preussischen Krone in Königsberg am 18. Januar 1901 festlich zu begehen, nunmehr fallen gelassen worden.

Brüg, 29. November. (W. T. O.) Der größte Teil der Streikenden auf dem Pluto-Schachte ist heute wieder eingefahren. Die noch bestehenden Differenzen werden von dem Sonnabend zusammenstreichenden Einigungsamte beigelegt werden. Die heute verbreiteten Gerüchte von einer Grubenkatastrophe in dem Pluto-Schachte sind unbegründet.

Paris, 29. November. (W. T. O.) Die Deputiertenkammer nahm nach wehrächtiger Debatte eine Vorlage an, durch welche die privaten Stellenvermittlungs-Bureaus für Arbeiter und Angestellte aufgehoben werden.

München (Dep. Nord), 29. November. (W. T. O.) Die Ab-stimmungsgaranten im Rendschuchschachte sind beendet; es wurden keine Leiden mehr gefunden.

Reichstag.

10. Sitzung. Donnerstag, 29. November 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Rheinbaben, Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die privaten Versicherungs-Unternehmungen.

Abg. Dr. Cysargel (C.) (auf der Tribüne schwer verständlich):

Die einheitliche Regelung des gesamten deutschen Versicherungswezens ist eine Notwendigkeit geworden; schon 1878 hat das preussische Abgeordnetenhaus diese Notwendigkeit ausdrücklich anerkannt. Der Entwurf, wie er jetzt vorliegt, ist aber noch verbesserungsfähig, und es wird unsere Aufgabe sein, in der Kommission die Mängel zu beseitigen. — Die einzelnen Verbesserungsvorschläge des Redners bleiben auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Dr. Lehr (natl.):

Wir begrüßen den Gesetzentwurf als einen Schritt zur Herbeiführung der Rechtsgleichheit in den einzelnen deutschen Staaten. Sehr bedauerlich ist es, daß die landesrechtlichen Vorschriften über die polizeiliche Ueberwachung des Abchlusses von Feuerversicherungsverträgen und der Auszahlung von Brandentschädigungen anrecht erhalten bleiben sollen. Aus hier sind die Bestimmungen in den einzelnen Ländern sehr verschieden und eine reichsgesetzliche Regelung wäre durchaus erwünscht gewesen. Noch wichtiger ist eine einheitliche Regelung der Besteuerung angefertigt der heute vielfach bestehenden Doppelbesteuerung von Versicherungsgesellschaften. Mit den Bestimmungen über die Konzessionserteilung und eventuellen Zurückziehung sind wir im allgemeinen einverstanden, nur darf der Postus nicht im Gesetz bleiben, wonach die Konzession ver sagt werden kann, wenn vom Standpunkt des Gemeinwohls Bedenken gegen den Zweck des Unternehmens zu erheben sind. Das ist ein viel zu unbestimmter Ausdruck.

Abg. Rettich (L.):

Auch meine Freunde schließen sich dem Antrag auf Kommissionsberatung an. Die vielen Einwürfe, die gegen das Gesetz von Seiten der Versicherungsgesellschaften erhoben worden sind, werden wir in der Kommission zu prüfen haben, wir dürfen aber nicht vergessen, daß vor allem die Interessen der Versicherten gewahrt werden müssen. Ich beantrage eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Bravo! recht.)

Abg. Dr. Müller-Meinigen (fr. Sp.):

Wir haben eine ganze Reihe von Bedenken gegen die Vorlage. Vor allem verstehen wir es nicht, daß die öffentlichen Societäten von dem Gesetz ausgeschlossen sind. Dieser Schuß der öffentlichen Gesellschaften bedeutet einen Schritt zur Verstaatlichung und Monopolisierung des Versicherungswesens, die ja vielleicht den Herren auf der äußersten Linken ganz erwünscht wäre. Die allgemeine Einführung der Konzessionspflicht war ja durchaus wünschenswert, es hätte aber klar in dem Gesetz ausgesprochen werden sollen, wie die Gesellschaften ihre Normen fassen müssen, damit ihnen nicht die Konzession ver sagt wird. Solche Kaufschulbestimmungen wie diejenige, die Konzession kann „im Interesse des Gemeinwohls“ ver sagt werden, haben nicht den geringsten Wert und können leicht gemißbraucht werden. Wenn zum Beispiel ein Versicherungsanstalts-Besitzer der socialdemokratischen Partei angehört, soll ihm dann die Konzession mit Rücksicht auf das Gemeinwohl ver sagt werden? Ueber die Präventivkontrolle haben wir allein in Preußen-Rassau fünf verschiedene Gesetze. Diese Kontrolle ist aber durchaus wertlos. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) So ist aber auch gefährlich und schädlich für die landwirtschaftliche Bevölkerung. Die Fälle kommen häufig vor, daß wenn Anwendungen erhoben werden, der Bauer wochenlang dastift. Er erhält im Schadensfall vorläufig nichts und muß warten, bis die Entscheidung kommt. Genau so ist es mit der Auszahlung, auf die der Bauer rechnen muß und die er dann erst nach Wochen erhält, wenn eine Entscheidung getroffen worden ist. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Schrader (fr. Sp.) (sehr schwer verständlich):

Auch wir bedauern es, daß die öffentlichen Versicherungsanstalten nicht in das Gesetz mit einbezogen worden sind. Das bedeutet eine ungerechte Bevorzugung dieser Gesellschaften. Es herrscht überhaupt eine zu große Bevorzugung der Einzelstaaten zu Ungunsten des Reichs, wie die verschiedensten Bestimmungen über die Erhaltung landesgesetzlicher Vorrechte beweisen. Auch ich bin Gegner der Zusammenlegung des Aufsichtsrats, wie die Vorlage sie vorschlägt, aus denselben Gründen wie die Herren Vorredner. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, wie große Mängel auf dem Gebiete des Besteuerungswesens bestehen. Hier wird die Kommission mit den Auftragsarbeiten zu thun haben. Ich hoffe, daß die verbündeten Regierungen einen Teil der Ausstellungen gern berücksichtigen und die sich herausstellenden Schäden beseitigen werden. Nach dieser öffentlich rechtlichen Rechnung aber, so hoffe ich, möge baldigt eine privatrechtliche Regelung des Versicherungswesens erfolgen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich kann mich im allgemeinen auf die ausführliche Begründung beziehen, die diesem Gesetzentwurf beigegeben ist. Die Ausdehnung der Regelung auf die öffentlichen Versicherungsanstalten ist nicht erfolgt mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten, die infolge der territorialen Verhältnisse sich daraus ergeben würden. Die Hauptsache war die Herstellung der Freizügigkeit und Rechtseinheit für die privaten Versicherungsanstalten, dies wurde von den Anstalten selbst gewünscht und diesen Verlangen kommt das vorliegende Gesetz nach. Eine Regelung der privatrechtlichen Seite des Versicherungswesens ist vorläufig nicht vorgesehen. Daß die Präventivkontrolle von zweifelhaftem Wert ist, gebe ich durchaus zu. Die Statistik beweist aber doch, daß eine große Anzahl Brände Spekulationsbrände sind. — Man hat die Doppelbesteuerung gerügt. Gewiß können in den jetzigen Zuständen große Härten liegen, aus tatsächlichen Gründen aber empfehle ich, diese Frage der Regelung durch ein Spezialgesetz zu überlassen. — Allgemeine Regeln darüber aufzustellen, wie im einzelnen die Versicherung zu führen ist, ist ganz unmöglich. Hier soll der Privatversicherungsrat eintritten, dem hervorragende Praktiker angehören werden. Sie sind bereit, über Änderungen in der Kommission zu verhandeln, bitten aber nicht ganz neue Materien in das Gesetz aufzunehmen. Special kann ich erklären, daß eine Einbeziehung der öffentlichen Versicherungsanstalten in dies Gesetz das Zustandekommen desselben gefährden würde. (Hört! hört! bei den Freisinnigen.)

Abg. Calver (Soz.):

Die Annahme, daß die Vorlage einen starken Schritt zur Verstaatlichung des Versicherungswesens thut, sie deshalb von uns mit Genuß begrüßt werden würde, ist schon deshalb irrig, weil die Vorlage dem Gedanken der Verstaatlichung viel zu wenig entgegenkommt, wenn sie auch durch Einführung der Staatsaufsicht in gewisser Beziehung einen Fortschritt darstellt. Keine wirtschaftliche Einrichtung drängt ihrem innersten Wesen nach so auf Verstaatlichung wie gerade das Versicherungswesen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Umfang der Versicherten muß natürlich groß sein; je größer die Zahl der Versicherten, desto kleiner das Risiko, desto größer die Entschädigungsmöglichkeit. Ich wundere mich, daß keiner der Vorredner diese Notwendigkeit der Verstaatlichung betont hat. Sind doch bürgerliche Nationalökonom von dem Range Adolph Wagners gerade für die Verstaatlichung der Versicherung eingetreten. Die Verstaatlichung kann auch nicht an den gegenwärtigen tarifpolitischen Grenzen halt machen. Ein kleiner Staat kann leistungsfähige Versicherungen gar nicht in dem Maße einführen, wie es ein großes Reich thun kann. In dieser Beziehung gilt der Grundsatz: Einheitliche Versicherung für ein einheitliches wirtschaftliches Gebiet. Also auch für das Deutsche Reich. Sowie der Reichstag zusammengekehrt ist, können wir aber nicht an die Durchführung dieser Forderung denken. Trotzdem würden wir einer Vorlage freundlich gegenüber treten, wenn sie wenigstens einen energischen Schritt in der Richtung der Verstaatlichung machen würde. Haben wir doch ein großes sachliches Interesse an der Regelung des Versicherungswesens. Seit einem Jahrzehnt spielt in Deutschland die sogenannte Volks- oder Arbeiterversicherung eine große Rolle. Es mögen gegenwärtig 2 1/2 bis 3 Millionen Policen mit einer Versicherungssumme von etwa 1 1/2 Milliarden Mark hauptsächlich in den Händen der Arbeiter vorhanden sein. Der Schatz dieser Versicherten liegt in unserem Interesse. Jetzt sind sie ungünstig gestellt, die Prämien sind zwar niedrig, aber die Verwaltungslosien in den Volks-Versicherungsanstalten sind so enorm hoch, daß die Versicherungssumme sehr gering ausfällt. 40 Proz. der Prämien werden durchschnittlich von den Verwaltungskosten im Jahre aufgefressen. Von diesem Gesichtspunkt aus würden wir also dafür zu haben sein, daß die Versicherungsanstalten unter strenge Aufsicht gestellt werden. Wir gestehen auch zu, daß der Entwurf in dieser Hinsicht einige Bestimmungen hat, aber die sich eben läßt für die Durchführung der Einheitlichkeit der Aufsicht sind wir durchaus zu haben, wir billigen es auch, daß die öffentlichen staatlichen und korporativen Versicherungen bis zu einem gewissen Grade außerhalb des Rahmens dieses Gesetzes bleiben. Auch darüber lassen wir mit uns reden, daß ein besonderes Aufsichtamt für die Privatversicherungen eingeführt wird.

Trotzdem lehnen wir den Entwurf a limine ab, weil darin Nebenzwecke verfolgt werden, die im Entwurf und in den Motiven allerdings nicht ausgesprochen werden. (Hört! hört!) Das Bedenkliche an dem Gesetz ist für uns, daß unter die Bestimmungen desselben sämtliche Arbeiterorganisationen fallen, so weit sie Unterhaltungen irgend welcher Art — Reise-Unterhaltungen, Kranken-, Invalidengelder — zahlen. Dies wird möglich dadurch, daß man den Ausdruck „Versicherung“ zunächst überhaupt nicht definiert hat, und wird möglich auf Grund des ungenauer weit gefaßten § 6, der verlangt, daß die Erlaubnis für Versicherungsgeschäfte nachgefragt werden muß von allen Personen, Vereinigungen, welche die Versicherung ihrer Mitglieder nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeitsbetriebe wollen, wenn diese Vereinigungen auf eine geschlossene Mitgliederzahl nicht beschränkt sind und in der Form von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit errichtet sind. Dieser § 6 ist so weit gefaßt, daß unter ihn nicht nur die gesamten Arbeiter-Organisationen, sondern noch vielmehr fällt; zum Beispiel zwei Personen verabreden sich, daß sie seit ihres Lebens gegenseitig die Garantie übernehmen, im Gefahrsfall materiell für einander einzutreten. Sie gehen auf das Standesamt und schließen eine Ehe und bilden damit eine Personenvereinigung, die eine Versicherung auf Gegenseitigkeit abschließt. (Große Heiterkeit.) Und diese Vereinigung braucht auch nicht einmal auf eine geschlossene Mitgliederzahl beschränkt zu sein, wenn man an den kommenden Nachwuchs denkt. (Erneute große Heiterkeit.) Vor allem wird also jede Gewerkschaft in Zukunft die Erlaubnis der Aufsichtsbehörde nachsuchen müssen, und sie kann ihr ver sagt werden. Sie muß einen Fonds nachweisen, dessen Höhe von der Aufsichtsbehörde bemessen wird. Auch Kaution kann von ihr verlangt werden. Alles Dinge, wodurch man die sonst schon geringe Thätigkeit der Gewerkschaften von vornherein unmöglich macht. Mit dem preussischen Versicherungsgesetz sind die Arbeiter-Organisationen schon in Konflikt gekommen. (Sehr richtig! links.) Doch in diesem Gesetz ist bestimmt, daß nur dann eine Versicherung vorhanden ist, wenn der Versicherte ein klares Recht gegen den Versicherer hat. Als Mitte der 80er Jahre die ersten Reime der Gewerkschaftsorganisation vorliefen und die Polizeibehörde nicht wußte, wie sie dieselben niederhalten konnte, da versuchte sie, ihnen auf Grund dieses Gesetzes beizukommen. Im Frühjahr 1888 kam an eine größere Reihe von Organisationen die Anforderung, sie sollten um Erlaubnis für ihre Unterhaltungs-einrichtungen einkommen. So erging auch ein Urteil des Oberlandesgerichts in Raumburg, welches sich auf die Seite der Polizei stellte und das preussische Gesetz so auslegen wollte, daß die Gewerkschaften darunter fielen; nur das Oberverwaltungsgericht und Kammergericht hielten daran fest, daß unter keinen Umständen die Gewerkschaften unter das Gesetz zu stellen seien. Am 3. Januar 1899 erging ein Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts, in dem sich eine Stelle findet, die ziemlich direkt gegen die Praxis der Verwaltungsbehörden gerichtet war. Es heißt da: Nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch sind solche namentlich unter Berufsgenossen nicht selten vorkommende Vereine, welche aus einem von den Mitgliedern zusammengebrachten Fonds im Bedürfnisfälle ihre Mitglieder unterstützen, nicht Versicherungsanstalten.

Nach dieser Entscheidung ist es um so auffallender, daß der § 6 dieses Gesetzes wieder so weit gefaßt ist, daß auch Arbeiterorganisationen darunter fallen können. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das würde sogar der Fall sein, wenn sie nur Streikunterstützung gewähren, denn schließlich sind die gesammelten Streikfonds für Fälle, die man nicht voraussehen kann, für ein Risiko und auf Grund der Gegenseitigkeit gesammelt. Nun sagt man, einen Schuß gegen eine solche Auslegung bietet vielleicht die Zusammensetzung des Aufsichtsamts. Ich sage, gerade im Gegenteil ist das Aufsichtsamtsamt von diesem Gesichtspunkt aus eine sehr gefährliche Einrichtung. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Er kann Direktiven erteilen, die für die ganze Arbeiterbewegung verhängnisvoll werden können, es kann dazu kommen, daß in einer bewegten Zeit, wo der Regierung daran liegt, energisch gegen die Arbeiterorganisationen vorzugehen, die Klassen dieser Gewerkschaften einfach konfisciert werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Unter diesen Umständen sollten auch andre Parteien für ein derartiges Gesetz kein Interesse haben. Vielleicht hat man nicht gewußt, daß dies Gesetz einer solchen Auslegung fähig ist. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wüßte man es aber, dann hätte man es offen sagen müssen, daß man auch die Gewerkschaften, soweit sie Unterhaltungs-Einrichtungen haben, unter dies Gesetz beziehen will. Die Mißerfolge, die die Regierung im offenen Kampf gegen die Arbeiterorganisationen erlitten hat, scheinen sie veranlaßt zu haben, nunmehr auf einem Umwege ihr Ziel zu erreichen. (Sehr gut! b. d. Soc.) Gegen diese Politik der Hintertür müssen wir energisch Front machen. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Geheimrat Gruner:

(Zurufe bei den Socialdemokraten: Denkschriftenmann!)

Zunächst muß ich dem Herrn Vorredner gegenüber betonen, daß die Regierung es gerade für einen großen Vorzug des Entwurfs hält, daß er zur Frage der Verstaatlichung des Versicherungswesens keine Stellung nimmt, sondern sich der Verstaatlichung gegenüber völlig neutral verhält. Was zweitens der Herr Abg. Calver über seine Verstaatlichung, das gewerkschaftliche Unterhaltungswezen könne nach § 6 konzessionspflichtig gemacht werden, ausgesprochen hat, ist nicht richtig. Es hat den verbündeten Regierungen fern gelegen, zu Ungunsten des Gewerkschafts-Unterhaltungswezens Paragrafen in die Vorlage zu bringen. Daß dieses Unterhaltungswezen nicht von den Wirkungen des § 6 betroffen werden kann, war gar nicht nötig auszusprechen, da ein Urteil des Kammergerichts vom 19. November 1888 und des Ober-Verwaltungsgerichts vom Januar 1889 vorliegt, das ausdrücklich das gewerkschaftliche Unterhaltungswezen, da es sich dabei nicht

um Versicherungen handelt, der Konzessionspflicht entzieht. Die Gewerkschaften haben jetzt nur Unterstützungspflicht für ihre Mitglieder; wenn sie Versicherungen einrichten wollten, dann würden sie mit Recht unter das neue Gesetz fallen, vorläufig nicht. Herr Calver kann also sein Mißtrauen der Regierung gegenüber fahren lassen. Wenn der Redner in der Kommissionsberatung eine Formulierung findet, die es ermöglicht, daß der oben angeführte Gedanke in dem § 6 zum Ausdruck kommt, dann glaube ich, daß die verbündeten Regierungen, so weit ich die Stimmung in Bundesratskreisen kenne, gegen die Einführung eines solchen Postus nichts einzuwenden haben werden. In seinen weiteren Ausführungen polemisiert der Redner gegen den Abg. Dr. Lehr.

Abg. Kirsch (C.):

Die Ausführungen des Abg. Calver zeigen, wie sehr er die Staatskontrolle fürchtet. Dieselben Verhältnisse, die bei der Seemanns-Ordnung abschlaggebend wurden, scheinen auch hier wieder aufgenommen zu werden: die Beschlüsse des Reichstags werden zu Gunsten des Bundesrats beschnitten. So möchte es die Regierung. Wir aber müssen es durchsetzen, daß möglichst viel durch den Reichstag gesetzlich geregelt wird, so daß dem Bundesrat nicht zu viel Befugnisse verbleiben. Ich möchte die Kommission bitten, auch diese Frage recht genau zu erwägen. (Beifall im Centrum.) Hierauf wird der Entwurf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Sodann vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze, Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Rechnungsjahr 1899, Gesetzentwurf Antelen, betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeß-Ordnung). Schluß 5 1/4 Uhr.

Sonnenbriefe.

Aus weiteren und im Original zur Verfügung gestellten Briefen von Abaklenten citieren wir heute die folgenden Stellen:

... Hier (in Tientsin) sah man zum größten Teil die Häuser niedergebrannt und eingefürzt und die Chinesen halten sich in den noch übergebliebenen Häusern auf und werden von den kriegenden Nationen zur Arbeit des Tags über ausgegriffen und des Abends wieder ohne zu bezahlen und zu füttern fortgejagt ...

Wir waren nicht im stande bei der Hitze diese Risten alleine zu transportieren und wir machten uns 6 Mann auf den Weg und erkürten ein Chinesendorf. Hier sah es sehr traurig aus, denn vor Geruch und Leichen von Hund und Menschen war kaum durchzukommen. Wir erkürten mindestens an 30 noch stehende Häuser und hatten nach einer Stunde Arbeit ca. 10 Chinesen zusammen. Dann konnten wir vor Gestank nicht mehr weiter und trieben das Volk wie das Vieh, denn ohne zu schlagen oder mit dem Gewehr zu stoßen war dieses Volk nicht mitzukommen. Auch wurde einer welcher den Versuch machte auszureißen, vor den Augen der andern erschossen ...

... Hier in Peking gehen wir wenn wir irgend etwas haben wollen, in ein noch bewohnbares Haus und nehmen den Chinesen vor der Nase weg, was wir haben wollen. So geht es mit alles und wenn einer was sagt, so giebt es gleich Hiebe ...

Aus den Sonnenbriefen, die wir in andren Blättern finden, seien folgende weitere Proben mitgeteilt:

In dem ultramaritanen „Wiesbadener Volksblatt“ wird folgender, Tientsin 2. Oktober, datierter Brief veröffentlicht:

Patrouille stehen wir genug und mancher Chinese läßt nachts sein Leben, wenn er sich innerhalb des Lagers erbliden läßt; denn unbarmherzig wird jeder niedergeschossen oder gestochen, der sich blicken läßt. Wenn wir Posten stehen, haben wir geladen und aufgeschant. Die ganze Nacht tracht es! Morgens findet man überall Leichen, sowohl von Chinesen, als auch von europäischen Soldaten; denn Voger treiben sich genug umher. Wir haben dro Mann 100 Patronen. Bei Tag lassen wir die Chinesen arbeiten. Alles müssen sie thun. Eine Tracht Prügel ist ihr Lohn. Feh und Wagen haben wir gelogert, um unsere Sachen zu transportieren.

Nach der „Düdenschen Volkszeitung“ lautet der Schluß eines Briefs vom 15. September:

... Jetzt haben wir uns mit den Lumpen schon einzurichten gewöhnt, sie müssen uns zur Kurzweil alles machen. Verschiedene begriffen ganz gut; andre wieder nicht, nun, dafür haben wir hier sehr schöne Hohlhüte, die helfen sofort.

Das Schweigegebot wird auch durch einen Brief bestätigt, den die „Lauschaer Ztg.“ veröffentlicht: In dem an den Apotheker in Lauscha gerichteten Brief heißt es:

... und drangen dann bis Tientsin vor. Ich würde Ihnen die grauenamen Zustände gern mitteilen, aber leider dürfen keine Kriegsgeheimnisse heimgeschrieben werden. ...

Aus einem in „Münchener Anzeiger“ veröffentlichten Briefe eines Freiwilligen aus Peking, 21. September seien folgende Stellen entnommen:

... Das Feuer der Artillerie wird schwächer dann gingen wir mit Hurra vor da springen sie vor Angst über die Mauern die 10 Meter hoch war. Das Velleiton ist verteilt worden um die Thore zu suchen da wir nun rein kommen, haben wir alles was uns in Weg gekommen ist, niedergeschossen und in Brand gesteckt. Das war sehr schön, da habe ich meinem Horn angelassen. Die Kerls habe ich durdgehauen, daß das Bajonett hinten raus geschaut hat, das macht uns Spaß. Wir haben 10 Verwundete und einen Toten gehabt und ein Leutnant von unrer Kompanie hat einen Schuß und einen Lanzensich erhalten. ...

Der „Münchener Anzeiger“ feuert zu der Sammlung von Sonnenbriefen zwei Stüde bei. In dem einen, Peking, den 29. September datiert, liest man:

... Alles ist zerstoßen und verwüßt. Die Dörfer sind niedergebrannt, da steht auch kein ganzes Haus mehr. Die toten Chinesen liegen so herum und verweien, die ganze Luft ist verpestet von den erschossenen Chinesen. Wird auch keiner begraben. In dem Beicho-Fluß kommen die Leichen nach Hunderten angeschwommen und faßt man Wasser daraus wie ein Stück Vieh in der kolossalen Hitze. Das Wasser hat eine ordentliche Fettkruste von den verfaulten Leichen und dennoch ist man froh, daß man nur noch dieses Wasser zum Trinken hat, wenn es auch lehmtrüb ist. Bis unrer Liebesgaben bis Peking transportiert werden, dauert es furchtbar lange! Von Strafe ist keine Spur. Wir gehen den ganzen Tag auf Rauben, Worden und Plündern aus. Ich sehe so sehr schlecht aus. Dierzehn Tage lang nichts wie Blut gemacht und ging doch immer mit zum Gefecht. Bis jetzt habe ich siebzehn Boxer erschossen, zwölf in dem Strafenampf. In der Festung da schoß einer auf mich auf 20 Meter und traf mich nicht. Ich hatte ihn aber gleich mit einem Schuß durch den Hals zu Boden gestreckt und vor lauter Blut schick ich ihm das aufgeschlangte Seitengewehr in den Rücken und brückte noch einen Schuß los, wo er dann ganz zerfetzt vor mir lag, daß ihm die Gedärme zum Balg rausliefen. Wir sind überhaupt furchtbar grausam gegen die Kerls. Wer uns in die Finger

Kommt als Gefangener, ist eine Leiche. Alles wird kalt gemacht.

Das „Saalfelder Kreisblatt“, also ein amtliches Organ, drückt einen Brief ab, der wieder die Mischung von Frömmigkeit und Grausamkeit zeigt:

Am 11. September hatten wir ein großes Gefecht in Langhanshofen, wo wir die Stadt, welche mit riesigen Mauern umgeben ist, innerhalb 5 Stunden erstickt hatten und alles niedermegelten, was uns in die Finger kam, dabei wurde weder Weib noch Kind verschont. Wegen Abend brannten wir die ganze Stadt nieder. Der 11. September war bis jetzt der blutigste Tag, den ich in China mitmachte; ich sah an diesem Tage eher einem Metzger als einem deutschen Soldaten ähnlich. China ist jetzt ein Leidenfeld. — Ich bin froh, daß die Heimreise doch nicht allzufern liegt und ich, wenn der liebe Gott es will, meine Heimat vielleicht schon im Mai wiedersehen darf.

Das veröffentlicht ein unter hoher obrigkeitlicher Protektion erscheinendes Blatt. Wird man da auch von Rache und Erkundung reden! —

Prozeß Sternberg.

24. Verhandlungstag.
Bei Eröffnung der Verhandlung hat neben dem Staatsanwalt Braut der Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel Platz genommen, um eine Erklärung in Bezug auf den gestern von uns stizierten Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ abzugeben.

Zu der Angelegenheit hierzu bemerkt Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel: Auf diesen Artikel, der die größten Verdächtigungen der höchsten Richter, Beamten, der Staatsanwaltschaft und speziell meiner Person enthält und dessen Verfasser sich in der bekannten Weise, wie man sich gegen Beleidigungen zu wehren pflegt, zu wehren sucht, habe ich eine kurze Erklärung abzugeben. Obschon nach der Meinung jedes Einsichtigen diese Verdächtigungen den Stempel der Lüge an der Stirn tragen und sie nur einem

wahnsinnigen Hirn

entsprungen sein können, halte ich es im Interesse der Beamten und Richter für geboten, vor dem Gerichtshof und vor jenen Anwesenden und vor jedem anständigen Menschen der Welt zu erklären, daß die Behauptungen, soweit sie mich und den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Roman betreffen, infame und nichtswürdige Lügen sind. Dem Artikel der „Staatsbürger-Ztg.“ sind zwei

anonyme Briefe

mit gleichen Verdächtigungen vorausgegangen, von denen der erste im August an den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Roman gerichtete leise Andeutungen darüber enthält, daß man bestrebt sei, ihm die Sache aus den Händen zu nehmen. Der zweite vom 30. Oktober ist an den Herrn von Tredow gerichtet gewesen und enthält dieselben Behauptungen und zwar mit Nennung der Namen der Damen, die sich Entwicklungen zu Gunsten Sternbergs erlaubt haben sollen. Wie immer an solchen elenden Verdächtigungen ein Körnchen ist, um das sich das andre kristallisiert, so ist es auch hier. Von den beiden in dem Artikel genannten Damen ist Frau v. G., deren Namen zu nennen ich jederzeit jedem Berechtigten gegenüber bereit bin, mir bekannt. Ich hätte gar keinen Anlaß, meine Privatbeziehungen, die keinem Menschen etwas angehen, hier zu berühren. Man möge mit allen Detektivs der Welt meinem

Privatleben nachforschen,

man wird nichts Anstößiges darin entdecken! Ich halte es aber für zweckmäßig, in diesem Fall mit der reinsten Offenheit vor das Publikum zu treten und insolge dessen erkläre ich: Frau v. G. ist mir seit 30 Jahren, seit der Zeit, als ich in Breslau Referendar war, bekannt, da wir beide Familien in demselben Hause wohnten und ihr Ehemann gleichfalls Referendar war. Der freundschaftliche Verkehr zwischen einem Angehörigen und dieser Dame, deren Gatte schon in jungen Jahren als Regierungsrat in Düsseldorf gestorben ist, hat durch jahrelange örtliche Trennung zwar eine längere Unterbrechung erfahren, ist aber brieflich fortgesetzt und demnächst bei meiner Versetzung nach Berlin, wohin Frau v. G. vor einigen Jahren verzogen vor, wieder aufgenommen worden. Frau v. G. gehört einer hochachtbaren Familie an, die in den allerbesten Gesellschaftskreisen verkehrt und ihre Bekanntschaft habe ich mir stets zur Ehre gerechnet. Welche Beziehungen diese Dame zu anderen Personen hat und wie sie sich etwa zu anderen Personen geäußert hat, dafür trage ich natürlich keine Verantwortung. Frau v. G., die die Schwiegermutter eines Hauptmanns eines der hiesigen Garde-Regimenter ist, hat mir gegenüber anerkannt, daß sie früher mit

Frau Sternberg

auf einem Bazar bekannt geworden ist und sie einmal besucht hat. Unumstößliche Tatsache ist es, daß Frau v. G. niemals weder direkt noch indirekt, weder verheimlicht noch sonst wie auf mich zu Gunsten des Herrn Sternberg einzuwirken versucht hat. Sie würde dies auch nicht gewagt haben, denn wie sie mich kannte, würde sie gewußt haben, daß sie eine schroffe Zurückweisung erfahren würde. Der Name Sternberg ist meines Erinnerens von ihr in meiner Gegenwart nur einmal kurz nach der ersten Verurteilung Sternbergs genannt worden, indem Frau v. G. damals im engsten Familienkreise ihr Bedauern mit der ehrentwerten Ehegattin des Verurteilten ausdrückte. Eine Familie Platow, von der in dem Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ die Rede ist, ist mir persönlich und dem Namen nach völlig unbekannt. Ich habe meines Wissens auch niemals von einer solchen Dame irgend etwas gehört. Es würde banal sein, wollte ich nun noch näher darauf eingehen, daß ich es gewagt haben sollte, meine Ansichten über den Prozeß dem

Reichsgericht anzudrängen.

Ich würde mit einem solchen Beginnen sofort die schroffste Zurückweisung erfahren haben und unweigerlich würde sofort das Disziplinarverfahren gegen mich eingeleitet worden sein. Unumstößliche Tatsache ist es, daß ich seit etwa 16 Jahren nicht in Leipzig war, ich kenne keinen einzigen Richter des betr. Reichsgerichts-Senats, ich habe weder schriftlich noch mündlich ein Wort mit ihnen gewechselt. Die Gründe, weshalb das erste Urteil aufgehoben wurde, liegen klar zu Tage, sie beruhen auf formalen Verstößen, die das Reichsgericht für ausreichend erachtet hat, um das erste Urteil aufzuheben. Ob ich das gewünscht oder nicht gewünscht hätte, wäre dem Reichsgericht und dem hiesigen Landgericht fürchtbar gleichgültig gewesen. Ich bin mit der Strafsache gegen August Sternberg nur in meiner Eigenschaft als Vorsteher der verfallenden Staatsanwaltschaft im Rahmen des mir zugewiesenen Pflichtenkreises thätig gewesen und habe die strengste Nachprüfung und Offenlegung aller meiner Maßregeln und Anordnungen nicht im entferntesten zu scheuen. Was Herrn

Staatsanwaltschaftsrat Roman

betrifft, so ist derselbe auf Grund seiner eigenen Bewerbung, zu welcher die Justizverwaltung Stellung nicht zu nehmen hatte, auch nicht genommen hat, in das Kriegsministerium berufen worden, mit dem Prozeß Sternberg hat diese Berufung auch nicht den Schatten einer Beziehung. Daß Herr Dr. Roman nicht mehr diese schwierige und verwickelte Sache vertreten konnte, ist mir am meisten unlieb gewesen. Ich behaupte aber, daß an Stelle des Herrn Dr. Roman ein Mann getreten ist, der die Staatsanwaltschaft mit größter Sachkenntnis, Objektivität und unerschütterlicher Energie vertreten hat und täglich vertritt. Es handelt sich also bei der Bedeutung in dem Artikel um eine niederträchtige Verleumdung, die vollständig grundlos ist. Ich habe bisher den Stolz gehabt, in meiner langjährigen Wirksamkeit noch nicht in die Lage gekommen zu sein, für mich einen

Strafantrag

zu stellen. Da es sich hier aber darum handelt, daß meine Ehre und mein guter Name geschädigt werden soll, so habe ich und mein höchster Vorgesetzter gegen die Urheber und Verbreiter der niederträchtigen Verleumdungen, soweit deren Ermittlung gelingt, den Strafantrag gestellt. Das Verfahren ist

bereits anhängig. Die Hydra der Verleumdung werden wir jetzt treten und wenn ihr tausend Köpfe nachwachsen. Ihre Gist mögen sie versippen, uns Richter und Beamte werden sie nicht treffen können!

Rechtsanwalt Fuchs I dankt dem Oberstaatsanwalt dafür, daß er diese Verleumdungen als Ausgeburt eines wahnsinnigen Hirns bezeichnet habe. Die Verteidiger seien selbstverständlich überzeugt, daß alles in dem Artikel von Anfang bis Ende erlogen ist, aber prozessual sei dies nicht genügend. Es sei nötig, volles Licht in die Sache zu bringen und letztere als grobe ehrliche Verleumdung festzuzeichnen. Deshalb beantrage er, den Oberstaatsanwalt Wachler, sowie sämtliche sieben Mitglieder des Strafsenats des

Reichsgerichts als Zeugen

darüber zu laden, ob sie durch Anerbieten von Geld oder sonstigen Versprechungen angegangen worden sind, auf den Prozeß Sternberg einzutreten.

Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel erklärt diese Weiserhebung für völlig unerheblich. Oberstaatsanwalt Wachler stehe der ganzen Sternberg-Sache völlig fern.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer

erbitet sich hierzu auch das Wort zu folgender Erklärung: Soweit der Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ mich inkriminiert, ist er vollständig unrichtig. Was die Beziehungen des Hrn. Platow, des Herrn Luppä, des Herrn X. unter einander betrifft, so gehen sie mich nichts an und sind mir nicht bekannt. Bei mir ist X. nur einmal gewesen und abgewiesen worden. Ich halte deutsche Richter und Beamte für zu hoch, als daß der Gedanke, sie zu beeinflussen je anders als absurd aufgeföhrt werden kann. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Roman ist, wenn auch temperamentvoll, so doch persönlich stets so human in dem Prozeß verfahren, daß sein Verhalten erwünschter als sein Geschehen der Verteidigung erschien.

Staatsanwalt Braut: Durch Beschluß des Gerichts ist dem

Rechtsanwalt Dr. Halpert

gestattet worden, den Verhandlungen beizuwohnen, von welcher Erlaubnis er, so viel ich gesehen, nur selten Gebrauch gemacht hat. Er hat diese Erlaubnis mir bräucht, um eine Broschüre zu verfassen, in der er in unerhörter Weise sowohl die mitwirkenden Personen, als auch die Zeugen kränkt, um zu Gunsten Sternbergs zu wirken. Ein näheres Eingehen auf dieses Schreibewerk kann ich mir wohl versagen, ich überlasse es Herrn Dr. Halpert, sich damit abzufinden, daß er sich sein schwarzes Ehrenkleid dadurch schmutzig gemacht hat, daß er während eines schwebenden Prozesses eine solche Broschüre erscheinen läßt. Aber es ist für mich nicht gleichgültig, zu erfahren, ob diese Broschüre mit Vorwissen des Angeklagten Sternberg oder seiner Verteidiger erschienen ist.

Rechtsanwalt Fuchs I und Dr. Werthauer erklären, daß sie der Broschüre ganz fern stehen und von derselben vor dem Erscheinen ihnen nichts bekannt war. Derselbe Erklärung geben die Rechtsanwälte Heinemann und Dr. Mendel ab. Letzterer erklärt: er verurteile eine solche Broschüre ebenso, wie die Versuche von der gegenteiligen Seite, feindselige Artikel in die Zeitungen zu lancieren, so lange der doch immerhin in gewissem Umfange wehrlose Angeklagte noch nicht verurteilt ist — und hoffentlich auch nicht verurteilt werden könne. — Der Vorstehende erklärt, daß er die Broschüre nicht kenne. — Staatsanwalt Braut: Er sei erfreut über die Ansicht des Herrn

Dr. Mendel,

daß die Presse während des Schwebens des Prozesses nicht in Anspruch genommen werden möge. Gerade Dr. Mendel aber soll sich bemüht haben, in die „Welt am Montag“ einen Artikel zu Gunsten Sternbergs zu lancieren. — Rechtsanwalt Dr. Mendel: Er sei gewiß ein Freund der Öffentlichkeit des Verfahrens, es sei doch aber bedenklich, daß in einer solchen Sache die später zu vernehmenden Zeugen sich aus den Zeitungsberichten über die vorherigen Zeugenauslagen unterrichten können. Nun sei in dieser Sternberg-Sache thatsächlich doch in ungewöhnlicher Weise gegen den Angeklagten agitiert worden und er habe deshalb mit der „Welt am Montag“ verhandelt, einen objektiven Artikel, für dessen Wahrheit er sich verbürgen wollte, aufzunehmen.

Darauf wird in die Fortsetzung der Verweissnahme eingetreten.

Kurt Fischer,

der Bruder, ist oft in der Wohnung seiner Schwester Margarete gewesen, er hat wohl hin und wieder bemerkt, daß Herren dort verkehrten, außer der Frieda hat er aber nie andre Mädchen dort gesehen. Er habe es schon für anständig gehalten, daß ein junges Mädchen Herren massierte und habe der Schwester Vorhaltungen gemacht. Hätte er aber die Wahrheit gewußt, würde er schon Mittel gefunden haben, um dies zu inhibieren. Seine Schwester habe ihm aus Amerika wiederholt geschrieben. In den Briefen habe ungefähr gestanden: Man möge sie nicht so sehr verdammern, sie wäre nicht so schlecht, wie man sie hinstelle, mit kleinen Kindern sei bei ihr nichts passiert, es sei richtig, daß Herren bei ihr verkehrten, wenn sie gefehlt habe, so habe sie aus Unkenntnis gefehlt. Nach den Bekundungen des Zeugen hat er das, was in der Wohnung seiner Schwester geschähe passiert sein soll, erst durch Herrn Stierstädter erfahren, der ihn besuchte und von den Dingen Mitteilung machte. Er sei sehr erschrocken darüber gewesen und habe erklärt, daß er selbst nie etwas in der Wohnung der Schwester bemerkt habe und ihre solche Dinge nicht zutraue. Herr Stierstädter habe darauf erklärt: „Ihrer Schwester wollen wir gar nicht so viel anhaben, für uns handelt es sich nur um den „getauften Juden“. — Zeuge Stierstädter bespricht entschieden, diesen Ausdruck gebraucht zu haben; der Zeuge bleibt mit derselben Unsicherheit dabei und beruft sich darauf, daß er seiner Zeit schon dem gestern vernommenen Schriftsteller Julius (nicht Ludwig, wie irrthümlich berichtet worden) Ritterhaus diese Äußerung des Stierstädter mitgeteilt habe. — Zeuge Ritterhaus bestätigt dies. — Die Verteidiger Fuchs I und Heinemann richten noch eine große Reihe von Fragen an den Zeugen Fischer und den Zeugen Stierstädter um festzustellen, wie die erste Darstellung des letzteren über die angeblichen Bekundungen bei der Fischer und das, was der Woda passiert sein soll, gelanget haben. Es kommt darüber zu lebhaften Widersprüchen zwischen den beiden Zeugen, zu deren Klärung auch Frieda Woda wieder vorgerufen wird. Das Kind wird wiederum eindringlich über die Vorgänge vernommen, sie bleibt aber dabei, daß sie jetzt die Wahrheit gesagt habe.

Nach kurzer Pause verhandelt der Vorsitzende, daß der Gerichtshof den Antrag der Verteidigung, den Oberstaatsanwalt Wachler und die

sieben Reichsgerichtsräte

zu laden, abgelehnt habe, da diese Vernehmung mit der hier zu entscheidenden Schuldfrage in keiner Beziehung stehe.

Zerner erklärt der Vorsitzende: Der Gerichtshof hat inzwischen von der Broschüre Kenntnis genommen. Er ist der Ansicht, daß in dieser Broschüre Urteile gefällt werden während eines laufenden Prozesses, die sich nicht rechtfertigen lassen und der Gerichtshof entzieht deshalb dem Rechtsanwaltschaft Dr. jur. Halpert die Erlaubnis, dieser Verhandlung beizuwohnen.

Rechtsanwalt Fuchs I tritt hierzu mit: An den Verteidiger des

Angeklagten Luppä

Herrn Dr. Heinemann, ist ein Brief des letzteren eingegangen, der aus London datiert ist. Er schreibt darin, daß sein Verteidiger jedenfalls über sein Begehren sehr erstaunt sein werde und die Motive hören möchte. Er sei weggegangen, weil er geistig und körperlich vollständig erschöpft war. In einem solchen Zustand sei er zur Bahn gegangen, ohne zu wissen, warum und ohne zu wissen, wohin er wolle. Auch, nur absolute Ruhe sei ihm nach den mehrtägigen ausreißenden Verhandlungen dringendes Bedürfnis gewesen und dies Gefühl habe ihn fortgetrieben. Er sei nach London gekommen und habe sich dort sofort in ärztliche Behandlung begeben müssen. Der Arzt habe ihm jedwede Aufregung dringend verboten und zum Beweise dessen lege er das Attest des Oberarztes des deutschen Hospitals Dr. Zum Busch bei. Falls er durch sein

Begehren auch Herrn Sternberg Annehmlichkeiten bereite, so bitte er denselben um Entschuldigung. Zu dem Attest wird bezeugt, daß Herr Luppä sich in einem Zustande höchstgradiger nervöser Erregung befinde und an Schlaflosigkeit leide. Der Zustand sei so, daß Herr Luppä einer Gerichtsverhandlung nicht beizuwohnen könne. Ganz charakteristische Erscheinungen seien die Pupillenerweiterung und das Fehlen der Anierreflexion. — Rechtsanwaltschaft Fuchs beantragt im Anschluß hieran, das Verfahren gegen Luppä auszuweisen. — Der Gerichtshof lehnt den Antrag der Verteidigung ab. — Hierauf wurde die Frage, ob der dritte Herr, mit dem Herr Luppä seiner Zeit bei der Hausmann erschienen war, der Kommissar Thiel ist, verhandelt. Zu diesem Punkt wird Herr

Thiel aus dem Untersuchungsgefängnis

vorgeführt und der Callis gegenübergestellt. Diefse betrachtet ihn und erklärt, daß nach ihrer Meinung Herr Thiel der betreffende Mann nicht sei. Er sehe ihm ähnlich, aber er sei doch nicht so dick und etwas größer als Thiel. — Präsident: Noch größer wie Herr Thiel? Der ist ja schon beinahe doppelt so groß, wie Sie. Haben Sie irgend welche besonderen Momente, in welchen der Mann Herrn Thiel unähnlich sieht? Sie sagen, der Mann, der bei der Hausmann war, habe den einen Fuß etwas nachgezogen, das ist doch auch mit dem Kommissar Thiel der Fall. Die Zeugin Callis bleibt dabei, daß der Mann Herrn Thiel ähnlich sehe, aber es nicht sei. — Auch Frau Hausmann erklärt, daß Herr Thiel ihr bekannt vorkomme, daß er auch dem Manne ähnlich sehe, den sie durch ein Loch in der Thür im Gespräch mit der Callis in ihrem Zimmer gesehen habe, daß sie aber nicht bestimmt sagen könne, ob es derselbe Mann sei. — Es kommt hier wieder zu der bekannten Scene. Die Zeugin Callis bestreitet entschieden, daß Frau Hausmann den Mann überhaupt durch ein Loch in der Thür sehen konnte. Die Zeugin Hausmann bleibt immer wieder dabei, die Callis tritt immer wieder einige Schritte auf sie zu und erklärt nachdrücklich: „Das ist nicht wahr! Das ist nicht wahr!“ Die Behauptungen der Frau Hausmann werden in allen Punkten von Hrn. Brauer unterstügt. Aus der Callis ist nichts anderes herauszubekommen, obgleich sie vom Vorsitzenden und dem Staatsanwalt in ein scharfes Kreuzverhör genommen wird und ihr wiederholt vorgehalten wird, daß sie zur Frau Hausmann, dem Schutzmann Eiterstädter und Herrn v. Tredow seiner Zeit Angaben gemacht habe, die darauf hindeuten, daß Herr Thiel der betreffende Mann gewesen ist.

Frau Hausmann und Hrn. Brauer werden verurteilt. Die Callis wird in eine sofort zu vollstreckende Haftstrafe von drei Tagen genommen, weil sie der Hausmann zugerufen, daß sie einen Meineid geleistet habe.

Nachdem Staatsanwalt Braut den anwesenden Vertreter der „Staatsbürger-Zeitung“ ersucht hat, sich nach dem Namen des in dem Artikel bezeichneten Herrn X. zu erkundigen und denselben morgen zu nennen, wird die Sitzung auf Freitag 9 1/2 Uhr vertagt.

Am 27. November entschlief nach längerem Leiden unser guter Vater, der Schriftsteller **Friedrich Goldsche** im nahezu vollendeten 66. Lebensjahre. Beerdigung Sonntag, den 2. Dez. 11 1/2 Uhr vorm. von der Halle der Heilig Kreuz-Gemeinde in Mariendorf. Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer (G. d. R. Nr. 2 Hamburg). Am Dienstag, den 27. November, fand das Mitglied unserer Kasse, der Zimmerer **Paul Auras**. Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofs in Reinickendorf aus statt. Um rege Beteiligung bitten Die trauernden Hinterbliebenen. Der Vorstand.

Central-Verband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treues Mitglied **Paul Auras** am 27. November am Herzschlag gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofs in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Kleines Gewerkschaftshaus Engel-Ufer 12. Allen Fremden und Bekannten teile ich mit, daß ich von Herrn Klavon das Geschäft Engel-Ufer 12 käuflich übernommen habe. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 1347b*) **H. Bowitz.**

Achtung, Kartonarbeiter! Sonntag, den 2. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei Wahlsdorf, Barnimstraße 13: 45/3

Morgensprache. **Vortrag — Nervenranke** für Männer und Frauen vom prakt. Naturheilkundigen Grundmann **Heute, Freitag, Andreasstr. 21,** abends 8 1/2 Uhr, 1/12. Durchsetzen bei Schulte, Hermsdorf, Herlitzstr. 21. Gähle willkommen. 1347b*) **H. Bowitz.**

Achtung! Grosser öffentlicher Vortrag am Sonnabend, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Kösliner Hof, Wedding, Köllnische Str. 8. Thema: **„Scharlach, Masern und Diphtherie“**, Entstehung, Unterbreitung, Verhütung u. Heilung durch 4 Naturheilverfahren. Nach dem Vortrag: **Fragebeantwortung!** Referent: Herr Naturarzt **E. Köhler.** Special an die Arbeiterschaft richten wir die Bitte, diesen wichtigen Vortrag nicht veräumen zu wollen. Daran anschließend findet ein **Tanzkränzchen** statt. Für Unterhaltung wird Sorge getragen werden. **Eintritt 15 Pf.** **Tanzbänder 30 Pf.** **Neuer Naturheilverein Charlottenburg-Berlin** (Bundes-Nr. 560, 279/11) **Der Vorstand: J. K. Lange.** Beitrittsbedingungen werden an der Kasse mitgeteilt.

Nachruf! Den Mitgliedern des **Verbands der Möbelpolierer zur Nachricht, daß unser Kollege Paul Reinhardt** nach langen Leiden am Sonnabend, den 24., gestorben ist. 148/6) **Der Vorstand.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter. (Oertliche Verwaltung Berlin D.) Sonntag, 2. Dezbr., vormitt. 10 Uhr, im Lokal von Sechster, Strömstr. 25: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht der in voriger Versammlung gewählten Kommission. 2. Erziehung des bestverdienenden Genossenschaftlichen. 3. Kasseeinlage. 182/16 Mitgliederbuch legitimiert. **Die Christverwallung.** J. K. H. Frölich, Köpckestr. 48.

Herren-Vortrag **Carl Bruchhoff**, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Nervenleiden“ Freitag, 30. November, abends 9 Uhr, in Friedrichs-Salon, Große Frankfurterstr. 28. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Teilerfassung. Sonntag, 1. Dez., Schilf, Brücke nach Friesenau, (Wald) 1/12. Durchsetzen bei Schulte, Hermsdorf, Herlitzstr. 21. Gähle willkommen. 1347b*) **H. Bowitz.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 30. November.
 Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Siegfried. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Schauspielhaus. Torquato Tasso. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Deutsches. Die Nacht der Hinsternis. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Lessing. Johann Sebastian. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Berliner. Die deutschen Kleinfährer. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Neues. Die Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Wecken. Die Fugentoten. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Central. Der Brautvater. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Secessionsbühne. Der Tod des Tintagiles. Ein Heiratsantrag. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Schiller. Ephraims Breite. Anfang 8 Uhr.
 Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Luffen. Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr.
 Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Strohwitwe. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Carl Weiss. Der rechte Schlüssel. Anfang 8 Uhr.
 Belle-Alliance. Die Zwibertourgen. Anfang 8 Uhr.
 Metropol. Spezialitätenvorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
 Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.
 Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Regimentsnummer. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
 Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang mittags 12 Uhr.
 Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterlokal) Abends 8 Uhr: Die Weltausstellung in Paris. Im Hösraal: Fleischfressende Pflanzen von Prof. Müller. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternworte.

Schiller-Theater

(Kroll-Theater).
 Freitag, abends 8 Uhr:
 Schauspiel in 5 Akten v. Karl Hauptmann.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
 Ephraims Breite.

Secessionsbühne.

Alexanderstr. 40.
 Der Tod des Tintagiles. — Ein Heiratsantrag.
 Morgen: Zum erstenmal: Der Leibalte.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
 Täglich:
 Der rechte Schlüssel.
 Schauspiel in 4 Akten v. Francis Stahl. Anfang 8 Uhr.
 Sonnabend, nachmittags: Kinder-Vorstellung: Schneewittchen.
 In Vorbereitung:
 Die Veichenprinzessin.
 Ein Märchenpiel mit Gesang und Tanz von W. Bang. Musik von Wäcker.

Thalia-Theater

Taubenstr. 72.
 Heute zum erstenmal:
 Amor von heute.
 Große Aufführungsposte mit Gesang und Tanz von Jean Ren und Alfred Schönfeld. Musik v. Gustav Wanda. Orchester: Thomas, Thielcher, Delmerding, Zimmermann, Baumüller. Damen: Milton, Miani, Boje, Wanonius, Weßling, Schag. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater

Anfang 7 1/2 Uhr.
 Der Brautvater.
 Schauspiel in 3 Akten von Adol. Hofe. Musik von F. Wagner. Mitwirkende: Damen: Albes, Gräbich, Walde. Herren: Albes, Kuder, Runkel, Worman, Schulz, Sondermann. Morgen und folgende Tage:
 Der Brautvater.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: Der Vogelwandler. (Vielbespiel: Mia Werber.)

Metropol-Theater.

Reichenstr. 55/57.
 Der Zauberer am Nil.
 Vorber:
 das vollständig neue November-Special-Programm.
 Alice Berley.
 Bonhair, Brüder Pantzer.
 Beginn der Vorstellung 8 Uhr, der Operette 9 Uhr 15 Min. Nachen überall gestattet.
 Sonnabend, den 1. Dezember:
 Eine tolle Nacht.
 Henry Bender als Debit.

URANIA * * *
 Taubenstr. 48/49.
 Im Theater abends 8 Uhr:
 „Die Weltausstellung in Paris“.
 Im Hösraal:
 Fleischfressende Pflanzen von Prof. Müller.
 Invalidenstr. 57/62.
 Tägt. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS
PANOPTICUM
 Friedrichstr. 165.
 Neu! Dahomey-Dorf. Neu!
 38 wilde Krieger von der Leibgarde des Königs Behanzin. Krieger- u. Gefechts-Szenen, Exerzieren, Nationaltänze. Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl. „Allerseelen“, neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf. Militär u. Kinder 25 Pf.

Passage-Theater
 Unter den Linden 22.
D-Vorstellung.
 Letzter Tag
 des sensationellen
November-Programms
 Eintr. inkl. Panopticum 50 Pf.

Cirkus Busch
 Freitag, 30. Novbr., abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
 Zum zweitenmal:
„Die eiserne Maske“
 (Le masque de fer).
 Großes histor. Managen-Schauspiel in 7 Akten und 2 Hauptbildern, arrangiert und in Szene gesetzt vom Direktor Paul Busch und Herrn Burkhardt-Footill. Balletts arrangiert und einstudiert vom Hofballetmeister Severin. Musik vom Kapellmeister Taubert.
 600 mitwirkende Personen.
 130 Pferde.
 I. Alt. Ludwig XIV. als Alleinherrscher.
 II. Feste in der Bastille.
 III. Einnahme von Strahsburg.
 IV. Der Staatsstreich.
 V. Eine Falkenjagd bei Fontainebleau.
 VI. Der Mann mit der eisernen Maske.
 VII. Das letzte Fest im Schlosse Baug le Comte.
 Außerdem:
Gala-Programm.
 Abid! Sonntag, 2. Dezbr., nachmittags 4 Uhr:

Berliner Landpartien

Palast-Theater
 früher Foen-Palast, Burgstr. 22.
 Nur noch wenige Tage!
 Wien - November-Programm.
 Kolossaler Lacherfolg!
 Neu! 8 1/2 Uhr: Neu!
Die Regimentsnummer
 Pöste mit Gesang von R. Reichard. Schloßbach. Schlichterwitz.
 Direktor Richard Winkler.
 Lona Cass, die jüngste deutsche Spitzdritte. — Gisella-Quartett, Cancan à la parisienne. — Clown Levator, einzig in seiner Art. — The Bratons, großartige Redner.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Berliner Landpartien

Palast-Theater
 früher Foen-Palast, Burgstr. 22.
 Nur noch wenige Tage!
 Wien - November-Programm.
 Kolossaler Lacherfolg!
 Neu! 8 1/2 Uhr: Neu!
Die Regimentsnummer
 Pöste mit Gesang von R. Reichard. Schloßbach. Schlichterwitz.
 Direktor Richard Winkler.
 Lona Cass, die jüngste deutsche Spitzdritte. — Gisella-Quartett, Cancan à la parisienne. — Clown Levator, einzig in seiner Art. — The Bratons, großartige Redner.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Berliner Landpartien

Palast-Theater
 früher Foen-Palast, Burgstr. 22.
 Nur noch wenige Tage!
 Wien - November-Programm.
 Kolossaler Lacherfolg!
 Neu! 8 1/2 Uhr: Neu!
Die Regimentsnummer
 Pöste mit Gesang von R. Reichard. Schloßbach. Schlichterwitz.
 Direktor Richard Winkler.
 Lona Cass, die jüngste deutsche Spitzdritte. — Gisella-Quartett, Cancan à la parisienne. — Clown Levator, einzig in seiner Art. — The Bratons, großartige Redner.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Apollo-Theater.

Um 9 1/2 Uhr:
Fräulein Loreley
 Die vorzügl. November-Spezialitäten.
Chavita. * Carola.
 Miss Madge Ellis.
 Pannonia, Sullivan u. Aranka.
 Riccardo u. Benedetto.
 Anfang 8 Uhr.
W. Noacks Theater.
 Brunnensstraße 16.
Die Blinde von Paris.
 Schauspiel in 5 Akten v. F. Perrmann.
 Sonnabend: Keine Vorstellung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung
 und der
Werkstatt-Kontrollkommission.
 Sonntag, den 16. Dezember, abends 6 Uhr
Konzert
 im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15.
 Billets a 40 Pf. (inkl. Tanz und Garderobe) sind auf dem Arbeitsnachweis zu haben. 284/11

Achtung! Einsetzer. Achtung!
 Sonntag, den 2. Dezember, finden sämtliche Bezirks-Versammlungen in den bekannten Lokalen statt und zwar vormittags 10 Uhr.
Die Kommission.

Berein der Bauanschläger
 Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 2. Dezember 1900, vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Antrag der Kommission der Einsetzer. 3. Bericht der 2ter Kommission. 4. Verschiedenes. 34/20
 Diejenigen Kollegen, welche mit ihren Beiträgen noch im Rückstande sind, werden nochmals angefordert, ihre Karten in den Arbeitsnachweisen oder in dieser Versammlung in Ordnung zu bringen, da von jetzt ab streng nach § 5 des Statuts verfahren wird.
 Der Vorstand.

Verein der Tischler Berlins u. Umgegend.
 Vertrauensmänner-Centralisation.
 Sonnabend, den 8. Dezember 1900:
Zweites Stiftungs-Fest
 im Lokale Königsbank, Große Frankfurterstraße Nr. 117.
 Großes Vocal- und Instrumental-Konzert unter gefälliger Mitwirkung der Norddeutschen Sänger.
 Anfang 8 Uhr. Billets inkl. Tanz: Damen 30 Pf., Herren 50 Pf., sind auf den Zahlstellen zu haben.
 NB. Die Zahlstellen bleiben an diesem Abend geschlossen. 199/15

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Hochentags 7 Uhr. Kur erklaffige. Direktion:
 Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hatt.
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Theater Grand-Hotel
 Alexander-Platz.
Pummels Roman
 oder: Berliner Leben.
 Gr. Berliner Gesangsvorstellung in 6 Bildern.
Passage-Panoptikum.
 Neu: Krao, das Bimblegel zwischen Mensch u. Affe (lebend).
 Liza, das 12jährige Riesentind (336 Pfund schwer).
China in Berlin.
 Großes theatrales ethnographisch. Schauspiel in 11 Bildern.
 Entree einschließlich Theater 50 Pf. Kinder die Hälfte.

Cirkus Schumann.
 Heute, Freitag, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung.
 12 der hervorragendsten Nummern 12.
 Die neu engagierten Spezialitäten. Auftreten sämtlicher Clowns und Angulie mit ihren neuen urkomischen Entrees. Der
Löwen-Baron.
 Die anerkannt überreicht bestehend. Original-Schm. u. Freiheitsdresfener v. Dir. Alb. Schumann.
 Neu! Neu! Neu!
Rawson u. June.
 Direkt von New York speziell für Berlin engagiert.
 Zum Schluss zum 68. Mal: Ein Sensationsschöner erster Rang
CHINA.
 Das größte Managen- und Wasser-schauspiel der Gegenwart
 Fortwährendes Personal 600 Personen.
 Sämtliche Einlagen neu.
 Ein unerreicht sensationelles Brauwerk:
 Erklärung der 20 Fuß hohen glatten chinesischen Mauer. — Sonntag: 2 gr. Vorstellungen. Nachmittags 1 Kind frei.

Cirkus Jansly.
 Schöneberg, Hauptstrasse, vis-a-vis dem Rathaus.
 Freitag, 30. November, abends 8 Uhr:
 Clown- und Komiker-Vorstellung.
 Neu! Zum zweitenmal: Neu!
The two Cirnoes.
 Die Flucht vom Galgen.
 Das größte Rätsel des neuen Jahrhunderts.
 Herr Cirnoe wird an einen Galgen mit eisernen Gärten, Handschellen, Fuß- und Halsketten, mit Ketten und 17 Vorlegeschloßern der verschiedensten Art geschlossen und befreit sich von demselben innerhalb 1 1/2-2 Minuten.
Aufforderung!
 Herr Cirnoe fordert hiermit alle Künstler, die Herren Rudini, Prof. Mosuer, Prof. Hermann, Gebr. Joseffs und jeden Kunstschaffler Deutschlands auf, seine Kunstschlüsse mitzubringen und ihn regelrecht zu schrecken.
 Kleine Eintrittspreise!

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorber: Konzert.
Sanssouci
 Kottbuserstrasse.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Von 5-7: Unterhaltungsmusik. Hochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Nach jeder Solire: **Tanzkränzchen.**
 Hochentags Tanz frei. Vereine und Vorzugsbillets wochentags gültig. Säle zu Festlich u. Versammlungen.

Deutsche Konzerthallen
 Spandauer Brücke.
 Täglich
 4 ausländische
 Kapellen 4
 Gr. Theater-Vorstellung.

Charlottenburg.
 M. Scherberg (56553)
 Wilmersdorfer-Strasse 127,
 Uhrmacher und Goldarbeiter.
 Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.
 Optische Artikel, Uhrmacher werden schmerzlos geflohen.

Theater- u. Maskengarderobe
 von
Berthold Schröder,
 W., Passauerstrasse 3,
 empfiehlt sich den werten Genossen zum Arrangieren von lebenden Bildern, Theaterkostümen für Vereine, Stiftungs-feste etc. 5750*

Herrn
 Bekleidung, elegante Ausföhrung
 tadelloser Bis, werden bei nur
 geringer Teilzahlung dargeben.
J. Kurzberg,
 NO., Landsbergerstr. 13,
 55700* part. (kein Laden).

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 (Verwaltungsstelle Berlin).
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Sonntag, den 2. Dezember 1900, vormittags 10 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
 im „Palast-Theater“, Burgstraße, Ecke Wolfgangstraße.
 Tages-Ordnung:
 1. Renwahl des 1. und 2. Bevollmächtigten, des Mandanten und des Sekretärs. 2. Antrag auf Anstellung eines sechsten Beamten. 121/17
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
 Die Vertrauensleute sind verpflichtet, den Kollegen die Mitgliedsbücher auszubändigen.
 Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engel-Ufer 15 I, und ist täglich während der Bureaustunden von 9-1 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstag und Donnerstag außerdem von 7-9 Uhr abends. Sonnabend nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und verw. Berufsgen.
Branchen-Versammlungen
 der Berliner Mitglieder.
Zentrale I, Geschirz- und Galanteriewaren-Branche.
 Sonnabend, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. NB. In dieser Versammlung werden alle Mitglieder, besonders die Vertrauensleute, eingeladen. Es werden die Austrittsarten zum Streikfonds ausgegeben.

Zentrale II, Treibriemen-Sattler.
 Sonnabend, den 1. Dezember, abends 9 Uhr, bei Bude, Grenadierstr. 33.

Zentrale III, Koffer- und Taschenbranche.
 Dienstag, den 4. Dezember, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Seitengebäude.

Zentrale IV, Militäreffekten-Branche.
 Sonnabend, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. 160/17

Zentrale V, Teppich- und Linoleumbbranche.
 Jeden Montag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Zentrale VI, Wagenfattler.
 Dienstag, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Wörschel, Südrstr. 35-37.
 Gäste sind in allen Zirkeln willkommen und finden in allen Versammlungen Renaufrnahmen statt. Um pünktlichen und zahlreichen Besuch bitten
Die Vorstände.

Centralverband der Maurer Deutschlands
 Zahlstelle I, Berlin (Putzer).
 Sonntag, den 2. Dezember, vorm. 11 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Reorganisation in der Organisation.
 2. Der Wert der Arbeitslosen-Versicherung.
 135/3
 Für die Verwaltung: Franz Schultz, Brunnensstr. 102.

Tischler-Verein zu Berlin.
 Sonnabend, den 1. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Lipke, Reichhorstr. 15:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Zweiter Geschäftsbericht des Schriftstellers Herrn Max Schütte.
 2. Unterrichtsangelegenheiten. 199/14
 Gäste (auch Frauen) haben Zutritt.
 Der Vorstand.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin I.
 Sonntag, den 2. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Graumann, Rauhstr. 27:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die letzten Konferenzbeschlüsse. 2. Statutenänderung eventuell Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 3. Verbandsangelegenheiten. 43/16
 Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin III.
 Sonntag, den 2. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Lokale des Herrn Zimmermann, Badstraße 58.
 Tages-Ordnung:
 1. Lohn- und Accorarbeit. Referent: Genosse Gustav Einl. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 43/17
 Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Um rege Beteiligung ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Milch
 In vorzüglichster Qualität liefert in alle Stadtteile
Meierei und Milchkur-Anstalt
Schweizerhof
 Inh. Aug. Zeitner
 NW., Emdenerstrasse 40/41. Tel.: Amt II, 2517.
 2082
 1 Ltr. Kindermilch 35-50 Pf., Vollmilch 1 Ltr. 22 Pf., von 2 Ltr. ab 20 Pf. das Liter.
 Prof. Gärtners Säuglingsmilch, trinkfertig u. sterilisiert.

Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. - 50. - Fritz Thiel, Stallgerstr. 35 v. part. - **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Axel Anders, Salzweberstr. 8, part. im Laden. - **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Bienenstraße 41/42. **Gesundbrunnen:** Wilhelm Wasmann, Wilmersdorferstr. 65. - **Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kottbuscherstr. 96/96. - **Charlottenburg:** Gustav Schatzberg, Feinbühnenstr. 1, Ecke Goethestr., v. 1. Treppe. - **Deutsch-Wilmersdorf:** Th. Müller, Decolierstr. 132/133, rechter Seitens. - **W. Ridel:** Auguststr. 3, v. L. **Friedrichsberg-Friedrichsfelde:** Carl Wolf, Berlin O., Frankfurter Allee 177. - **Grünau:** Engel, Dahnstr. 6. - **Rixdorf:** Oker mann, Gröbstr. 6. - **Schöneberg:** Wils. Baumler, Apffelbaumstr. 13, Querstraße Gode. - **Ober-Schöneweide:** Otto John, Wilhelmshofstraße 18. - **Nieder-Schöneweide:** Carl Weber, Cigarrenstraße. - **Johannisthal:** Paul Mann, Friedrichstr. 39, l. - **Adlershof:** Emil Sollmann, Seidowstr. 14. **Köpenick:** Franz Weber, Cigarren-Handlung, Grünauerstr. 1. - **Friedenau-Steglitz:** G. Bernice, Kirchstraße 16 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** G. Mohr, Döppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. - **Baumschulweg:** Stodt, Gröbstr. 2 II. - **Neu-Weissensee:** Heinrich Bachmann, Seeböckerstr. 1, part. links. **Rummelsburg:** Jörgbert, Grün Allee 5a.

Nebenbei ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.

Es wird dringend ersucht, dem bisherigen Expeditoren rechtzeitig von der Wohnungsveränderung Mitteilung zu machen, da die Expeditoren verpflichtet sind, die Adressen an die zuständigen Bezirke abzugeben.

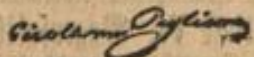
Syrup Pagliano

vom Prof. Girolamo Pagliano via Pandolfini 18

Florenz.

Für Bestellungen und Erkundigungen wende man sich an obige Adresse, sowie an alle Apotheken, und hüte sich vor Fälschungen und Nachahmungen.

Jede Flasche oder Schachtel soll die eingeschriebene Fabrikmarke tragen, bestehend aus hellblauen Zeichnungen und durchgezogen in schwarz von der Unterschrift: 42/12



Sendungen werden von der Niederlage in München franco nach ganz Deutschland abgeliefert.

Rote + Lose

Ziehung in Berlin vom 17.-21. Dezember 1900. 104/4

Haupttreffer: 100 000, 50 000 etc. Mk. bar.

Originallos Mk. 3.30. Porto u. Liste 30 Pf. extra. Ausland 60 Pf.

Berlin W., Peter Loewe, Marburgerstr. 7.

Telegr.-Adr.: Glückspeter Berlin.

* Nähmaschinen *

aller Systeme kauft man am besten nur direkt im

Nähmaschinen-Geschäft, Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 115.

Ohne Anzahlung, Woche 1 M., fünfjährige Garantie, Unterricht gratis. **Wannentag des „Vorwärts“ erhalten Rabatt.** 1943*

Puppen-Fabrik

Otto Kreyszig 5850L*

Größtes Special-Geschäft für Puppen.

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 Mk. Plomben 1,50 Mk. Teilzahlung wöchentlich 1 Mk. Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

Jedes **5 Pfennig.** Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Buchstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

- Schankgeschäft** fruchtigsthalber zu verkaufen Döberstr. 38. 13106
- Kartoffel- und Heringsgeschäft**, verbunden mit Borken (sichere Crücker), wegen Krankheit der Frau dingend sofort zu verkaufen. Zu erlangen Charlottenburg, Garbe du Campstr. 14, im Geschäft. 13306*
- Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots** und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufsbüro Germania, Unter den Linden 21 II.
- Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 12506*
- Gardinen-Specialgeschäft**, Blumenstraße 8. Anerkannt vorzügliche Einfärberei für Gardinen, Stores, Mouleure, Täfel- und Schmutzdecken. 3172*
- Winterpaletots**, Remontoirwaren, Regalpaletots, sportlich Kleidungsstücke 6. 44/9
- Betten**, Steppdecken, sportlich Kleidungsstücke 6. 44/9
- Zeppiche**, Gardinen, sportlich Kleidungsstücke 6. 44/9
- Konkurrenz**, keine Sänger, verkauft Krebs, Köpenickerstraße 15a.
- Wappenstein**, Glas, Vase, Wanne, Engel. Eigene Verziererei. Billige Einlaufpreise für Geschäfte und Händler. Gramstraße 24 I. *
- Wappenstein**, Paletots, Wäddchen, Kleider, Mantel billig zu verkaufen. Hofmann, Bismarckstraße 14. 1328K*
- Wappenstein** vorjährige Herrenpaletots, feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufsbüro Germania, Unter den Linden 21 II.

- Zeppiche** mit Gardinen, Fabrikabfälle Große Frankfurterstr. 9, parterre. 12515*
- Zingermaschinen**, Ringmaschinen, Handmaschinen und Schneidemaschinen sportlich, sechsjährige Garantie, wegen Geschäftsaufgabe. Rosmandantenstraße 40, 1. Treppe. 13246*
- Zinger-Nähmaschinen**, Ringmaschinen, Bobbin, Adler-Schnellnäher, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, sofortige Lieferung, Postkarte. Schmidt, Gartenstraße 41 II. 4099*
- Nähmaschinen**, beste Ringmaschinen, Bobbin, Adler, Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, jährliche Garantie, Postkarte. Preis, Neue Köpenickerstraße 82, Laden. 3099*
- Nähmaschinen** ohne Anzahlung, mit sämtlichen Apparaten, Woche 1 Mark, fünfjährige Garantie. Unterricht gratis. Bobbin, Ringmaschinen, Adler, Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend. Nähmaschinen-Geschäft Wilsch, Rixdorf, Berlin, Köpenickerstraße 84, nahe Herrmannplatz. 12396
- Waschmaschinen!** Sparsystem 7.-, 10.-, Motor 14.-. Waschmaschinen, Schneidemaschinen, Nähmaschinen, Waschmaschinen billig! Hofmann, Bismarckstraße 32. *
- Eisenerne** aller Systeme, Kronen, Perlen, Doppelarme, sowie sämtliche Beleuchtungs-Organische. Carl Kaufmann, Köpenickerstraße 19, am Urban. 38/9
- Steppdecken** am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.
- Achtung!** Fette Wänse sind wieder 1200 Stück auf dem Central-Büchse zum Verkauf. Edm. Meißner, bis a. d. Restaurant Eichenhof, zum billigen Preise von 2,50 an. Damen und Herren. P. Holt. 13326

Vermischte Anzeigen.

- Unfallflagen**, erfolgreich, Reklamationen fertigt Schulze, Bergmannstraße 107. 1321b*
- Unfallflagen**, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Stahlfabrikstraße 65. 309b*
- Wappenstein** Köpenickerstraße 60. Jeder Art für sämtliche Kronenflagen. 4018*
- Wappenstein!** Wer sich über die rechtliche Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Reichsverbandes gegen Wappenstein, welche unentgeltlich versendet werden vom Reichsverband Berlin, Köpenickerstraße 108. Um gültigen Nachdruck zu geben. Arbeitsvereine, welche in ihren Beraternungen Vorträge wünschen über Wappenstein, lassen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. 9256

Rechtsbureau

- Rechtsbureau** Andreadstraße 63, Gassenhauer Rechtsbureau. 13285
- Zahnarzt** C. Gebide, Starogardstraße 3, Ecke Schönhauser-Allee.
- Wappenstein**, Brochhaus, Brohm, Geschichtswerte und alle anderen Bücher billig und leicht Antiquariat Kochstraße 55, Amt 4a 644. 4062*
- Kunsthoferei** von Frau Kofodts, Steinwegstraße 48.
- Wer Stoff hat?** Fertige Winterpaletots und Herrenanzüge mit Futterstoffen für 15; wer keinen Stoff für 30 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 69-III. Bitte Rosen den. 1306b
- Buchbinder-Arbeit** jeder Art fertig herbstlich Kleinert, W. Köpenickerstraße 66, 2. Hof parterre. 2367b
- Möbel**, gebrauchte, kauf! Römer, Seebühnenstraße 81. 8045*
- Eisen** und Metallbruch kauf! Broderick, Oppenheimerstraße 16. 1076b*
- Bereinszimmer** frei. Vabewig, Rosmandantenstraße 65. 283K*
- Bereinszimmer** empfiehlt Vier alle Köpenickerstraße 119. 1288K*
- Zahl** und Bereinszimmer empfiehlt Jannasch, Inselstraße 10. 2066*
- Bereinszimmer** Simeonstraße 23. 345K*
- Bereinszimmer** für 60 Personen noch einige Tage frei bei Müller, Bahndammstraße 18. 1248b*
- Kunsthoferei** Köpenickerstraße 60. Scherzhaftes Zahnziehen, Plombieren, Vänge, Blumenstraße 25, Ecke Rixdorfstraße.
- Kunsthoferei**: Matrizen 4.-, Sofa 5.-. Gräfer, Landwehrstraße 23. 1333b
- Großes** und kleines Bereinszimmer zu vergeben Stallgerstraße 94b, Döberstr. 1333b

Vermietungen.

- Zimmer.**
- Möbliertes** Zimmer vermietet Thomä, Michaelstraße 20, Hof links I. 1324b
- Schlafstellen.**
- Schlafstelle**, 1 Herr. Reumann, Jährtenstraße 15, Hof I. 1331b
- Schlafstelle** für anhängende Herren. Andreadstraße 26, Hof III. 1328b
- Freundliche** Schlafstelle für Herrn sofort zu vermieten Krüger, Reichensbergerstraße 153, III. 1335b
- Arbeitsmarkt.**
- Stollengesuche.**
- Blinder** Stubhelfer bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurück geliefert. Gähler, Döberstr. 27.
- Gute** Schlafstelle. Friedrichsgracht 16, Frau Wolff. 570b
- Stellenangebote.**
- Farbiger** verlangt Hoff, Döberstr. 30. 1318b*
- Wappenstein** Korbmacher auf Spinnmaschinen verlangt für dauernde Arbeit. Arnst, Seebühnenstraße 32. 1420K*
- Ein** tüchtiger Korbmacher sucht bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung. Köpenickerstraße 109a.

Barockgoldener

- Barockgoldener** sucht A. B. Schulte, Döberstr. 155. 13266
- Kartonsarbeiterin**, (auch und sauber arbeitend, verlangt bei gutem Lohn Anders Nachfolger, Wappensteinstraße 7. 12466*
- Am** Arbeitsmarkt durch besonderen Fleiß hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile
- Achtung! Stuccatore!** Gesperer sind folgende Firmen: Trebbler, Bau Charlottenburg, Kurfürstendamm, Ecke Knechtelstraße. Charlottenburg, Döberstr. 66.
- Wals**, Bau Weißwasserstraße, Ecke Göttingerstraße. Charlottenburg, Rixdorfstr. 16/17.
- Hoffmann**, Gampel und Vogt.
- Achtung! Achtung! Bautschler! Rixdorf!** In der Kellerei von Prohahn, Döberstr. 27, haben die Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng untersagt. 108/10 Die Ortsverwaltung.
- Achtung! Achtung! Parkettbodenleger!** Folgende Firma ist gelistet: Götz, Gassen. Parteil. Fabrik. Die Kommission.
- Achtung, Aufschläger!** Bei der Firma Franke haben die Kollegen auf dem Bau Andread- und Frankfurterstraße-Ecke wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Die Firma ist demnach für die Kollegen bis auf weiteres gelistet. Die Lokalkommission.

Kommunales.

Stadtoberordneten-Versammlung.

33. Sitzung vom Donnerstag, 29. November 1900, nachmittags 5 Uhr.

Die neugewählten Mitglieder Bezirksvorsteher Giese und Kaufmann Friedberg werden vom Vorsteher Dr. Langerhans in längerer Rede in ihr Amt eingeführt.

Zu den Ausschuss für die Wohnungsfrage betreffenden Beratungsgegenstände sind u. a. auch gewählt die Stadtoberordneten Singer und Heiman. Vorsitzender des Ausschusses ist Stadtv. Mommsen, Stellvertreter Stadtv. Singer.

Nachträglich ist die Berichterstattung des für die Vorbereitung der

Renovierung eines Stadtschulrats

(für Vertram) niedergelassenen Ausschusses auf die Tagesordnung gestellt worden. Der Ausschuss hat, nachdem offiziell konstatiert worden, daß zum 1. April 1901 auch Stadtschulrat Fürstena u. aus dem Amt scheiden werde, die Organisationsfrage generell besprochen und folgende Beschlüsse gefasst:

„Da das gesamte Schulwesen in Berlin einen solchen Umfang angenommen hat, daß zwei Schulräte zur Leitung desselben nicht mehr ausreichen, so erachtet die Versammlung den Magistrat um eine Vorlage darüber, ob und welche Änderungen derselbe hierin vorzunehmen für geeignet hält.“

Der Gegenstand wird vorweg erörtert. Oberbürgermeister Rirschner: Im Magistrat sind wir darüber klar geworden, daß Herr Vertram eine so große Arbeitskraft gewesen ist, daß es fraglich ist, ob sein Nachfolger allein die Arbeit bewältigen kann. Der Magistrat hat nun nicht die Absicht, die Verstärkung der Arbeitskräfte durch die Schaffung einer dritten Stadtschulratsstelle zu gewinnen. Das Kollegium ist schon so zahlreich, daß es nicht wohl weiter vermehrt werden kann; aber es läßt sich sehr wohl ermöglichen, z. B. eine neue Arbeitskraft für das Fortbildungs- und Fachschulwesen zu gewinnen, die unter der Oberleitung eines Stadtschulrats dieses Ressort versieht. (Sehr richtig!) Auch andere städtische Verwaltungen verfahren so. Heute schon über diese Frage zu entscheiden, wäre verfrüht; zuvor müssen die Personen der beiden Schulräte feststehen.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich bitte, dem Ausschuh Antrag zuzustimmen, der durch die Ausführungen des Oberbürgermeisters nicht erschüttert ist. Wir müssen auf dem Gebiet unseres Schulwesens eine größere Anzahl leitender Männer haben, darüber war auch im Ausschuh keine Meinungsverschiedenheit. Bei den kolossalen Veränderungen des Schulwesens infolge des Wachstums der Stadt in den letzten Jahrzehnten und besonders bei der Ausdehnung unseres Fortbildungs- und Fachschulwesens, welches sich von Tag zu Tag weiter entwickelt, müssen kräftige und energische Männer an die Spitze gestellt werden. Es sollte ausdrücklich ausgesprochen werden, daß, soweit die Veranlassung in Frage kommt, man für alle Reformen eintritt, welche notwendig sind im Interesse der Schule selbst und ihrer Besucher. Im Ausschuh ist die Frage der Vermehrung des Magistrats ventilert worden. Es wäre doch wohl kein Unglück, wenn das Kollegium um einige Mitglieder vermehrt würde. Bedauern muß ich, daß der Magistrat und seine Meinung nicht in einer besonderen Denkschrift mitgeteilt hat. Es handelt sich um die Abänderung der Organisation eines der wichtigsten Zweige der städtischen Verwaltung; da hätten wir doch die Mitteilung seiner Ansicht ohne Provolation von unserer Seite erwarten dürfen. Die Mitteilungen des Oberbürgermeisters reichen für unsere Entscheidung nicht aus. Er meint, wir können Änderungen erst vornehmen, wenn die beiden Stellen besetzt sind; ich behaupte im Gegenteil, wir müssen diese Organisationsfrage entscheiden, bevor wir die Personen wählen, denn wir müssen doch wissen, für welchen Arbeitszweig wir die Personen wählen. Wenn je ein günstiger Zeitpunkt für eine solche Organisationsänderung da war, dann ist es der jetzige Moment, wo beide Schulratsstellen frei werden.

Stadtv. Cassel (Alle Linke): Meine Freunde halten die schleimige Wahl von Schulräten unbedingt für notwendig, damit die Verwaltung nicht im Stiche gelassen werde. Vertretung durch andere Magistratsmitglieder ist ganz unhumlich. Es müssen geeignete, tüchtige Männer gewählt und ihnen tüchtige Hilfskräfte zur Seite gestellt werden. Der vom Oberbürgermeister angeordnete Kundweg scheint ja praktisch zu sein, eventuell sind auch wir für einen dritten Schulrat, aber wir halten die Frage noch keineswegs für spruchreif. Nachdem der Magistrat sich heute schon geäußert hat, ist die Annahme des Antrags überflüssig. Ich beantrage:

„Die Veranlassung steht durch die heutige Erklärung den Ausschuh Antrag als erledigt an und ersucht den Ausschuh, die weiteren Schritte zur Bormahme der Wahl eines Schulrats zu bewirken.“ Es läßt sich lediglich auf eine Verschleppung hinaus.

Oberbürgermeister Rirschner: Wir brauchen doch wieder einen Schulrat, der im Stande ist, das Gemeindeschulwesen zu leiten, und dieses erfordert allein eine volle Arbeitskraft. Es bedarf also eines Mannes, der hervorragend tüchtig ist für das Volksschulwesen. Für die gegenwärtige Wahl ist die Sache also vollständig spruchreif. So ist der historische Vorgang. Was weiter kommen kann, das lassen Sie der Sorge der zweiten Wahl sein.

Stadtv. Kreitzing: Die Erklärungen des Oberbürgermeisters verschoben die Situation ganz wesentlich. Wegen die Verteilung, wie er sie angedeutet hat, habe ich starke Bedenken; das Fortbildungsschulwesen schießt sich doch weit immer an das Volksschulwesen an als das höhere Schulwesen an. Der Antrag des Ausschusses wird keine Verzögerung zur Folge haben. Warum soll uns der Magistrat nicht nächsten Donnerstag seine heutige Erklärung schriftlich geben? Es ist auch nicht gleichgültig, wann wir organisieren.

Stadtv. Mommsen: Herr Singer und Herr Kreitzing sind doch zu bureaukratisch, wenn sie die mündliche Erklärung des Magistrats noch schriftlich vor sich haben wollen. Der Ausschuh ist jetzt informiert. Nehmen Sie den Antrag Cassel an!

Stadtv. Singer: Herr Mommsen scheint mich mißverstanden zu haben, und ich bin verneinend genug zu sagen, daß das nicht an meinen Ausführungen lag. (Oh, oh!) Wir wollen diese Denkschrift des Magistrats haben, um uns auf Grund derselben mit dem Magistrat über die zukünftige Organisation zu verständigen, bevor die Wahlen stattfinden. Ob Ihnen das gefällt, ist eine ganz andre Frage. Wir wollen das Pferd nicht beim Schwanz aufklimmen. (Sehr gut!)

Damit schließt die Debatte.

Referent Dinske erklärt, daß er als Urheber des Ausschuh Antrags nach den Erklärungen des Oberbürgermeisters den Antrag persönlich nicht mehr vertreten könne. (Ameube.)

Stadtv. Singer erhebt auf Grund der Geschäftsordnung Protest gegen diese Erklärung des Referenten, der lediglich den Ausschuh Antrag zu vertreten gehabt habe. Der Vorsteher hält den Referenten zur Abgabe einer solchen persönlichen Erklärung für berechtigt; im Namen des Ausschusses habe er sie nicht abgegeben.

Geschäftsordnungsdebatte.

Stadtv. Singer: Ich bedauere, dem Vorsteher widersprechen zu müssen und ich thue es nur des Präjudizes wegen. Es ist ganz unzulässig, daß ein vom Ausschuh bestellter Referent den Ausschuh in so unerhörter Weise im Stiche läßt. Herr Dinske hätte event. unmittelbar nach der Erklärung des Oberbürgermeisters sein Amt als Referent niederlegen müssen (vehementer Widerspruch), dann wäre der Gegenstand an den Ausschuh zurückgegangen, und dieser hätte einen anderen Referenten gewählt. (Andauernde Unruhe.) Sein Verfahren war gegen alle Regeln der Geschäftsordnung, welche unbedingt gehalten werden muß.

Stadtv. Kreitzing erklärt, zu seinem Bedauern den Ausführungen Singers beitreten zu müssen.

Vorsteher Dr. Langerhans: Was Singer gesagt hat, ist dem Sinne nach richtig (Große Heiterkeit), aber er hätte ja die Jurisdiktion an den Ausschuh übertragen können.

Stadtv. Dinske: Ich bin nicht der Untergebene der Mehrheit des Ausschusses an dieser Stelle und lasse mir in dieser Beziehung auch von Herrn Singer keine Vorschriften machen. Ich konnte zu meiner Erklärung nicht früher zum Worte kommen.

Stadtv. Singer: Der Referent ist der Vertreter des Ausschusses und muß als solcher dessen Beschlüsse verteidigen. Der Leiter einer Versammlung wie der unsrigen ist auch zur Wahrung der Rechte der Ausschüsse da, und es ist eine Vereinträchtigung dieser Rechte, wenn nach geschlossener Diskussion der Referent seinen Ausschuh im Stiche läßt.

Vorsteher Dr. Langerhans bleibt auf seinem Standpunkte stehen.

Vom Stadtv. Preuß läuft ein Antrag ein, die Sache an den Ausschuh zurückzuverweisen. Stadtv. Preuß begründet kurz diesen Antrag, der indes abgelehnt wird.

Der Antrag Cassel findet darauf die Mehrheit.

Der Vorsteher bringt das Dankschreiben zur Kenntnis, welches die Kaiserin Friedrich aus Anlaß des Glückwunsches zu ihrem Geburtstag an die Versammlung gerichtet hat.

Der Ausschuh zur Vorbereitung der Vorlage wegen Weiterführung der Kaiser Wilhelmstraße bis zur Lothbringerstraße

hat sich nach zwei Sitzungen mit 10 gegen 5 Stimmen gegen das sogenannte Cohn-Seelingische Projekt und mit 9 gegen 5 Stimmen für das Magistratsprojekt 4a (Entwurf des Stadtbaurats Krause) entschieden. Letzteres sieht statt der früher in Erwägung gezogenen geradlinigen Verlängerung im Zuge der Koblantstraße eine gabelförmige Verlängerung vor, da zugleich mit der Aufteilung des Scheunenviertels entsprechend den Forderungen der Polizeibehörde neue Verkehrswege angeschlossen werden müßten. An der Gabelung soll ein Platz angelegt werden. Nach dem vom Stadtbaurat vorgelegten Plan würde das Projekt Cohn-Seeling bei durchweg 22 Meter Breite der Hauptstraßen um mindestens 3 Millionen teurer sein als das Projekt des Magistrats; im übrigen ist gegen das letztere hauptsächlich geltend gemacht worden, daß es die Gabelung in der Höhe der ehemaligen Thore stattdessen lasse und keinen Platz vorsehe. Dem Krause'schen Projekt ist dagegen zum Vorwurf gemacht worden, daß es 10 späte Ecken zeigt gegenüber nur 5 des Projekts Cohn-Seeling. Der Ausschuh hat auch den Antrag, mit dem Cohn'schen Finanzkonjunktium wegen des Verkaufspreises in Verbindung zu treten, abgelehnt.

Stadtv. Baumeister Stapp (alle Linke) tritt gegen das Krause'sche Projekt IVa und für das Cohn'sche ein. Die zehn späten Winkel seien ein Fundamentalfehler des ersteren, auch sei der Platz nach diesem Projekt viel zu klein und gewähre keinen Raum für das dort projektierte Denkmal. Die Kostenberechnung des Stadtbaurats lasse das Cohn-Seeling-Projekt als unüberhältnismäßig teuer erscheinen, für die Zukunft komme es aber lediglich darauf an, welches Projekt die Verkehrsfrage zweckmäßiger gelöst hat.

Stadtbaurat Krause: Es handelt sich hier allerdings um Aufteilung des Scheunenviertels vor allem aber doch um die Schaffung neuer, besserer Verkehrswege. Die Ringstraße wird bei dem Projekt Cohn mit der Eintrichstraße in Verbindung gebracht, so daß an dieser Kreuzung ähnliche Zustände entstehen würden, wie sie jetzt am Rosenthaler Thor vorhanden sind. Nach dem Projekt Cohn sind 154, nach Projekt IVa nur 117 Grundstücke anzukaufen. Ich habe thatsächlich bei meiner Rechnung auch gleiche Verkaufspreise angenommen.

Stadtv. Mommsen (Fraktion Spinola) stimmt mit der großen Mehrheit seiner Freunde dem Ausschuh zu und hat nur keine Vorsorgnisse, daß die Stadt mit dem Projekt sehr belastet werden wird. Er empfiehlt, die Ausführung auf dem Wege der Anleihe zu betreiben.

Stadtv. Hugo Sachs kann sich noch immer nicht für das Projekt IVa erwärmen. Er zieht das Projekt Cohn durchaus vor und nimmt den im Ausschuh abgelehnten Antrag wieder auf, mit dem Cohn'schen Finanzkonjunktium wegen der von diesem zu gewährenden Verkaufspreise für die neuen Baustellen nach dem Magistratsprojekt zunächst in Verbindung zu treten.

Stadtv. Dinske: Daß event. die Anleihe genehmigt wird, unterliege keinem Zweifel.

Oberbürgermeister Rirschner: Herr Cohn hat und zwar freigestellt, mit seinem Konjunktium zu verhandeln, aber was es uns bieten wird, wird uns nicht gesagt; wir sollen uns also gewissermaßen dem Konjunktium mit gebundenen Händen ausliefern. Das ist eine der Stadt unwillkürliche Humutung. (Vehemente Zustimmung.)

Stadtv. Haberlaub, der von seinem Projekt der Verlängerung der Kaiser Wilhelmstraße zur Strahburgerstraße zurückgekommen ist, empfiehlt jetzt das Krause'sche Projekt, das ebenso zweckmäßig wie das Cohn'sche und drei Millionen billiger sei.

Stadtv. Alt wünscht, daß der Magistrat auf Grund des Cohn'schen Projekts eine Vorlage betr. die Fortführung der Kaiser Wilhelmstraße mache.

Stadtv. Singer: Wir stimmen für das Magistratsprojekt, wir lieben die krummen Wege nicht, welche das Projekt Cohn-Seeling einschlägt (Große Heiterkeit), sondern halten den geraden Weg für den besten. Bei der „ökonomischen“ Weise, wie der Magistrat die Wohnungsfrage ventilieren will, ziehen wir auch deshalb das Projekt IVa vor, weil wir wissen, daß dabei für 1/2 Millionen weniger Häuser abgerissen werden. Was soll übrigens mit den 10 000 Menschen geschehen, welche aus dem event. zu enteignenden Häusern vertrieben werden? Wir müssen jener Haltung des Magistrats gegenüber doppelt vorsichtig sein. Der Antrag Sachs verlangt, schon heute mit einem Finanzkonjunktium in Verbindung zu treten, das uns sagen soll, welche Preise es uns zahlen will, wenn wir ihm die Grundstücke nach 3 oder 4 Jahren anbieten können. Es geht doch nicht an, daß das Konjunktium schon jetzt die Verteilung des Bodens eskompiziert, die inzwischen eintreten muß. Wir sind nicht dazu da, für Finanzkonjunkte gute Geschäfte zu vermitteln.

Stadtv. Rosenow (R. L.) spricht sich namens seiner Freunde für das Projekt IVa aus. Der Engrosverkehr der Markthalle müsse aber auf jeden Fall beseitigt werden.

Der Antrag Alt wird gegen etwa 6 Stimmen, der Antrag Sachs gegen die Stimmen von H. Sachs und Alt (Heiterkeit) abgelehnt, dagegen der Ausschuh Antrag mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Der Bau eines eignen städtischen Amtes

zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln

sowie von Gebrauchsgegenständen ist von den städtischen Behörden im Herbst beschlossen worden. Der Magistrat schlägt nunmehr vor, dieses Untersuchungsamt auf dem Grundstück am Nollendamm zwischen Fischerstraße und Fischerbrücke für 440 000 M. zu errichten, und überdies zugleich das Programm für die innere Ausstattung und Organisation.

Stadtv. Straßmann verliest ein am 28. d. M. eingegangenes Schreiben des Oberpräsidenten vom 21. November: Die Minister des Kultus, der Finanzen, für Landwirtschaft und für Handel und Gewerbe haben die Errichtung einer staatlichen Anstalt zur Untersuchung von Nahrungsmitteln usw. für Berlin, Charlottenburg, Nollendamm und Schöneberg genehmigt und den Polizeipräsidenten mit der Errichtung vorzugehen beauftragt. Die Errichtung der Anstalt erfolgt bloß probeweise und zunächst auf 3 Jahre; ihre Aufhebung wird in Erwägung gezogen werden, wenn der Anstalt an das städtische Institut finanziell vorteilhafter und sachlich unbedenklich erscheinen sollte.

Der Vorsteher weist darauf hin, daß hiernach die Veranlassung mit noch energischer auf der Durchführung des Projekts bestehen dürfte (Zustimmung). Obwohl Stadtv. Schwabe unter Verfall die sofortige Annahme empfiehlt, beschließt die Mehrheit Ausschuhberatung.

Auf dem Grundstück des

Siechenhauses

in der Fiedelsstraße sollen im Hause VI Kellerräume zu Wohnzwecken hergerichtet werden, da eine weitere Vermehrung der vorhandenen Plätze notwendig ist. Die Kosten sind auf 15 100 M. veranschlagt. In der Debatte, die sich nach 9 Uhr über diesen Gegenstand entspinnt, führt u. a. Stadtv. Wurm eine Reihe hygienischer Bedenken gegen die Herrichtung von Kellerräumen zu Wohnungen ins Feld. Es sei nicht angängig, Räume, in denen Gasöfen brennen, als Schlafräume zu verwenden, wenn keine Ableitung für das verbrannte Gas vorhanden sei. Auch würden diese Wohnräume der offenen Fenster entbehren.

Stadtv. Nielsen sucht diese Äußerung zu entkräften. Stadtv. Mommsen: Wo ein Gasofen aufgestellt ist, muß für Ventilation gesorgt sein, ein Techniker, der das nicht thut, gehört aufgehängt!

Die Vorlage wird angenommen.

Wegen eingetretener Beschlußunfähigkeit wird die Sitzung abgebrochen.

Die geplante Erweiterung der Wappolizei-Ordnung für die Vororte

soll, wie es heißt, den Landgemeinden in erster Linie ganz oder teilweise den ländlichen Charakter bewahren, Häuserhöhen von ihnen fernhalten und den Bau kleinerer, gesunder Wohnhäuser auch für Kinderbemitelte fördern. Für die Städte Charlottenburg und Schöneberg ist die landhausmäßige Bauweise bereits vor acht Jahren in manchen Bezirken vorgeschrieben worden, damit nicht alle Stadtteile so dicht bebaut werden, daß die Allgemeinheit schweren Schaden erleidet. Einen großen Einfluß auf die Stellungnahme der staatlichen Behörden sollen Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Charlottenburg ausgeübt haben, aus denen sich ergab, daß die Sterblichkeit der Kinder in den am dichtesten bewohnten Bezirken ganz riesig ist, während in den „besseren“ Gegenden so überaus günstige Verhältnisse herrschen, daß eine niedrige Durchschnittsziffer erzielt wird und Charlottenburg um dieser „besseren“ Gegenden willen für eine der gesündesten Städte gilt. Ähnliche Erklärungen, auch über die Einzelheiten, stellen noch der „Volks-Zeitung“ zufolge soll die landhausmäßige Bauweise eingeführt werden in: Birkenwerder, Hermsdorf, Hohen-Reinow, Pehlig, Potsdamer Forst, Rosenthal, Nollendamm, Spandauer Forst und Ziegel-Schloß. Teil-Veränderungen sollen, abgesehen von Charlottenburg und Schöneberg, eintreten in Dalldorf, Düppel, Friedmann, Groß-Lichterfelde, Rankwitz, Mariendorf, Neuenhagen, Nieder-Schönhausen, Pantow, Schmargendorf, Steglitz, Stolpe, Süden, Ziegel, Tempelhof, Wilmerdors und Zehlendorf. Außerdem wird eine große Zahl von Ortschaften im Osten und Südosten der Reichshauptstadt von der Erweiterung der Wappolizei-Ordnung betroffen werden. Auf einen Umstand ist dabei schon jetzt hinzuweisen: Soll die Reform die erhoffte Wirkung erreichen, so muß mit ihr auch eine Herabsetzung der Eisenbahn-Vororttarife Hand in Hand gehen, und was die Hauptfrage ist, eine wirkliche Wohnungsreform muß den „Kinderbemitelten“ auch Gelegenheit bieten, für ersparungswürdiges Geld den Weg zum gesunden Wohnort zu finden. Wie weit sind wir aber davon noch entfernt!

Lokales.

Die Stadtoberordneten-Versammlung

hatte in ihrer gestrigen Sitzung Stellung zu nehmen zu dem Vorschlag, die Leitung des städtischen Schulwesens bei Gelegenheit der bevorstehenden Pensionierung der beiden Stadtschulräte in anderer Weise als vorher zu ordnen. Der zur Vorbereitung der Stadtschulrats-Renovierung eingeleitete Ausschuh empfahl der Versammlung, zu diesem Vorschlag den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen. Herr Oberbürgermeister Rirschner war in der Lage, sofort erklären zu können, daß der Magistrat, der sich mit dieser Angelegenheit bereits früher beschäftigt habe, von der Schaffung einer dritten Stadtschulrats-Stelle nichts wissen wolle. Leberhaupt müsse man erst die neuen Stadtschulräte haben, ehe über den Vorschlag einer Änderung in der Verteilung der Verwaltungsgeschäfte entschieden werden könne. Diefem Versuch, eine Angelegenheit von so hervorragender Wichtigkeit kurzerhand und mit leicht wiegenden Gründen abzuhandeln, trat unser Genosse Singer scharf entgegen. Aber bei der Mehrheit der Versammlung fand die Taktik des Oberbürgermeisters verständnisvolle Zustimmung. Die Mehrheitsfraktionen haben sich, nach ehe der Ausschuh zusammentrat, bereits über den Nachfolger des Herrn Vertram geeinigt; unter solchen Umständen mußte ihnen der Ausschuh Antrag natürlich unbedenklich sein. Als Herr Cassel die Resolution beantragte, die Angelegenheit sei durch die Erklärungen des Oberbürgermeisters erledigt, und der Ausschuh möge an die Vorbereitung der Renovierung übergehen, da ersetzte sich das in der Berliner Stadtoberordneten-Versammlung wohl noch nicht Dagewesene, daß selbst der Ausschuhberichterstatler (Herr Dinske) in seinem Schlusswort gegen den Ausschuh Antrag sprach, den zu vertreten er von dem Ausschuh beauftragt war. In einer sehr erregten Geschäftsordnungs-Debatte wahrte Singer gegenüber den Mehrheitsfraktionen und dem diesmal ungewöhnlich eigenartigen Vorsteher Dr. Langerhans energisch die Rechte des Ausschusses. Die Debatte endete mit der Annahme der Resolution Cassel. Damit dürfte auch das Schicksal des Vorschlags, der diese Debatte hervorgerufen hatte, besiegelt sein. Wenn die um Cassel erst die beiden Schulratsstellen glücklich mit ihren Auserwählten besetzt haben werden, dann wird keiner von ihnen mehr für sonstige Veränderungen in der Leitung des städtischen Schulwesens zu haben sein.

Die denutzierende Kerztezeit.

Daß unter den Kerzten ein Proletariat vegetiert, so esend wie nur in irgend einem der liberalen Bezirke, ist eine wohl unbestrittene Thatsache. Rag es auch stark übertrieben sein, wenn berichtet wird, daß von den Hunderten in Charlottenburg praktizierenden Kerzten nur fünfzig es noch zehnjähriger Prozis zu einem Jahres-einkommen von — 500 Mark bringen, so wird die in den letzten Tagen in die Öffentlichkeit gedrungenen Mitteilung, wonach bei den jüdischen Gemeinden in Berlin neuerdings mehr als fünfzig unterstehungsgesuche von notleidenden Kerzten eingegangen sind, wohl durchaus mit der Wirklichkeit übereinstimmen.

Selbst der Rechtsanwalts-Beruf dürfte nicht so überfüllt sein, wie der der Kerzte in den deutschen Großstädten. Während diese im letzten Jahrzehnt um 40 bis 60 vom Hundert an Einwohnerzahl zugenommen haben, ist im gleichen Zeitraum eine Vermehrung der Kerztezeit um 21 bis 23 Proz. eingetreten. In Berlin wohnen voriges Jahr 2314 Kerzte, so daß ein Kerzte auf 723 Einwohner kam, in Charlottenburg entfiel sogar schon auf 513 Einwohner ein Kerzte.

Nun ist es kennzeichnend, wie für die meisten bürgerlichen Bezirke so auch für den Kerzestand, daß eine Rettung aus der Not in bedauerlicher Rückwärtserei gesucht wird. Während das Proletariat voraussehend einer Gesellschaftsordnung die Wege ebnet, welche der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt ist, will die Mittelschichtsbewegung, für die auch die Kerzte-Organisationen mit Leib und Seele schwärmen, in einem in die Gegenwart wie die Faust aufs Auge passenden Sunstzwang ihr Heil finden.

In den letzten Monaten hat das Bänksertum unter den Kerzten nach zwei Richtungen hin besonders lebhaft eingesezt. Einmal im

Kampf mit den Kerzinnen. Hier sind zwar nur drei Viertel Dugend in Berlin, aber vielleicht, weil der Kampf deshalb so bequemer ist, werden sie von der Kunst mit überaus unwürdigen Mitteln verfolgt. Neuerdings ist abermals vom Geschäftsausschuss der ärztlichen Standesvereine eine Denunziation nebst Strafandrohung gegen die Kerzinnen bei der Behörde eingereicht worden. Die Anzeige beleidigt diese Damen, deren jede es an Wissen und Können wahrhaftig getroffen mit dem Durchschnitt der männlichen Kollegenschaft aufnehmen kann, aufs Größte als Kurpfuschkerinnen, eine Beschimpfung, die sich darauf stützt, aber auch dadurch besonders verächtlich erscheint, daß die preussisch-deutsche Mächtigkeits bis vor kurzem keiner deutschen Medizinerin gestattet, an einer inländischen Universität zu promovieren.

Während die Arbeiterchaft im heißen Bemühen die weibliche Konkurrenz zum Anschluß an die Berufsorganisation zu bewegen sucht, setzt bei den Kerzinnen eine erbärmliche Verfolgungswut ein.

Das zweite Ziel, nach dem hin die Kerzzeitung ausschlägt, bildet die Arbeiterchaft selber. Der Krieg richtet sich, ebenfalls auf reaktionäre Strömungen bauend, gegen die Krankenkassen, besonders gegen die Ortskassen. Es ist einmal nach dem von oben herab gegebenen Beispiel zeitgemäß, der Arbeiterchaft möglichst unverschämte zu kommen, und so laufen die Forderungen der Kerze durchaus nicht allein auf die Befreiung einiger Nebelstände hinaus, an denen die Kerzen selber überdies ein gut Teil der Schuld tragen, sondern schließen ein Ziel in sich, das nicht mehr und nicht weniger bedeutet als den Zusammenbruch der Krankenkassen. Denn die Forderung, daß den Kerzen für Besuche der Kranken der in der Kerzzeitung festgelegte Honoraranspruch gesetzlich garantiert werde, geht auf eine Erhöhung der Verrechnungssätze um das Vierfache hinaus, und die gesetzliche Einführung der freien Arztwahl, wie sie von der Kunst verstanden wird, würde bedeuten, daß der Arzt herumdoziere kann an dem Krankenmitglied, das etwa wegen eines Schnupfens zu ihm geht, so viel als ihm beliebt und der Kasse von ihren Rechten und Verpflichtungen nichts übrig bleibt, als die Ehre, in solchem Fall prompt die nach der Lage ausgestellte Arztrechnung zu begleichen. Wenn dies schöne Ziel erreicht wäre, dann hätten wir es glücklich dahin gebracht, daß die Kassen, welche die Arbeiter mit ihren Pfennigen zur Unterstützung kranker Berufsgenossen aufgebracht haben, ausschließlich zum Besten der Kerze wirken; und die Arbeiter könnten sich in dem schönen Bewußtsein trösten, wenn auch nicht für sich, so doch für das Kerzpropagandabüro die sociale Frage am Ende gelöst zu haben.

Unter Umständen wie den geschilderten wird es nicht wundernehmen, daß die Kerzzeitung auch für die bekannten reaktionären Vorschläge des Regierungsrats Hoffmann Feuer und Flamme ist. In welcher Art hier agitiert wird, möge ein Bruchstück aus einem Artikel zeigen, den Herr Dr. Heinrich Joachim in der „Kerze-Korrespondenz“, dem offiziellen Organ der ärztlichen Standesvereine, veröffentlicht:

„Obwohl es jetzt als sicher gelten kann, daß die in Aussicht genommene Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz dem Reichstag in der kommenden Session nicht vorgelegt werden wird, hören doch die politischen Blätter, insbesondere diejenigen der socialdemokratischen Partei, nicht auf, sich mit den bekannten Hoffmannschen Vorschlägen zu beschäftigen. Man beschäftigt wohl in jenen Kreisen — vielleicht nicht ganz mit Unrecht —, daß die Kerze, über welche man bisher in den Orts-Krankenkassen verhaftet, durch die Novelle verloren gehen könnte. Daher der Kampf gegen die angeblich bedrohte Selbstverwaltung, als ob für den Kranken auch nur ein Zweifel darüber bestehen kann, daß die „Selbstverwaltung“ der Kassen darin besteht, diese Institutionen im parteipolitischen Interesse auszunutzen — natürlich nicht so auffällig, daß die Aufsichtsbehörde einen Grund zum Einschreiten erhält.“

Ohne Denunzieren geht es einmal nicht. In diesem Fall darf man aber wohl den Denunzianten auf frischer ertappter That stellen und ihn fragen, was er unter parteipolitischer Ausnützung der Krankenkassen versteht? Kann er uns nachweisen, daß Geldbeiträge für socialdemokratische Zwecke verwendet worden sind, dann heraus mit der Sprache. Andernfalls weiß der Herr, mit welchen Ehrenmitteln man Handlungen, wie die von ihm hier begangene, bestraft!

Es ist bedauerlich, daß die Arbeiterchaft durch Heldenthaten, wie den hier gekennzeichneten, in einen Gegenstand zu räumen gedrängt wird, mit denen eine friedliche Verständigung das selbstverständliche Ding von der Welt sein sollte. Gewiß, viele Kerze belämmern auf das entscheidende die Bestrebungen der Künstler in der Erkenntnis, daß auch für ihren Beruf eine Verbesserung nur ermöglicht werden kann auf dem Wege, den das Klassenbewußte Proletariat geht. Mögen die Einsichtigen in ihrem schweren Kampfe nicht erlahmen. Viel wäre schon erreicht, wenn sie ihren „führenden“ Berufsgenossen einen Begriff von der Unwürdigkeit der Denunziationarbeit beigebracht hätten.

Die Wahl des Herrn Zwid vor der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags. In der Dienstag-Sitzung der Wahlprüfungs-Kommission wurde die Wahl des Abg. Zwid (6. Berliner Reichstags-Wahlkreis) für gültig erklärt. Die Weiberhebung hat die Protestbehauptungen nicht bestätigt. Von den 36 Wahlberechtigten haben nur 5 Armenunterstützung bezogen; von den 5 angeblich nicht Wahlberechtigten, die an der Wahl teilgenommen, wurden 4 als Nichtwahlberechtigte ermittelt. 2 davon bestritten ihre Teilnahme an der Stichwahl, obgleich das Protokoll bei ihrem Namen den Vermerk der Abstimmung trägt. Der Hauptprotestpunkt: daß in einem Wahllokal die Wahlhandlung nicht nach den Vorschriften des Wahlreglements eröffnet worden sei, wurde von der Kommission als nicht erwiesen erachtet. Sämtliche Mitglieder des Wahlvorstands (mit Ausnahme des stellvertretenden Wahlvorstehers) erklärten, daß die Wahlhandlung regelrecht eröffnet worden sei; nur der stellvertretende Vorsitzende kann sich nicht mehr bestimmt äußern, glaubt es aber annehmen zu dürfen, und ein Bestizger läßt es fraglich erscheinen, ob die Wahlhandlung durch den Vorsitz oder seinen Stellvertreter eröffnet sei. Der im Protest genannte Zeuge konnte eine bestimmte Angabe, ob die Wahlhandlung eröffnet worden sei oder nicht, nicht machen, behauptet aber, daß der Wahlvorsteher erst gegen Mittag gekommen sei, und legt das Gewicht darauf, daß der Gesamtvorstand sich nicht davon überzeugt habe, daß die Wahlurne bei Eröffnung der Wahlhandlung leer war. Da diese Behauptung im Protest gar nicht erhoben war, ging die Kommission darüber hinweg.

Durch die Fälschungen von Scheinen des kgl. Pfandleihamts ist dieses selbst nicht geschädigt worden, da die Fälschungen beim Vorlegen der Dokumente dortselbst sofort entdeckt werden mußten. Der Betrüger, dessen Persönlichkeit bisher noch nicht ermittelt werden konnte, hatte es vielmehr auf Schädigungen der Privat-Pfandleihe abgesehen, bei denen er die nachgeahmten Scheine lombardierte. Da die Verübungen der Fälschungen lange Zeit zurückliegen — die jetzt angehaltenen Scheine sind vor ca. sechs Monaten verfertigt worden —, so ist es leider nicht mehr möglich, eine genauere Personalbeschreibung von dem Thäter zu erlangen. Ob die von ihm vorgezeigten Legitimationen sein Eigentum waren, ist natürlich nicht sofort festzustellen, um so weniger, als die von dem Betrüger gemachte Wohnungsangabe nicht zureichend ist. Seitens der Behörde ist die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß der Fälscher ein gewerbmäßiger „Pfandleihhändler“ ist, von denen in letzter Zeit mehrere Mitglieder ermittelt und festgenommen worden sind.

Die Fügigkeit des „Lokal-Anzeigers“. Der Druckfehler-Teufel, der im Segelsten sein Unwesen bald als übermäßig neckischer Kobold, bald als unangenehm boshafter Patron treibt, ist in deutschen Landen mährlich zur Gewöhnlichkeit gelangt. Neu dürfte es aber sein, so schreibt die „Tägliche Rundschau“, daß auch dieser Teufel Betteln hat, die freilich nur bei denjenigen Zeitungen haufen,

die den ständigen Ereignissen des Tages nicht bloß mit der Feder, sondern auch mit dem Rechenstift folgen. Ein höchst drohliches Beispiel, wie dieser Illustrationskobold waltend kann, liefert die Donnerstags-Nummer des „Lokal-Anzeigers“. In hohen Tönen wird da das Lob des berühmten Geographen Freiherrn v. Richthofen ausgesungen, des Präsidenten der Gesellschaft für Erdkunde; mitten aus diesem Aufsatze läßt uns in freundlichen Zügen ein Bildnis entgehen, das den Feiertagen darstellen soll. In Wirklichkeit ist es das wohlgetroffene Porträt des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, der bekanntlich ein weitläufiger Verwandter des gelehrten Forschungsreisenden ist, sonst aber nichts mit ihm gemein hat, selbst nicht die entfernteste Spur einer Nebligkeit. Der Illustrationskobold hatte den Geographen v. Richthofen mit dem Diplomaten verwechselt. Diese neue Art des Druckfehlerleufels kam, wenn die Illustrationswelt so weiter geht, noch hübsche Ausflüchte geben.

Die Sperrung des Blumenhals bei Straßberg wurde gestern in der „Brandenburgia“ lebhaft erörtert. Es wurde mitgeteilt, daß die Abholzung eines Teils bereits begonnen hat, und daß, wenn die Abholzung wirklich in dem beabsichtigten Maße fortgeführt wird, z. B. die Schönheit des Gemarkungs auf Jahre hinaus verloren ist. Man beschloß daher beim Oberpräsidenten v. Bethmann-Hollweg Schritte zur Erhaltung der von Theodor Fontane so anmutig geschilderten Landschaft zu thun, in der Hoffnung, daß die Denkmals-Schutzkommission der Provinz Brandenburg erfolgreich dazwischen treten könnte. Jetzt droht einem 900 Morgen großen Walde die Art einer Berliner Anstaltsgesellschaft für Holzimprägnierung, die das Gebiet von dem Grafen Jüdensfeld erworben hat.

Zu den und von gewerkschaftlicher Seite zugegangenen Mitteilungen über die Arbeitslöhne bei der Firma Ravens' Söhne erhalten wir folgende Mitteilung: 1. Die Arbeiter und Ausfuhr erhalten bei einer durchschnittlich 9 stündigen Arbeitszeit einen Durchschnittslohn von 22-26 M. (genannt Lindemeyer außer kleinen Nebenverdiensten von Portierverrechnungen z. 26 M.). 2. Sind die Arbeiter nach Dienstalter mit einer Ehrengabe von 25-100 M. bedacht worden und zwar in der Weise, daß solche, welche noch nicht ein Jahr in Stellung, 25 M., solche bis 5 Jahre 50 M., über 5 Jahre 75 M., über 10 Jahre 100 M. erhalten haben.

Der diesjährige Weihnachtsmarkt beginnt am 11. Dezember und dauert bis zum 27. Dezember einschließlich mit der Maßgabe, daß am 28. früh 8 Uhr sämtliche Euden und Verkaufsvorrichtungen von den Straßen und Plätzen fortgeschafft sein müssen. Die für den 16. und 23. Dezember d. Js. durch Bekanntmachung vom 17. Oktober d. Js. getroffenen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe finden auch auf den Weihnachtsmarkt Anwendung.

Wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs wird von der Staatsanwaltschaft am Landgericht I der Elisabeth-Ufer 4 wohnhaft gewesene Hausbesitzerin Karl Holz, welche seit Ende Mai dieses Jahres flüchtig geworden ist, fernerlich verfolgt. Holz hat eine Anzahl von Beweisen auf den Namen des bekannten Kranken-transport-Unternehmers R. u. z. e. l. gefälscht und hat ferner die Namen eines Maurermeisters und eines Dachdeckermeisters, mit denen er früher in Verbindung stand, zu Fälschungen mißbraucht. Die gefälschten Beweise lauten insgesamt auf 30 000 M.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Telegraphenarbeiter Herr Friedrich Krüger, Dunderstr. 14, hat am 5. November, vormittags gegen 7 1/2 Uhr, in der Straße am Kupfergraben zwei mit einem fahrerlosen Arbeitswagen durchgehende Pferde angehalten und dadurch größeres Unheil verhindert. Für das hierbei bewiesene entschlossene und mutvolle Handeln wird er hierdurch öffentlich belobt.

Unter der Maske eines Handlungsreisenden und seines Dieners traten zwei Kollidier auf, die schon längere Zeit die Straßen unsicher machten. Der 53 Jahre alte Handelsmann Adolf Pögel, der aus einer angesehenen Familie stammt, und der 42jährige Arbeiter Reinhold Priemle hatten sich zur Ausführung von Diebstählen verbunden. Pögel ging feingekleidet; ein langer Mantel, Handschuhe und ein guter Schirm mit Ueberzug vervollständigten seinen Anzug, um ihm ganz das Aussehen eines Geschäftreisenden zu geben. Priemle dagegen trug die Kleidung eines Hausdieners. Beide durchstreiften die Straßen. Wenn nun irgendwo ein Diener eines großen Geschäfts einen Handwagen auf der Straße stehen ließ, während er Paleten zu den Kunden hineinbrachte, so machten sie sich schnell an den Wagen heran und Pögel benutzte seinen Untergebenen, ihn wegzuschleppen. Niemand fiel es ein, daß es dabei irgendwie mit unrichtigen Dingen zugehe. Waren die Diebe so weit gekommen, daß sie eine Entdeckung durch den Bestohlenen nicht mehr zu fürchten hatten, so ließen sie den Wagen stehen, und trugen die Beute in ein Geheul. Am Mittwochabend jedoch wurden sie, da sie beide mehrfach vorbestraft sind, von einem Kriminalbeamten auf dem Spittelmarkt erfaßt. Der Beamte ließ sie ruhig ziehen und folgte ihnen unbemerkt. In der Lindenstraße machten sie Halt, packten die Ladung Seide in ein Tuch und gingen damit nach der Hofenheide, um sie in einem Hinterzimmer einer Koffemühle zu sortieren. Während nun Pögel in der Aneipe schlief, brachte Priemle, von dem Beamten immer gefolgt, einen Teil der Seide zu einem Heiler in der Langestraße und verkaufte sie ihm für 12 M. Auf dem Rückwege nach der Hofenheide nahm der Kriminalbeamte ihn fest, um dann auch den Pögel aus der Koffemühle herauszuführen. Beide leugneten, bis man die Ware, die einem Weidhändler in der Brunnenstraße gehörte, vor ihren Augen bei dem Heiler beschlagnahmte.

Von seinem eignen Wagen überfahren wurde gestern vormittag der 27 Jahre alte Ausfuhr Lauerenz aus der Kleefeldstraße Nr. 15/14. Als er mit seinem Müllwagen an der Wienerstraße hielt und den Pferden die Decke überlegen wollte, zogen die Tiere an. Infolgedessen fiel der Ausfuhr vom Wagen und geriet unter die Räder. Er wurde an der rechten Schulter sowie an den Händen und Beinen so schwer verletzt, daß ihn die Rettungswache am Görliker Bahnhof mit einem Kränzelchen Wagen dem Krankenhaus am Urban zuführen mußte.

Eine Diebesjagd ereigte gestern nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr am Alexanderplatz. In der Grenadierstraße stand ein mit 2 Pferden bespanntes beladenes Fuhrwerk des Spediteurs Hermann Reinwald einen Augenblick allein, während der Ausfuhr in einem Geschäft zu thun hatte. Ein Dieb, der das sah, sprang auf den Wagen und jagte im Galopp davon. Als der Ausfuhr zurückkehrte, sah er gerade noch, wie sein Fuhrwerk in die Alexanderstraße einbog. Er schlug Alarm und machte sich mit Schumann und Passanten an die Verfolgung des Spühabers. Sobald dieser sah, daß er keine Aussicht mehr hatte, seine Beute in Sicherheit zu bringen, sprang er ab und lief in das Eckhaus an der Alexander- und Ringstraße hinein. Die Verfolger umstellten es, aber der Dieb wurde auf dem ganzen Grundstück umsonst gesucht. Er war durch einen zweiten Ausgänger entkommen.

Aus den Nachbarorten.

Waldbauverein. Am Sonntag hält der Wahlverein hier seine Mitgliederversammlung bei Ruhn ab. Genosse F. Kogke hält einen Vortrag über den „Internationalen Socialisten-Kongress in Paris“.

Luertwartete Nebeneinnahmen hat die Reichspost aus den Strafposten gezogen, die in den mit Berlin nicht zu einer postalischen Einheit verschmolzenen Fororten erhoben werden. In erster Linie sind davon die im Oktober nach St. Petersburg verzogenen Einwohner Berlins betroffen worden. Jedermann glaubt, daß St. Petersburg zur Postzeitung gehört und frankiert demgemäß. Das fehlende Porto wird vom Empfänger eingezogen, aber nach welchen Grundätzen ist unverständlich, denn mandmal kostet ein mit 5 Pf. frankierter Brief nur 5 Pf., mandmal aber 15 Pf. Strafporto. Nach Kaufgabe des Briefträgers sind auf einem Postamt täglich 15 bis 20 M. auf diese Weise eingekommen. Es ist für die Empfänger von Postsendungen ziemlich schwierig, sich gegen solche gänzlich unproduktiven Ausgaben zu schützen, wenn man sich nicht der Gefahr ausliegt

will, wichtige Briefe zurückzuweisen. Uebrigens hätten die Betroffene von St. Petersburg ebenso gut in die Postzeitung Berlin einbezogen werden können, wie die der Villenkolonie Grunewald. Man muß sich nur wundern, daß die Gemeindefürsorge von St. Petersburg, als es noch Zeit dazu war, nicht alles daran gesetzt haben, dies Ziel zu erreichen.

Die Streiklausel vor dem Charlottenburger Stadtparlament. Mit der Frage der Einführung der Streiklausel beschäftigte sich die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung in ihrer letzten Sitzung anlässlich der zweiten Beratung der Bauberichte. Bekanntlich hatte bei der ersten Lesung dieser Vorlage, im September, der Stadtbaurat Vratting erklärt, die Frage der Streiklausel gehe eigentlich die Oeffentlichkeit nichts an, während der Stadtbaurat Vredtschneider ganz offen bei einer anderen Gelegenheit für die Unternehmer und gegen die Arbeiter Partei ergriff. Nach Ansicht dieses Herrn ist die Verzögerung der Fertigstellung städtischer Bauten immer den Arbeitern zur Last zu legen. Im Gegensatz dazu hat die Kommission, der die Bauberichte zur Vorberatung überwiesen waren, ausdrücklich festgestellt, daß der nach Angabe der Bauverwaltung für die Zeit vom 22. Juli bis 13. Oktober 1899 vorgelegene Steinmetzstreik die Arbeiten nicht beeinflussen konnte, da zu denselben Steinmetzarbeiten bzw. bearbeitete Werkstücke nicht erforderlich waren.

Am Mittwoch kam es nun zu einer sehr erregten Debatte, die namentlich von dem Genossen Waake geführt wurde. Nachdem Stadtbaurat Vratting die Frage der Streiklausel angeschnitten hatte, ohne vom Magistrat eine Antwort zu erhalten, ging Genosse Waake scharf mit der Bauverwaltung ins Gericht; er warnte davor, daß der Magistrat die Streiklausel acceptiere und damit einseitig Partei für die Arbeitgeber ergriffe; es dürfe nicht zur Gewohnheit werden, die Unternehmer mit Sammetförmchen anzufassen und alle Schuld auf die Arbeiter zu wälzen. Oberbürgermeister Schustehrus suchte natürlich in Rede zu stellen, daß der Magistrat einseitig die Unternehmer begünstige, aber die Antwort, die er dem Arbeitgeberbund für das Bauwesen erteilt hat, beweist das Gegenteil, denn darin heißt es ausdrücklich, daß sich im Fall eines allgemeinen Ausstands oder einer allgemeinen Baupause der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber für Berlin und Charlottenburg der vertragsmäßige Termin um die Dauer des Ausstands oder der Baupause verlängere. Im übrigen behalte sich der Magistrat die Entscheidung von Fall zu Fall vor.

Mit Recht erwiderte Genosse Waake, daß der Arbeitgeber-Bund mit dieser Antwort sehr zufrieden sein könne, denn wenn auch der Magistrat die Streiklausel nicht dem Wortlaut nach eingeführt habe, so sei er doch den Wünschen der Arbeitgeber beigetreten. Unerhört sei es, daß der Stadtbaurat Vredtschneider versucht habe, die Arbeiter durch nicht zureichende Angaben zu belügen, während er die Verletzungen der Arbeitgeber überhaupt nicht erwähnt habe; das heiße nichts anderes, als den Arbeitgeber mit Gleichhandlungen ansassen und dem Arbeiter die Faust zeigen. In sehr erregtem Ton erwiderten der Oberbürgermeister Schustehrus und der Stadtbaurat Vredtschneider, aber es gelang ihnen nicht, die Thatsache der einseitigen Parteinarbeit zu Gunsten der Unternehmer aus der Welt zu schaffen. Selbst einige bürgerliche Stadtverordnete hielten den Magistratsbeschluss für bedenklich. Daß sie trotzdem dem Magistrat volles Vertrauen ausdrückten, mögen die Herren mit sich abmachen. Namens unserer Partei erklärte Genosse Firsch, daß man dem Stadtbaurat, nach seinem bisherigen Verhalten, das denkbar größte Entgegenkommen der Arbeitgeber gegenüber zutrauen könne. Es sei ein Unfug, wenn man immer so thue, als ob die Arbeiter leistungsfähig einen Streik anzettelten. Im übrigen müsse der Magistrat, wenn er wirklich sociales Empfinden besitze, nicht nur das Verlangen nach Einführung der Streiklausel rundweg ablehnen, sondern sogar den Unternehmern, mit denen er Kontrakte abschließe, ausdrücklich die Verpflichtung zur Anerkennung der von den Gewerkschaften festgesetzten Arbeitsbedingungen auferlegen.

Nach dieser Erklärung, die natürlich auf lebhaften Widerspruch stieß, wurden die Berichte genehmigt. Es bleibt abzuwarten, ob der Magistrat aus der Verhandlung die richtige Lehre ziehen und seinen Beschluß abändern wird.

Die Fertigstellung des städtischen Electricitätswerkes in Charlottenburg hatte sich bedauerlich erheblich verzögert. Die Erbauerin und Pächterin des Werkes, die Firma Rahmeyer u. Co., ist nunmehr von dem Charlottenburger Magistrat in eine Konventionalstrafe von 10 000 M. genommen worden, die sie auch bereits bezahlt hat. Auch die Ansprüche, welche die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft infolge der verspäteten Abgabe des elektrischen Stroms erhob, sind inzwischen befriedigt worden.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. (Abteilung Berlin.) Freitag, den 30. November, abend 8 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses: Monatsversammlung. Vortrag des Herrn Stadtrat Dr. Natorf: Die gegenwärtige Wohnungsnot und die Mittel zur Abhilfe. Diskussion.

Sänger und Sängerinnen. Proletkorenversammlung am Freitag, den 30. November, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c. Tagesordnung: Der Kampf der schmalen Geschäftsleute und Hausbesitzer gegen den Straßenhandel. Referent Genosse Schumann.

Marktpreise von Berlin am 28. November 1900 nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Ware	15.10	15.08	Ware	15.10	15.08
*) Weizen, gut D. Gr.	15.06	15.04	Rohfleisch, neue, D. Gr.	6.-	4.-
" mittel	15.02	15.-	" Rindfleisch, Feile 1 kg	1.60	1.20
" gering	14.10	14.08	" do. Bauch	1.30	1.-
*) Roggen, gut	14.06	14.04	Schweinefleisch	1.00	1.10
" mittel	14.02	14.00	" Rohfleisch	1.80	1.-
" gering	15.40	14.60	" Sammelfleisch	1.60	1.-
*) Hafer, gut	14.50	13.70	" Tücher	2.80	2.-
" mittel	13.60	12.90	Eier	60 Stück	4.80 3.-
" gering	15.-	15.10	Kruppen	1 kg	2.20 1.-
*) Gerste, gut	15.-	14.10	Kale	2.50	1.40
" mittel	14.-	13.20	Hander	2.60	1.20
" gering	7.-	6.32	Heute	1.80	1.-
Rüchfleisch	7.60	5.20	Banane	1.60	0.80
Gersten	40.-	25.-	Schleie	3.-	1.20
Speisebohnen	45.-	20.-	Werte	1.40	0.80
Winsen	70.-	30.-	Kresse per Schot	12.-	2.50

*) ab Bahn und frei Mühle. *) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 29. November. Der Verkehr auf dem Getreidemarkt war lustlos, die Tendenz vorwiegend schwach auf die niedrigeren Notierungen der europäischen Märkte, auf den im Süden geräuterten Weizen, auf harte inländische Weizenangebote und auf bedeutende nordamerikanische Roggenofferten. Weizen und Roggenlieferungen hielten sich um 0.50 M. niedriger. Später besserte sich Roggen etwas. Hafer war kaum verändert. Rüböl gab auf Paris um 0.20 M. nach. Spiritus. 70er Vorkonsum natterte 45.00 M. oder 0.10 M. niedriger.

Witterungsbericht vom 29. November 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer, hand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer, hand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter		
Emmende	753	SO	3 bis 5	bed.	0	Aparanda	761	D	6	bedest	-12
Hamburg	752	D	1	Nebel	2	Beiersburg	-	-	-	-	-
Berlin	752	NO	3	Nebel	0	Boit	746	SO	3	heiter	5
Frankf./M.	746	OR	2	wolfig	2	Berben	754	D	6	bedest	7
München	747	SO	3	bedest	0	Paris	-	-	-	-	-
Wien	753	SO	4	bedest	3	-	-	-	-	-	-

Wetter-Prognose für Freitag, den 30. November 1900. Günstig trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen östlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

B. S. 5. Die Geschäftsstelle des Berliner Spar- und Bauvereins befindet sich Erdingerstr. 7 bei L. Schmidt.